

Die Koreafrage und die in Südkorea stationierten US-Truppen

Verlag für Fremdsprachige Literatur
Pyongyang, Korea
Juche 93 (2004)

Die Koreafrage und die in Südkorea stationierten US-Truppen

**Verlag für Fremdsprachige Literatur
Pyongyang, Korea
Juche 93(2004)**

Inhalt

1. DIE SPALTUNG KOREAS UND DIE USA.....	2
1) Der 38. Breitengrad.....	2
2) Die Koreafrage in der UNO.....	17
3) Die Spaltung Koreas	39
2. DER FRIEDEN AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL UND DIE USA	62
1) Der Koreakrieg	62
2) Waffenstillstand – Krieg oder Frieden?	84
3) Das in Südkorea stationierte „Oberkommando der UN-Truppen“.....	104
ZUSAMMENFASSUNG	123

1. DIE SPALTUNG KOREAS UND DIE USA

1) DER 38. BREITENGRAD

Der „38. Breitengrad“, der den zentralen Teil der koreanischen Halbinsel durchschneidet, ist eine künstliche Trennlinie, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand.

Diese Linie, die Korea in Nord und Süd zerteilt, ist als Symbol der nationalen Spaltung weltweit bekannt.

Die mit dem 38. Breitengrad entstandene Koreafrage findet bis heute in der internationalen Arena keine endgültige Lösung.

Die USA, die seit den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts mit Gewalt gegen das feudale Korea intervenierten, schlossen am 22. Mai 1882 mit dem Land einen „amerikanisch-koreanischen Vertrag“ ab. Artikel 1 dieses Vertrages legte fest, dass die beiden Vertragspartner, wenn ein drittes Land einen ungerechtfertigten und demütigenden Fall heraufbeschwört, den anderen darüber informieren und einander helfen sollten. (Sammlung der Verträge mit Korea, 1985, S. 128)

Aber im Gegensatz zu diesen vertraglichen Verpflichtungen zettelten die USA mit Japan, das es auf das feudale Korea abgesehen hatte, eine Verschwörung an und verrietten das Land, so dass es zu einer Kolonie Japans verkam.

Der Inhalt des Geheimabkommens, das am 29. Juli 1905 zwischen dem damaligen Kriegsminister der USA Taft und dem japanischen Ministerpräsidenten Katsura in Tokio abgeschlossen wurde, zeigt die wahren Absichten der

USA, hinter den Kulissen des koreanisch-amerikanischen Vertrages Korea für die eigenen Interessen zu opfern.

Das Komplott zwischen Amerika und Japan brachte jedoch entgegengesetzte Ergebnisse.

Japan strebte nach der Schaffung der „Sphäre des gemeinsamen Gedeihens Großostasiens“, überfiel am 8. Dezember 1941 überraschend Pearl Harbor, den Flottenstützpunkt der USA auf Hawaii, und entfesselte damit den Pazifik-Krieg.

Im Januar 1942 brach Japan alle mit den USA abgeschlossenen Verträge, griff die Philippinen an, die es nach dem „Katsura-Taft-Abkommen“ als USA-Kolonie garantiert hatte, und besetzte schließlich die ganzen Philippinen.

Damit waren die amerikanisch-japanischen Beziehungen in einen heißen Krieg übergegangen, was die USA in ein strategisches Dilemma brachte, in dem sie gemäß der neuen Lage die Politik gegenüber Korea, das sie als Kolonie Japans anerkannt hatten, neu überdenken mussten. Im Gegensatz zu ihrer bisherigen Ansicht, Korea offiziell als einen Teil des japanischen Imperiums anzuerkennen, konnten die USA – nunmehr Feinde Japans – nicht umhin, die Unabhängigkeit Koreas „anzuerkennen“.

Die USA führten vom 22. bis 27. November 1943 in Ägypten Verhandlungen mit dem britischen Premierminister Churchill und Chinas Jiang Jieshi, in deren Ergebnis die „Kairoer Deklaration“ veröffentlicht wurde. In Bezug auf die Koreafrage äußerte die Deklaration „die Entschlossenheit, auf das barbarische Feindesland (Japan) einen schonungslosen Druck auszuüben“, und erklärte, dass „die obigen drei Großmächte in Rücksicht auf das Sklavendasein des koreanischen Volkes entschlossen seien, zu gegebener Zeit die Freiheit und Unabhängigkeit Koreas herbeizuführen“. (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers,

the Conferences at Cairo and Teheran, 1943, Washington, 1961, S. 402)

Die USA erkannten zu spät, dass ihre Anerkennung Koreas als die Kolonie Japans nur dessen Kriegslust vergrößerte. Sie hatten nun keine andere Wahl.

Die Deklaration wurde zwar angenommen, aber in der Tat fiel es den USA schwer, Japan allein zu zerschlagen.

Damals hielt Japan Indonesien, die Philippinen und fast alle anderen Länder und Inseln im Südpazifik besetzt. Es konkretisierte im November 1943 den Plan zur Schaffung der „Sphäre des gemeinsamen Gedeihens Großostasiens“ und bedrohte damit die USA stark.

Die USA betrachteten das Kriegspotential Japans als noch groß und kamen zu dem Schluss, dass der Pazifik-Krieg auch nach der Niederlage des faschistischen Deutschland noch mehrere Jahre fort dauern würde.

In dieser Situation planten sie, den Krieg gegen Japan unter Nutzung der Kräfte der Sowjetunion zu führen.

Schon nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor hatten die USA den sowjetischen Botschafter in ihrem Land um den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan gebeten.

Seinerzeit war die deutsche Armee bis in die Nähe von Moskau, der Hauptstadt der Sowjetunion, vorgerückt. Da die Sowjetunion alle Kräfte für den Krieg gegen ihren Hauptfeind, Deutschland, einsetzen musste, lehnte sie den Vorschlag der USA ab.

Auch danach forderten die USA wiederholt die Sowjetunion auf, in den Krieg gegen Japan einzutreten. Aber die Sowjetunion war noch nicht in der Lage, einen offiziellen Standpunkt zur Frage der Unabhängigkeit Koreas vom Joch des japanischen Imperialismus zu beziehen, weil sie damals in Europa den Krieg gegen Deutschland führen und im Interesse

der Sicherheit der östlichen Grenze den Neutralitätsvertrag mit Japan immer noch aufrechterhalten musste.

Nach der Landung ihrer Truppen auf Okinawa begannen die USA der Teilnahme der Sowjetunion am Krieg gegen Japan noch größere Bedeutung beizumessen.

In dieser Zeit gab Japan eine Regierungserklärung ab, dass die Kriegsziele des japanischen Imperiums sich auch bei einer Änderung der Lage in Europa nicht verändern würden. Für einen möglichen Krieg in seinem Hauptland erteilte es den Generalmobilmachungsbefehl und errichtete starke Verteidigungsbefestigungen. Unter dieser Vorbereitung führten die in Okinawa stationierten 80 000 Mann starken Truppen Japans einen hartnäckigen Verteidigungskampf gegen die US-Armee, die mit 451 860 Mann starkem Truppenkontingent, 1 317 Kriegsschiffen und etwa 1 700 Flugzeugen angegriffen hatte.

Die japanischen Kamikaze-Kampfflieger versenkten in Selbstmordangriffen viele amerikanische Kriegsschiffe und töteten 46 000 US-Soldaten; auf See zerstörten die von U-Booten abgeschossenen „bemannten Torpedos“ (japan. Kaiten) 14 US-Kriegsschiffe, darunter Flugzeugträger und große Kreuzer.

Bei den Landungskämpfen auf Okinawa hatte die US-Armee mehr als 75 000 Tote, Verwundete und Vermisste zu beklagen, was der größte Verlust während des ganzen Zweiten Weltkrieges war.

Das Hauptquartier der US-Armee rechnete damit, dass künftig im Krieg gegen Japan mindestens 7 Mio. Mann starke Truppen nötig sein und es über eine Million Tote geben würde. (Sieg im Fernen Osten, Moskau, 1985, APN-Verlag, korean. Ausg., S. 17)

Die USA gehörten formal zur antifaschistischen Koalition, unterstützten aber in der Tat den Befreiungskampf der Völker gegen den Faschismus und

jegliche andere Unterdrückung nicht. Damit zeigten sie ihre Doppelzüngigkeit.

Davon zeugten die Worte Trumans, damals Senator der USA: „Wir müssen Russland unterstützen, wenn Deutschland überlegen ist, und Deutschland unterstützen, wenn Russland überlegen ist. So werden sie einander um so mehr umbringen.“ (Internationale Beziehungen im Fernen Osten, 1870–1945, zweiter Teil, korean. Ausg., Pyongyang, 1953, S. 81)

Aus diesem Grund verzögerten die USA die Realisierung ihres der Sowjetunion gegebenen Versprechens, in Westeuropa eine „zweite Front“ zu errichten.

Andererseits konzentrierten sie ihre Kraft auf den Transport von Rüstungsgütern nach Primorje, um den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan zu beschleunigen. Im Mai 1945 beförderten sie etwa 781 000 t Material, was den Rekord in der Kriegszeit darstellte.

Als im zweiten Halbjahr 1944 ihr Sieg im Krieg gegen Deutschland feststand, äußerte die Sowjetunion ihren Willen, in den Krieg gegen Japan einzutreten.

Mitte Dezember 1944 forderte sie als Bedingung ihres Kriegseintritts gegen Japan, die 1905 von Japan geraubten Inseln Südsachalin und die Kurilen an die Sowjetunion zurückzugeben.

Im Januar 1945 legten die Vereinigten Generalstäbe der USA dem damaligen Präsidenten Roosevelt ein Memorandum vor, in dem sie erklärten: „Es ist dringend notwendig, Russland zum schnellstmöglichen Kriegseintritt zu veranlassen, damit es unsere Operation im Pazifik maximal unterstützt.“ (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, the Conference at Malta and Yalta, 1945, Washington, 1955, S. 396)

So wurde am 11. Februar 1945 in Jalta zwischen den höchsten Repräsentanten der Sowjetunion, der USA und

Großbritanniens ein Geheimabkommen über die Teilnahme der Sowjetunion am Krieg gegen Japan geschlossen.

Im Geheimabkommen verpflichtete sich die UdSSR, in 2-3 Monaten nach der deutschen Kapitulation in den Krieg gegen Japan einzutreten. Damit wurde ihre Teilnahme am Krieg gegen Japan festgelegt.

Dieses Abkommen wurde streng geheim gehalten und nicht ins Protokoll der Jaltakonferenz aufgenommen.

Nach dem Ende des Krieges gegen Japan veröffentlichte die UdSSR am 11. Februar 1946 das Abkommen. Auch die USA machten am 16. März 1954 dessen Inhalt bekannt.

Nach der Jaltakonferenz trieb die Sowjetunion die Vorbereitungen zum Eintritt in den Krieg gegen Japan aktiv voran.

Am 5. April 1945 übergab der sowjetische Außenminister dem japanischen Botschafter eine Note über die Kündigung des vor 4 Jahren abgeschlossenen Neutralitätsvertrages zwischen der UdSSR und Japan. In der Note erklärte die Sowjetunion:

„Der sowjetisch-japanische Neutralitätsvertrag hat seine Wirkung verloren, und seine Verlängerung ist unmöglich.“

Damit endeten die Neutralitätsbeziehungen zwischen der UdSSR und Japan, und es wurden die Bedingungen dafür geschaffen, in beliebiger Zeit in den Krieg einzutreten.

Am 8. August 1945 bestellte der sowjetische Außenminister Molotow den japanischen Botschafter Sato in Moskau ins Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und übermittelte ihm die Kriegserklärung der UdSSR an Japan. In der Erklärung hieß es: „Die Regierung der UdSSR erklärt, dass sie sich ab morgen, nämlich ab 9. August mit Japan im Kriegszustand befindet.“

Zwei Stunden danach, also am 9. August 1945 0 Uhr (Ortszeit an der Sabaikalsk-Front), ging die Fernöstliche

Frontarmee unter Führung des Oberbefehlshabers Marschall Wassilewski zum Generalangriff über.

In der ersten Etappe des Krieges gegen Japan war der Hauptfeind der Sowjetarmee die japanische Kwantungarmee in der Mandschurei. Danach landeten am 11. August Seelandetruppen des Hauptquartiers der sowjetischen Pazifikflotte in Unggi und Rajin, am 14. August in Chongjin. Zur Unterstützung dieser Operation wurde am 12. August die 393. Infanteriedivision, die als Reservetruppe der 1. Fernöstlichen Frontarmee in die 25. Armee eingegliedert wurde, auf der koreanischen Halbinsel eingesetzt.

Gleichzeitig mit der sowjetischen Kriegserklärung an Japan traten alle Truppen der Koreanischen Revolutionären Volksarmee(KRVA), die die Vorbereitung auf die initiativreiche Operation zur Wiedergeburt des Vaterlandes vollendet hatten, unter Führung Kim Il Sung zum Generalangriff an. Die Haupttruppe der KRVA durchbrach die Grenzbesetzungen, die die Japaner „uneinnehmbare Verteidigungslinie“ nannten, erweiterte ihre Operationen nach Unggi und Hoeryong und rückte in Richtung Rajin und Chongjin vor.

Die Niederlage Japans war eine Frage der Zeit. Am 15. August 12 Uhr, als die Luftlandetruppen der KRVA zum Vorrücken bereit waren und die 393. Infanteriedivision der Sowjetarmee nach Chongjin vorstieß, erklärte der japanische Kaiser Hirohito über den Rundfunk die bedingungslose Kapitulation.

Angesichts dieser plötzlichen Veränderung der Kriegslage waren die USA zu schnellem Handeln gezwungen.

Nach der Kriegserklärung an Japan operierte die Sowjetarmee in den nördlichen Grenzgebieten Koreas, aber die US-Armee war noch im weit entfernten Südpazifik.

Am 10. August war es ganz und gar unmöglich, die US-Truppen früher als die Sowjetarmee in Korea einzusetzen. Die am nächsten liegenden USA-Truppen

befanden sich auf dem 600 Meilen entfernten Okinawa und etwas weiter südlich auf den Philippinen, die von Korea 1 500–2 000 Meilen entfernt sind.

Der USA-Außenminister Byrnes bestand darauf, dass die USA die Kapitulation Japans in ganz Korea entgegennehmen sollten. (Memoire von Harry S. Truman „Years of Trial and Hope“, Bd. 2, New York, 1956, S. 317) Der von Truman nach Moskau geschickte Sondergesandte Pauley und der amerikanische Botschafter in der Sowjetunion Harriman vertraten gegenüber Präsident Truman und dem Außenministerium die Meinung, die US-Armee müsse sofort in Korea und in der Mandschurei landen, um die Kapitulation der japanischen Armee entgegenzunehmen.

Aber die USA hatten angesichts des Vorrückens der KRVA und der Sowjetarmee nach Süden weder Zeit noch Streitkräfte, die sie auf die koreanische Halbinsel entsenden konnten.

In Erinnerung an diese Zeit schrieb Truman: „Wir hatten dort keine Streitkräfte und nichts außer ein paar Schiffen, mit denen Truppen in den Süden der Halbinsel verlegt werden konnten.“

Das Außenministerium bestand darauf, dass die USA die japanische Kapitulation in ganz Korea entgegennehmen sollten. Aber sie hatten keine Zeit dazu, Streitkräfte nach Nordkorea zu entsenden, ohne die Sicherheit der Landtruppen zu gefährden.“ (Memoire von Harry S. Truman „Years of Trial and Hope“, Bd. 2, New York, 1956, S. 219)

Wie Truman selbst zugab, ordnete er unter diesen Umständen das „Koordinierungskomitee der drei Ministerien“ – des Außen-, des Heeres- und des Marineministeriums – an, nach Wegen zu suchen, „um widerstandslos nach Norden vorzustoßen“ und somit einen Teil Koreas zu besetzen. Nach dieser Anordnung stellte das Koordinierungskomitee ab 10. August den Plan auf, auf der koreanischen Halbinsel

eine Linie zu ziehen und einen Vorwand zu schaffen, unter dem die US-Armee Fuß fassen konnte.

Dieses Komitee tagte bis 15. August mehrmals im Verteidigungsministerium.

Die erste Tagung fand im Büro des Vizeverteidigungsministers Mac Laury eine ganze Nacht hindurch statt. Im Brennpunkt der Diskussion stand die Frage, wer die japanischen Streitkräfte in Korea und Japan entwaffnen sollte.

Entsprechend der damaligen veränderten Lage stand die Alleinbesetzung Japans durch die USA so gut wie fest. Deshalb konzentrierte sich die Debatte darauf, welche Maßnahmen für die koreanische Halbinsel ergriffen werden sollten. Es ging um die Frage, ob man ganz Korea als Operationsgebiet der Sowjetarmee anerkennen sollte oder nicht.

Das „Koordinierungskomitee der drei Ministerien“ beauftragte die Abteilung für Strategie und Politik beim Heeresministerium mit der Aufgabe, in der damaligen Lage die Widersprüche zwischen den Erfordernissen der Korea-Politik der USA und der entsprechenden militärischen Fähigkeit zu lösen und rationelle Gegenmaßnahmen einzuleiten. Diesen Auftrag bekamen Dean Rusk und Charles Bonesteel, die der genannten Abteilung angehörten und bei der Ausarbeitung der Militärpolitik der USA eine wichtige Rolle spielten.

Am 10. August 1945 nachts kamen sie unter Benutzung einer Wandkarte vom Fernen Osten auf den „38. Grad nördlicher Breite“ als Linie für die Teilung der koreanischen Halbinsel in zwei Teile.

Die USA hatten ein Argument, mit dem sie darauf rechnen konnten, die sowjetische Seite von dieser Linie zu überzeugen.

Es war die Tatsache, dass damals das Kommando über die in Korea stationierten japanischen Truppen am 38.

Breitengrad aufgeteilt war. Am 11. Februar 1945 hatte Japan diese sogenannte Korea-Armee aufgelöst und bildete die 17. Gebietsarmee und den Militärbezirk in Korea neu. Erstere war als eine Feldtruppe des japanischen Hauptquartiers für die „Verteidigung“ Koreas und Letzterer für die Auffüllung der Truppen, Ausbildung und rückwärtige Dienste zuständig. Nachdem der sowjetisch-japanische Neutralitätsvertrag nichtig geworden war, Deutschland kapitulierte und sich damit die Möglichkeit der Beteiligung der Sowjetunion am Krieg gegen Japan enorm vergrößerte, übergab Japan die Führung über den Militärbezirk im Norden Koreas an die Kwantungarmee und beauftragte die 17. Gebietsarmee mit der „Verteidigung“ des südlichen Teils Koreas. Die Linie für diese operative Aufteilung war im Wesentlichen der 38. Grad nördlicher Breite.

Der mit obigen „Argumenten“ untermauerte Entwurf über den „38. Breitengrad“ wurde im Heeresministerium, dann vom Heeres- und Außenminister überprüft und am 13. und 14. August in den Vereinigten Generalstäben der USA aus militärischer Sicht untersucht.

Das „Koordinierungskomitee der drei Ministerien“ stimmte am 14. August diesem Entwurf zu. Truman gab seine Zustimmung noch am selben Tag.

Ein Auszug aus den Materialien über den Verlauf der Festsetzung des „38. Breitengrades“ wurde im Protokoll einer am 16. und 17. September 1949 abgehaltenen Anhörung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten beim Repräsentantenhaus des US-Kongresses zum ersten Mal bekannt; das ganze Stenogramm dieses Hearings wurde erst nach 27 Jahren veröffentlicht.

Am 15. August, dem Tag der Kapitulation Japans, übergaben die USA der sowjetischen Seite den Entwurf des schriftlichen Befehls über die Grenze für die Entgegennahme

der japanischen Kapitulation. Die sowjetische Regierung überprüfte diesen Entwurf und stimmte ihm grundsätzlich zu.

Der US-Präsident Truman erklärte einseitig, er ernenne MacArthur, den Oberbefehlshaber der auf den Philippinen stationierten US-Truppen, zum „Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte“, der zur Entgegennahme der Kapitulation Japans bevollmächtigt sei; er ordnete an, den Entwurf des schriftlichen Befehls über die Grenze für die Entgegennahme der japanischen Kapitulation als „Tagesbefehl Nr. 1“ des „Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte“ zu erlassen.

Am 2. September 1945 wurde auf dem US-Schlachtschiff „Missouri“ in der Tokiobucht die Kapitulationsurkunde durch die Japaner unterzeichnet.

An diesem Tag erließ MacArthur den „Tagesbefehl Nr. 1“. Darin war festgelegt, dass die japanischen Streitkräfte in der chinesischen Mandschurei, in den Gebieten Koreas nördlich des 38. Breitengrades, auf Sachalin und den Kurilen vor dem Befehlshaber der Fernöstlichen Frontarmee der Sowjetunion und die auf dem japanischen Festland, auf den benachbarten kleinen Inseln, in den Gebieten Koreas südlich des 38. Breitengrades und auf den Philippinen vor dem Befehlshaber der US-Pazifikbodentruppen kapitulieren sollten. (Sammlung der Verträge mit Korea, 1985, S. 352)

Dementsprechend begannen die sowjetische und die amerikanische Armee zu operieren. In Korea nördlich des 38. Breitengrades marschierten die Voraustruppen der 25. Armee der 1. Fernöstlichen Frontarmee der Sowjetunion und in Korea südlich des 38. Breitengrades das 24. Armeekorps der USA ein.

So wurde Korea in zwei Gebiete geteilt. Das war der Beginn der Spaltung Koreas, die bis heute über ein halbes Jahrhundert lang fort dauert.

Warum richteten die USA damals ihr besonderes Augenmerk auf Korea, während sie sogar mit der UdSSR, dem sozialistischen Staat, Bündnisbeziehungen eingingen, obwohl sie damals den „Antikommunismus“ als Grundlage all ihrer Politik behaupteten? Zu jener Zeit konnten die USA auf dem asiatischen Kontinent nirgends Fuß fassen. Auf der Gipfelkonferenz von Teheran im November 1943 bat der US-Präsident Roosevelt das Staatsoberhaupt der UdSSR Stalin um den Eintritt in den Krieg gegen Japan und schlug vor, im Fernen Osten der Sowjetunion einen Luftstützpunkt für 1 000 Bomber der US-Armee zu bauen. Das wurde von Stalin abgelehnt.

Unter diesen Bedingungen maßen die USA der Inbesitznahme der Korea-Halbinsel als ihrem Brückenkopf eine besondere Bedeutung bei.

Wenn sie in Korea eine taktische Luftbasis zur Verfügung hätten, würde – militärisch gesehen – deren Aktionsradius den ganzen Fernen Osten umfassen. Korea war wirklich ein militärstrategisch sehr wichtiges Gebiet.

Darüber steht in einem vom „Monthly Review“ der USA herausgegebenen Buch Folgendes geschrieben:

„Korea befindet sich jahrhundertlang auf einer strategischen Kreuzung. China, Russland und Japan sowie in jüngster Zeit sogar die US-Armee traten Korea mit Füßen, um es in ihre Hände zu bekommen. Für die Japaner war Korea eine vom asiatischen Kontinent auf Japan gerichtete Pistole, für die Chinesen ein historischer Brückenkopf Japans für die Aggression gegen China und für die Russen eine Bedrohung Wladiwostoks sowie für die Amerikaner der wichtigste Teil des ‚Blockade‘-Rings zur Eindämmung und Vernichtung der Ausbreitung des Kommunismus.“ (Geheime Geschichte des Koreakrieges, japan. Ausg., S. 52)

Selbst MacArthur sagte einmal: „Ich habe Korea immer für einen militärischen Vorposten von unbeschränktem Wert gehalten.“ (The New York Times, 4. Februar 1957)

Von dieser Absicht der USA ausgehend wurde Korea in die Operationsgebiete der Alliierten einbezogen.

Als die KRVA und die Sowjetarmee die historische Zeit der Wiedergeburt Koreas einleiteten, konnten die USA die Lösung der Koreafrage durch die Kommunisten nicht dem Selbstlauf überlassen. Um das zu verhindern, legten sie den „38. Breitengrad“ fest.

Der Leiter der Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten im „Hauptquartier MacArthurs“ Sibold gestand: „MacArthur war fest davon überzeugt, dass man die beiden Kontinente, Europa und Asien, nicht besetzen kann, wenn man das Vorgehen des Kommunismus im Fernen Osten nicht aufhält.“ (Memoiren über die Diplomatie der Besetzung Japans, S. 186)

Aus diesem Grunde wurde die Entwaffnung der japanischen Armee nicht in Japan, sondern in Korea und nicht durch das koreanische Volk, sondern durch die Sowjet- und die US-Armee vollzogen.

Die USA interessierten sich für das Territorium Koreas, um es als Köder für die Durchsetzung der Alleinbesetzung Japans auszunutzen.

Nach dem „Potsdamer Abkommen“ sollten die alliierten Mächte Deutschland und Japan besetzen.

Aber es war nicht wirklich Absicht der USA, dass die Alliierten gemeinsam Japan besetzten. Das stellte sich schon zur Zeit der Potsdamer Konferenz heraus. Auf dieser Konferenz bemerkte Stalin, dass nach der Niederlage Japans „unsere nächste Konferenz in Tokio stattfinden sollte“. Truman umging eine Antwort. Schon damals waren die USA entschlossen, nach dem Kriegsende Japan allein zu besetzen.

Sie waren gegen den Vorschlag der UdSSR, zwei Personen als Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee in Japan einzusetzen. Die Regierung der Sowjetunion hatte den Vorschlag der USA über die Teilung der Besatzungsgebiete für die Entwaffnung der japanischen Armee, d. h. den Entwurf des „Tagesbefehls Nr. 1“ vom 15. August überprüft, am darauf folgenden Tag die grundlegende Zustimmung gegeben und vorgeschlagen, dass als Oberkommandierender der alliierten Besatzungstruppen in Japan nicht nur MacArthur, sondern auch der sowjetische Generalstabschef Antonow ernannt werden sollte.

Die USA rechneten damit, dass die Sowjetunion hartnäckig gegen die Alleinbesetzung Japans auftreten würde. Denn die Sowjetunion war als eine der Siegermächte im Krieg gegen Japan berechtigt, an der Besetzung Japans und den Nachkriegsregelungen für das Land teilzunehmen.

Für den Fall, dass die UdSSR auf der Ablehnung der Alleinbesetzung Japans durch die USA beharren sollte, hatten die USA die Linie des „38. Grades nördlicher Breite“ mit der Absicht gezogen, für den „Preis“ des Verzichts darauf ihre Alleinbesetzung Japans durchzusetzen. Der von den USA erdachte „38. Breitengrad“ war dafür bestimmt, der Sowjetunion die Anerkennung der Alleinbesetzung Japans abzuhandeln.

Diese arglistige politische und militärstrategische Berechnung, die die USA mit der Festsetzung des „38. Breitengrades“ in Korea anstellten, beruhte auf ihrer Politik der Drohung mit der Atombombe.

Nach der Jalta-Konferenz setzte die Sowjetunion viele Streitkräfte und Waffen für die Vorbereitung des Krieges gegen Japan ein.

Das war für die USA, die es auf die Alleinherrschaft sowohl in Japan als auch in Korea abgesehen hatten, sehr ungünstig.

Denn es stand zu befürchten, dass der Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan deren Einflusskraft und Mitspracherecht bei der Regelung der Nachkriegsprobleme in Asien vergrößern würde. Daher bezogen die USA zur Teilnahme der Sowjetunion am Krieg gegen Japan einen widersprüchlichen Standpunkt: sie erwarteten deren militärische Aktivität, lehnten aber deren politische Teilnahme ab.

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 fand in Potsdam bei Berlin, Deutschland, die Gipfelkonferenz zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien statt. Auf der Konferenz wurde das „Potsdamer Abkommen“ beschlossen, das die bedingungslose Kapitulation Japans forderte und die Grundsätze für Friedensregelungen in Bezug auf Nachkriegsjapan festlegte. Eben zu dieser Zeit hatte die Atombombenforschung der USA Erfolg. Am 16. Juli 1945 wurde auf einem Luftwaffenstützpunkt in der Wüste in New Mexico die erste Atombombe gezündet.

Die USA, die bisher dem sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan große Bedeutung beigemessen hatten, begannen sich anders zu verhalten. Unter den neuen Bedingungen ihres „Atombombenmonopols“ urteilten sie, dass der Kriegseintritt der Sowjetunion nur eine ergänzende Rolle für die Gewährleistung der Operationen der US-Armee spielt und auf keinen Fall ein Faktor sein kann, der sich entscheidend auf die Beendigung des Krieges auswirkt.

Als sich die Lage in der Endphase des Zweiten Weltkrieges veränderte, begannen die USA in den Beziehungen zur UdSSR die Politik der Drohung mit der Atombombe und der Konfrontation zu betreiben, um bei der Aufteilung der „Beute“ nach dem Krieg in Korea und

anderen kolonialen Ländern sowie Japan und anderen besiegten Staaten ihre alleinige Vorherrschaft zu erreichen.

Aber das „Atombombenmonopol“ konnte ihre Rolle im Krieg nicht entscheidend vergrößern.

Am 6. und 9. August 1945 wurden auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki Atombomben abgeworfen. Damit wollten die USA im Krieg gegen Japan ihre „Rolle“ durch Atombomben demonstrieren, um ihre Vorherrschaft bei den Nachkriegsregelungen in Asien durchzusetzen.

Aber Japan schickte nach den Atombombenabwürfen über die Schweiz eine Note an die US-Regierung, in der es die Forderung des „Potsdamer Abkommens“ nach bedingungsloser Kapitulation ablehnte.

Auch der britische Premierminister Churchill sagte: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass das Schicksal Japans durch Atombomben entschieden wurde.“

Wie die Tatsachen zeigen, war der „38. Grad nördlicher Breite“ keine einfache Teilungslinie für die Entwaffnung, sondern ein Produkt der US-Politik gegenüber Korea.

Doch wusste noch niemand, dass der 38. Breitengrad den Auftakt zur Spaltung Koreas darstellte.

2) DIE KOREAFRAGE IN DER UNO

Es war ein unumgängliches Produkt der Okkupationspolitik der USA gegenüber Südkorea, dass die Koreafrage auf die Tagesordnung der UN gesetzt wurde.

Vom 16. bis 26. Dezember 1945 fand in Moskau eine Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens statt. Auf der Konferenz wurde auch die Koreafrage erörtert.

Am 27. Dezember wurde ein Beschluss der Moskauer Konferenz veröffentlicht, der folgende Passagen über Korea enthielt:

„...“

1. Mit dem Ziel, Korea als unabhängigen Staat wiederherzustellen, alle Bedingungen für seine Entwicklung nach demokratischen Prinzipien zu schaffen und die üblen Folgen der langjährigen japanischen Herrschaft baldigst zu beseitigen, ist eine provisorische demokratische Regierung zu bilden. Die provisorische Regierung wird alle notwendigen Maßnahmen für die Entwicklung der Industrie, des Transportwesens, der Landwirtschaft in Korea und der nationalen Kultur des koreanischen Volkes treffen.

2. Um Korea bei der Errichtung der provisorischen Regierung zu helfen und rechtzeitig dementsprechende Maßnahmen zu treffen, ist eine Gemeinsame Kommission aus Vertretern der amerikanischen Truppen in Südkorea und Vertretern der sowjetischen Truppen in Nordkorea zu bilden.

Diese Kommission hat sich bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge mit den demokratischen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Koreas zu beraten. ...

3. Die Gemeinsame Kommission wird die provisorische demokratische Regierung Koreas und die demokratischen Organisationen an ihrer Arbeit beteiligen und alle Maßnahmen ergreifen, um das koreanische Volk beim politischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt, bei der Entwicklung der demokratischen Grundlagen und der Schaffung der staatlichen Unabhängigkeit Koreas treuhänderisch zu unterstützen.

Die Vorschläge dieser Kommission sind mit der provisorischen demokratischen Regierung Koreas zu beraten und dann mit den Regierungen der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Chinas abzusprechen, um einen

Vertrag über die Treuhandschaft der vier Seiten gegenüber Korea für den Zeitraum von fünf Jahren auszuarbeiten.

4. Innerhalb von zwei Wochen ist eine Zusammenkunft von Vertretern der Kommandanturen der in Korea stationierten sowjetischen und amerikanischen Truppen einzu-berufen, um dringende Fragen im Zusammenhang mit Nord- und Südkorea zu erörtern und alle Maßnahmen zu treffen, damit zwischen dem Kommando der amerikanischen Truppen in Südkorea und dem Kommando der sowjetischen Truppen in Nordkorea Alltagsprobleme in Verwaltung und Wirtschaft geklärt werden können.“ (Dokumente zur Koreafrage, Band. 2, Außenministerium der KDVR, 1954, S. 10)

Das koreanische Volk unterstützte diesen Beschluss aktiv, und die politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nordkoreas veröffentlichten am 2. Januar 1946 eine gemeinsame Zustimmungserklärung.

Vor und nach der Moskauer Außenministerkonferenz vertraten die USA jedoch einen jeweils anderen Standpunkt.

Die sowjetischen und amerikanischen Truppen, die in Nord- und Südkorea einmarschierten, begannen nach „Tagesbefehl Nr.1“ zu operieren.

Generaloberst Tschistjakow, Befehlshaber der in Nordkorea stationierten 25. Armee der 1. Fernöstlichen Frontarmee der Sowjetunion, veröffentlichte am 20. August 1945 folgende Proklamation:

„Bürger Koreas! ... Korea ist zu einem freien Land geworden. Aber das ist nur die erste Seite in der Geschichte Koreas. Ein blühender Obstgarten ist das Ergebnis der Arbeit und der Tatkraft der Menschen. So kann auch das Glück Koreas nur durch den heroischen Kampf und die unermüdlichen Anstrengungen des koreanischen Volkes erreicht werden.

Bürger Koreas! Denkt daran, dass das Glück in Euren Händen liegt. Ihr habt die Freiheit und die Befreiung erreicht. Jetzt hängt alles von Euch selbst ab.

Die Sowjetarmee wird dem koreanischen Volk alle Bedingungen schaffen, damit es frei mit der schöpferischen Arbeit beginnen kann. Das koreanische Volk muss selbst zum Schmied seines Glückes werden. ...“

Diese Proklamation, die am ersten Tag nach dem Einzug der sowjetischen Truppen in Nordkorea verkündet wurde, spiegelte die ehrliche Erwartung wider, dass das befreite koreanische Volk eine neue glückliche Gesellschaft aufbauen möge, und brachte einen aufrichtigen Standpunkt zum Völkerrecht in Bezug auf das nationale Selbstbestimmungsrecht zum Ausdruck.

Am 25. August gab Tschistjakow die Erklärung ab, dass die von Koreanern gegründeten Volkskomitees anerkannt werden und die Verwaltungshoheit des japanischen Generalgouvernements übernehmen.

So entstanden bis November jenes Jahres Volkskomitees in Städten, Kreisen, Unterkreisen und Gemeinden der sechs Bezirke Nordkoreas; am 8. Februar 1946 wurde das Provisorische Volkskomitee Nordkoreas mit Kim Il Sung an der Spitze gegründet.

In Nordkorea nahm das Volk die Macht in die Hände und begann das heilige Recht auf die nationale Selbstbestimmung auszuüben.

Die am 8. September, als die US-Truppen in Inchon landeten, von MacArthur, Befehlshaber der USA-Streitkräfte im Pazifik, im japanischen Yokohama veröffentlichte „Proklamation Nr.1“ an das koreanische Volk stand in krassem Gegensatz zu der sowjetischen.

„Proklamation an die koreanische Bevölkerung. ...

Nach einem Artikel der Kapitulationsurkunde, unterschrieben im Namen des Kaisers und der Regierung

Japans und des Hauptquartiers der japanischen Armee, haben die von mir befehligten Truppen der Siegermacht heute Korea südlich vom 38. Breitengrad besetzt. ...

In Ausübung der obersten Gewalt, die mir als dem Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der USA-Armee im Raum des Pazifischen Ozeans übertragen wurde, führe ich hiermit die Militäradministration über das Territorium Koreas südlich des 38. Grades nördlicher Breite und über seine Bevölkerung ein. Demzufolge verkünde ich die nachfolgenden Besatzungsbedingungen:

Artikel 1 Die ganze administrative Macht über das Territorium Koreas südlich des 38. Grades nördlicher Breite und über die dort lebende Bevölkerung wird vorläufig durch meine Gewalt ausgeübt.

Artikel 2 Wer in der Regierung, den öffentlichen Organisationen... oder sonstigen wichtigen Positionen dient, hat sein Amt auszuüben sowie alle Dokumente und Vermögenswerte zu bewahren, bis ein Sonderbefehl erteilt wird.

Artikel 3 Die Bevölkerung hat den Befehlen, die von mir oder in meinem Auftrag erlassen werden, unverzüglich Folge zu leisten. Wer den Besatzungstruppen Widerstand leistet oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit stört, wird unbarmherzig streng bestraft.

Artikel 4 Die Eigentumsrechte der Bevölkerung werden anerkannt.

Artikel 5 Während der Zeit der Militäradministration wird die englische Sprache Amtssprache für alle Belange sein. ...“

Diese Proklamation war am 3. September als Proklamation für das besiegte Japan ausgearbeitet worden und unverändert in Südkorea veröffentlicht. So behandelten die USA das koreanische Volk von Anfang an nicht als wiedergeborene Nation, sondern als besiegtes Volk.

Der amerikanische Korrespondent Mark Gayn, der 1946 in Soul war, schrieb: „Wir waren keine Befreiungsarmee. Wir waren gekommen, um das Land zu besetzen und darüber zu wachen, ob das koreanische Volk sich den Bedingungen für die Kapitulation unterwirft oder nicht. Vom ersten Tag der Landung an sahen wir die Koreaner als unseren Feind an und handelten danach.“ (Japanisches Tagebuch, zweiter Teil, japan. Ausg., S.166)

Das beweist, dass die USA die von ihnen vor nur zwei Monaten zusammen mit 50 Staaten unterzeichnete UN-Charta, welche die Überzeugung von den Grundrechten, der Würde und dem Wert des Menschen, der Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Gleichheit der großen und kleinen Staaten erneut bestätigt und die Achtung des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker verkündet hatte, auf das größte missachteten.

Außerdem erhielt MacArthur in einem streng geheimen Dokument als Anhang zum „Tagesbefehl Nr.1“ den Befehl, die japanischen Herrschaftsapparate in Südkorea vorläufig aufrechtzuerhalten, weil es unmöglich war, dass die US-Truppen kurzfristig südlich vom 38. Breitengrad eintreffen.

Demnach schickte er am 20. August 1945 an Abe, den japanischen Generalgouverneur in Korea, der auf seine Bestrafung als Kriegsverbrecher wartete, einen telegrafischen Sonderbefehl, zusammen mit dem Befehlshaber der in Korea stationierten japanischen Truppen die öffentliche Ordnung Südkoreas verantwortlich aufrechtzuerhalten.

Auch nachdem der Kommandeur des 24. US-Armee-korps Hodge und der Befehlshaber der 7. Flotte Thomas am 8. September in Soul angekommen waren und die Kapitulation der japanischen Armee in Südkorea entgegengenommen hatten, nahmen sie Abe und andere hochrangige Kriegsverbrecher nicht in Haft. Auf einer Pressekonferenz

nach der „Entgegennahme der Kapitulation“ erklärte Hodge, Abe und weitere Japaner sollten zeitweilig in ihren Ämtern verbleiben, um die Administration aufrechtzuerhalten.

Die unveränderte Beibehaltung der Funktionen des japanischen Generalgouvernements löste beim südkoreanischen Volk große Empörung aus.

Erschrocken darüber konnten die USA nicht umhin, die Aufhebung der Politik des japanischen Generalgouvernements zu proklamieren. Gleichzeitig verkündeten sie die Errichtung der amerikanischen Militäradministration. Die japanischen Beamten des Generalgouvernements wurden ihrer Ämter enthoben, Offiziere der US-Armee wurden am 15. September eingesetzt.

Am 16. Oktober 1945 beschloss das USA-Außenministerium, in die US-Militäradministration in Südkorea Koreaner als „Berater“ einzubeziehen und sie mit der „Beratung“ zu inneren Fragen zu beauftragen. Dazu wählten das Außen- und das Verteidigungsministerium unter den koreanischen Emigranten in den USA jene, die als treue Diener der USA galten, aus und schickten sie nach Südkorea.

Auf diese Weise übten die USA über den besiegten Staat Japan eine indirekte Herrschaft aus, verkündeten aber für das wiedergeborene Korea einen Befehl, als wäre es sein Gegner gewesen, und realisierten ihre Herrschaft in Form einer Militäradministration.

Die Politik, die die US-Militäradministration kurz nach der Wiedergeburt Koreas in Südkorea betrieb, trat das nationale Selbstbestimmungsrecht des koreanischen Volkes mit Füßen und traf auf scharfen Protest und Kritik der Bevölkerung Koreas. Sowohl die südkoreanische Bevölkerung als auch jene Menschen, die gewisse Erwartungen für die von den USA „versprochene Hilfe“ bei der Erreichung der Souveränität und Unabhängigkeit Koreas hegten, wandten sich nach und nach von den USA ab.

Bei der Auswertung der ersten 3 Monate der Militäradministration stellte Hodge sogar fest: „In Südkorea nimmt die Entrüstung über die Amerikaner zu. Es besteht kein Zweifel daran, dass die USA-Besatzung in Korea unter diesen Bedingungen und mit dieser Politik in einen politischen und wirtschaftlichen Sumpf gerät.

Deshalb ist es ohne andere Maßnahmen unmöglich, im Fernen Osten das Vertrauen in die Autorität der USA wieder zu gewinnen.“ (Memoiren von Harry S. Truman „Years of Trial and Hope“, Bd. 2, New York, 1956, S. 318)

Ein amerikanischer Militärgeschichtler gestand ein, dass die US-Generäle immer wieder Proklamationen erließen, die gegen die in der UN-Charta festgelegten Prinzipien der Achtung der Menschenrechte und der nationalen Selbstbestimmung verstießen und die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des koreanischen Volkes in grober Weise mit Füßen traten. Das sei eine „Schande“ und ihrer „Unfähigkeit zur politischen Führung“ zuzuschreiben. (C. Berger, *The Korea Knot*, New York, 1957, S. 48-49)

Nach der Annahme des Beschlusses der Moskauer Konferenz der drei Außenminister machten die USA auch im Stadium der Ergreifung der dementsprechenden praktischen Maßnahmen weiterhin Schwierigkeiten.

Zu dieser Zeit stachelten die USA Li Syng Man und andere rechtsextreme Reaktionäre zu einer „Anti-Treuhand“-Bewegung gegen den Beschluss der Moskauer Konferenz an.

Li Syng Man und die anderen rechtsextremen Reaktionäre bildeten ein „Komitee zur Generalmobilmachung gegen die Treuhandschaft“ und machten aus ihrer Feindschaft allein gegen die Tatsache selbst, dass der genannte Beschluss in Moskau angenommen wurde, kein Hehl; sie verdrehten den wahren Sachverhalt so, als ob der „Vorschlag zur fünfjährigen

Treuhanderschaft über Korea“ auf Betreiben der Sowjetunion beschlossen worden wäre.

Über die damalige Situation schrieb der australische Journalist Wilfred Burchett Folgendes:

„Alle Zeitungen, alle mehr oder weniger einflussreichen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen und alle namhaften Kulturschaffenden in Südkorea unterstützen die Vereinigung. Aber an ihnen, nämlich Organisationen, Zeitungen und Einzelpersonen, wurden Terrorakte verübt. Banden von Gewalttätern drangen in Zeitungsverlage ein, schlugen Redakteure, zerstörten Druckmaschinen und beschlagnahmten Kupferdruckplatten, in denen die die Vereinigung unterstützenden Leitartikel eingepreßt waren. Sie handelten immer unter polizeilichem Schutz. Es waren nicht ein oder zwei Fälle, dass überall im Lande Plakate mit den Aufschriften ‚Gegen die Vereinigung‘ und ‚Gegen die Mandatsverwaltung‘ angeschlagen wurden und es sich herausstellte, dass die dafür benötigten Geldmittel und Papiere von der ‚US-Militäradministration‘ kamen“ (Es war ein böser Krieg, S. 55)

Eben das war die Anti-„Treuhand“-Bewegung, die Li Syng Man auf Betreiben der USA entfaltetete.

Ursprünglich war im Beschluss der Moskauer Außenministerkonferenz der drei Länder das Wort „Treuhandverwaltung“ nicht enthalten. Die Sowjetregierung gebrauchte im Original des Beschlusses das Wort „opeka“, das eindeutig Vormundschaft bedeutet. Der koreanische Begriff hat den starken Akzent, dass eine Schirmherrschaft über andere ausgeübt wird.

Im englischen Original des Beschlusses wurde das Wort „trusteeship“ gebraucht. Die USA bewegten Li Syng Man dazu, dieses Wort in „Sinthakthongchi“ („Treuhandverwaltung“) zu übersetzen. Dieser Ausdruck hat im Koreanischen den starken Akzent einer „Herrschaft“. In dem englisch- und dem

russischsprachigen Text des Beschlusses wurden die genannten Wörter gebraucht, weil sie im englisch-russischen Wörterbuch äquivalent sind.

Aber die USA ignorierten alle progressiven Seiten des Konferenzbeschlusses, entstellten und übertrieben die Bedeutung eines Wortes, um es zum Motiv für eine antikommunistische Kampagne zu machen.

Was die Frage der Vormundschaft über Korea angeht, wurde der Begriff zuerst von den USA eingeführt; sein Inhalt war von Anfang an verschwommen.

Um diese schwierige Frage zu klären, muss man vor allem die Konferenz in Kairo vom 22. bis 27. November 1943 heranziehen. Hopkins, Sonderberater des damaligen USA-Präsidenten Roosevelt, arbeitete einen ersten Deklarationsentwurf der amerikanischen Seite aus, um diesen der Konferenz vorzulegen. Darin stand Folgendes über die Koreafrage geschrieben: „In Erinnerung daran, dass Japan Korea verräterisch ausgeplündert hat, wird beschlossen, Korea nach der Zerschlagung Japans schnellstmöglich (at the earliest possible moment) zum freien und unabhängigen Land zu machen.“ Aber am 25. November wurde der Ausdruck „at the earliest possible moment“ in „at the proper moment“ („zur rechten Zeit“) korrigiert. Danach wurde er noch einmal in „in due course“ („zu gegebener Zeit“) revidiert. (Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington, 1961, S. 402-404)

Das wurde auf der Konferenz am 27. November als endgültiger Deklarationsinhalt vereinbart und am 1. Dezember veröffentlicht.

Der hier gebrauchte englische Ausdruck „in due course“ lässt sich, wenn damit die Methode gemeint ist, als „in entsprechender oder in angemessener Weise“ übersetzen; wenn aber die Zeit gemeint ist, kann er als „zur rechten oder

gegebenen Zeit“ übersetzt werden. Der mehrmals revidierte Ausdruck konnte unter Umständen in diesem oder jenem Sinne ausgelegt werden.

Drei Tage nach der Bekanntgabe der Deklaration, also am 4. Dezember 1943, kamen in China lebende koreanische Nationalisten zur amerikanischen Botschaft in China und fragten, was dieser Ausdruck bedeutet. Die US-Botschaft umging die Antwort und beschränkte sich darauf, diese Tatsache an ihre vorgesetzte Behörde zu berichten.

Auch manche amerikanische Politiker gaben zu, dass diese Deklaration unklar war. Shepherd, ein Mitglied des Repräsentantenhauses beim US-Kongress, sagte, dass das in der „Kairoer Deklaration“ enthaltene Versprechen von allen am unklarsten sei und „in due course“ auch 200 Jahre bedeuten könnte. (Minutes of the House, Bd. 91, Washington, 1945, S. 6686)

Der ehemalige US-Außenminister Cordell Hull schrieb in seinen Memoiren, dass die „Kairo-Beschlüsse über Korea übereilt waren“ und dass die „Koreaner wünschten, dass ihr Land nicht ‚in due course‘, sondern sofort nach der Erlangung der Freiheit unabhängig wird“. (C. Hull, Memoirs, Bd. 2, New York, 1948, S.1584)

„The New York Times“ vom 3. Dezember 1943 schrieb, dass dieser Beschluss auf keinen Fall den Interessen des koreanischen Volkes entsprechen kann.

Nach der Veröffentlichung der Deklaration erklärte Roosevelt auf einer Pressekonferenz, dass die Unabhängigkeit Koreas auf dem gleichen Wege wie in der Philippinenpolitik der USA erreicht werden sollte, und verknüpfte damit die unklaren Formulierungen der „Kairoer Deklaration“ mit der „Erfahrung auf den Philippinen“.

Mit der Verwirklichung der „entsprechenden Maßnahmen“ begann sich der verschwommene Inhalt der „Kairoer Deklaration“ allmählich zu klären.

Vor der Veröffentlichung der Deklaration sagte Roosevelt am 15. November 1942 im Rundfunk:

„Die Geschichte der Philippinen in den letzten 44 Jahren ist im wahrsten Sinne ein Vorbild für die Zukunft der Völker der Welt und der anderen kleinen Nationen.“ (Open Papers and Speeches of Franklin Roosevelt, 1942, New York, 1942, S. 473-476)

Die „Erfahrung auf den Philippinen“, von der er redete, bedeutete Folgendes: Im Spanisch-Nordamerikanischen Krieg von 1898 besiegten die USA Spanien, eigneten sich anstelle der Kriegsreparation von 20 Millionen Dollar die Philippinen als Kolonie an und errichteten dort eine Militärverwaltung.

In Bezug auf die philippinischen Patrioten, die die Unabhängigkeit ihres Landes erforderten, befahl der damalige USA-Präsident William McKinley, „die philippinischen Aufrührer sind bis auf den letzten Mann zu unterwerfen“. Auf diesen Befehl hin wurden zahlreiche Filippinos durch die Militärverwaltung ermordet.

Allein auf der Insel Luzon wurden 600 000 Einwohner getötet, was einem Fünftel der Inselbevölkerung entsprach.

1901 ersetzten die USA die „Militärverwaltung“ durch einen „Generalgouverneur“ und übten so 34 Jahre lang ihre Kolonialherrschaft aus. 1934 führten sie unter dem Vorwand der „Autonomie“ eine neokolonialistische Herrschaft durch einen Stellvertreter vor Ort ein.

Es dauerte etwa 40 Jahre, bis die USA alle patriotischen Kräfte der Philippinen zurückgedrängt hatten und einer „Regierung“ aus ihnen treu ergebenden Handlangern die „Unabhängigkeit“ gewährten.

Eben das war die „Erfahrung auf den Philippinen“, die die USA dem koreanischen Volk aufzwingen wollten.

Ein amerikanischer Wissenschaftler schrieb, dass „die ‚Kairoer Deklaration‘ und die dahinter steckenden Absichten

zweifellos Roosevelt zuzuschreiben waren“. (C. Berger, The Korea Knot, New York, 1957, S. 36)

Die Frage der Treuhandschaft war also von den USA aufgeworfen worden.

Die Treuhandschaft über Korea wurde auf der Jalta-Konferenz Gegenstand einer internationalen Vereinbarung, aber die sowjetische und die amerikanische Seite verstanden den Inhalt grundsätzlich anders.

Die USA sahen die Treuhandschaft als Herrschaft des Treuhänderstaates über die Bevölkerung und das Territorium des Mandatsgebietes an, aber die Sowjetunion sah darin eine Hilfe für die Selbstverwaltung und Selbstbestimmung des Mandatsgebietes.

Wegen dieser Einstellung der USA schuf Li Syng Mans Anti-„Treuhand“-Bewegung nach der Moskauer Außenministerkonferenz künstliche Hindernisse für die Lösung der Koreafrage.

Das rief große Empörung auf Seiten der Sowjetunion hervor.

Am 22. Januar 1946 meldete die Nachrichtenagentur TASS: „Die Amerikaner inszenierten eine reaktionäre Demonstration gegen die Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz, an der auch ihre Regierung teilgenommen hatte.“

Am 23. Januar 1946 empfing Stalin Harriman, US-Botschafter in der Sowjetunion, zum Abschiedsbesuch und sagte ihm: „Auf der Moskauer Konferenz im vergangenen Dezember wurde der Plan über die Treuhandschaft durch die vier Großmächte ausgearbeitet. Aber wir haben die Nachricht erhalten, dass der amerikanische Vertreter in Korea schon gegen diese Vereinbarung verstößt.“ Wie er gehört habe, sagen die Amerikaner, dass nur die Sowjets die Treuhandschaft über Korea gutheißen. Sie sei aber in der Tat

zuerst von Roosevelt eingebracht worden. Er fuhr fort: „Die Treuhandschaft ist auf keinen Fall für die Sowjetregierung notwendiger als für die USA. Wenn beide Länder es für nötig halten, könnte sie abgeschafft werden.“ (A. Harriman, Diplomatischer Krieg zwischen Sondergesandtem, Churchill und Stalin, Bd. 2, 1985, korean. Ausg., S. 619)

Generaloberst Stykow, Militärkommissar der 1. Fernöstlichen Frontarmee der Sowjetunion, hielt am 26. Januar eine Pressekonferenz ab, um den Koreanern die Wahrheit zu sagen. Er machte die Welt mit dem Verlauf der Moskauer Konferenz bekannt, darunter mit dem Vorschlag der USA zur 10-jährigen Treuhandschaft und dem sowjetischen Vorschlag zur Verkürzung dieser Frist auf 5 Jahre.

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz hatten die USA folgende Vorschläge zur Koreafrage gemacht:

1. In Korea wird eine einheitliche Militäradministration eingerichtet, die von den beiden Befehlshabern der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungstruppen geleitet wird. Diese Militäradministration regiert bis zur Errichtung der Treuhandschaft. Koreaner sollten nach Möglichkeit nur im Machtapparat der Militäradministration als den Befehlshabern unterstellte Verwaltungsmitarbeiter, Ratgeber und Berater eingestellt werden..

2. Während der Treuhandschaft wird in Korea ein Verwaltungsapparat aus den Vertretern der 4 Großmächte – der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Chinas – eingerichtet, der unter Leitung eines Generalinspektors alle Rechte der Legislative, Exekutive und Rechtsprechung ausübt. Dieses Regime wird 5 Jahre lang aufrechterhalten und erforderlichenfalls noch einmal um 5 Jahre verlängert.

3. In der oben genannten Frist wird die Frage der Errichtung der koreanischen Regierung nicht berücksichtigt. (Sammlung von Dokumenten zur Koreafrage, Bd. 2,

Vergleich der Standpunkte der Sowjetunion und der USA, Außenministerium der KDVR, 1954, S. 1)

Dagegen schlug die sowjetische Seite vor:

1. Es wird eine demokratische provisorische Regierung Koreas gegründet und unter deren Teilnahme die Vereinigung Koreas verwirklicht.

2. Die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und China sind Treuhänderstaaten für Korea, und das Ziel der Treuhandschaft besteht darin, unverzüglich notwendige Hilfsmaßnahmen für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des koreanischen Volkes, für die demokratische Entwicklung Koreas und für die Gründung eines unabhängigen Staates zu ergreifen.

3. An den Festlegungen über die Treuhandschaft sind die koreanische provisorische Regierung und die demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Koreas unbedingt zu beteiligen.

4. Die Treuhandschaft der vier Staaten muss durch die koreanische provisorische Regierung und die ihr unterstellten Organe ausgeübt werden. (Ebd.)

Das war ein großer Schlag für die US-Militäradministration, die zur Anti-„Treuhand“-Bewegung aufhetzte.

So schickte Hodge an das amerikanische Außenministerium einen Brief, in dem er schrieb, dass Stykows Erklärung den Koreanern bewusst machen könnte, dass die USA sie „verkauft“ hätten, und dass daher die USA in eine sehr schwierige Lage geraten würden. MacArthur teilte er mit, dass er darin einwilligen werde, ihn seines Amtes zu entheben, um das Gesicht der USA zu wahren. (The US Department of War, The History of the US Army in Korea, Washington, S. 89-92)

Nachdem entsprechend den Beschlüssen der Moskauer Außenministerkonferenz die Gemeinsame Sowjetisch-

Amerikanische Kommission (GSAK) gebildet worden war, behinderten die USA die Tätigkeit dieser Kommission in jeder Weise.

Vom 16. Januar bis 5. Februar 1946 fand in Soul eine Konferenz der Vertreter der Kommandanturen der sowjetischen und der amerikanischen Besatzungstruppen in Korea statt.

Auf der Konferenz wurde in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Moskauer Außenministerkonferenz die GSAK gebildet und beschlossen, dass die Kommission innerhalb eines Monats ihre Arbeit aufnehmen sollte.

Schon auf der ersten Tagung der GSAK, die am 20. März 1946 in Soul stattfand, prallten die grundsätzlich unterschiedlichen Meinungen der Sowjetunion und der USA aufeinander.

Die GSAK sollte vor allem die Aufgabe erfüllen, in Beratungen mit den politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Koreas eine Charta und ein politisches Programm der provisorischen Regierung Koreas vorzubereiten und die provisorische Regierung Koreas zu bilden.

Die USA schlugen anfangs vor, ein „Beratungskomitee“ aus Koreanern zu gründen und ihm das Recht zur Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung des koreanischen Staates zu übertragen.

Ihr Vorschlag zielte darauf ab, die provisorische Regierung Koreas aus proamerikanischen Kräften zusammenzusetzen und somit ihre Herrschaft über ganz Korea zu verwirklichen.

In einer Weisung, die die Vereinigten Generalstäbe der USA vor Eröffnung der GSAK Hodge übermittelten, hieß es, dass die Kommunisten „nicht Repräsentanten des koreanischen Volkes sein können und daher diese Gruppe

nicht einbezogen werden darf.“ (The US Department of War, The History of the US Army in Korea, Washington, S.145)

Wegen dieses Standpunkts der amerikanischen Seite zogen sich die Beratungen der Kommission in die Länge.

Schließlich wurde die Sitzung der GSAK am 8. Mai, 48 Tage nach ihrer Eröffnung, unterbrochen.

Danach dachten die USA über neue Schritte nach.

Hodge konnte nicht übersehen, dass Li Syng Man, der in Südkorea eine Separatregierung anstrebte, um ihm selbst die Macht zu übergeben, bei den Massen auf Ablehnung stieß. So berichtete er seinem Ministerium, es sei schwierig, sich auf Li Syng Man zu stützen.

Auf der Grundlage seines Berichts fand am 22. Mai 1946 in Washington eine „Sitzung der drei Ministerien“ über die Koreafrage statt, an der der Außenminister Byrnes, der Heeresminister Jefferson, Sullivan, des Marineministers Assistent in seiner Vertretung, und der Unterstaatssekretär Haldring, der im Außenministerium für die Frage der Besatzungsgebiete zuständig war, teilnahmen. Die auf der Sitzung erörterten Fragen übermittelte nach Einwilligung des Heeres- und des Marineministeriums am 6. Juni der Außenminister dem Hauptquartier von MacArthur und anderen zuständigen Abteilungen.

Der US-Präsident enthob Byrnes seines Amtes und ernannte Marshall zum Außenminister.

Anfang 1947 begann Marshall die Koreapolitik der USA zu überprüfen, wofür er eine vom Außen- und Heeresminister geleitete hochrangige Sonderkommission organisierte.

Diese Sonderkommission fasste den Beschluss, in Zukunft in Südkorea eine „Separatregierung“ zu errichten, wenn die Tagung der GSAK nicht entsprechend dem Willen der USA verlaufen würde.

Am 8. April 1947 schlug Marshall in Moskau Molotow vor, innerhalb des zweiten Halbjahres 1947 die Zeit festzulegen, in der beide Regierungen den auf der Tagung der GSAK zu erörternden Inhalt beraten sollen. Darauf schlug Molotow vor, am 20. Mai in Soul die Tagung der GSAK wieder zu eröffnen und zwischen Juli und August einen vollständigen Plan für die Schaffung der „provisorischen Regierung Koreas“ beiden Regierungen zur Beratung zu übermitteln.

Danach vereinbarten Molotow und Marshall am 2. und 7. Mai in einem Briefwechsel die Wiedereröffnung der genannten Tagung.

Darüber schrieb die amerikanische Zeitschrift „Life“ vom Juni 1947:

„Im Mai 1947 wurde vereinbart, die Verhandlungen über Korea wieder aufzunehmen. Aber das geschah, nachdem die USA bereits endgültig die neue Politik eingeschlagen hatten, Korea so lange besetzt zu halten, bis ihre Ziele erreicht werden.“

Am 21. Mai 1947, ein Jahr und elf Tage nach der Unterbrechung der Tagung der GSAK, wurde sie in Soul wieder eröffnet. Das wurde als 2. Tagung der GSAK bezeichnet.

Auf den Tagungen am 11. und 12. Juni wurden der „Fragenkatalog zur Zusammensetzung und zu den Organisationsprinzipien der provisorischen demokratischen Regierung Koreas“ und der „Fragenkatalog zum politischen Programm der provisorischen demokratischen Regierung Koreas“ sowie die „Bestimmungen über die Beratung mit den demokratischen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas“ verabschiedet.

Die Fragenkataloge wurden unverzüglich allen demokratischen politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas übermittelt.

Während die Papiere übermittelt wurden und die gemeinsame Beratung stattfand, begannen die USA ihren Plan zur Gründung einer „Separatregierung“ in Südkorea voranzutreiben.

Angesichts dieser Situation machten sich viele patriotische Persönlichkeiten Südkoreas und mit ihnen verbundene Kräfte auf den Weg zu Beratungen mit Nordkorea. Nur die isolierte Gruppe um Li Syng Man blieb in Südkorea als Befürworter der Separatwahlen übrig.

Unter diesen Umständen wurden die USA vor die Alternative gestellt, ob sie als Subjekt des Völkerrechts an der Arbeit der GSAK weiter aufrichtig teilnehmen oder die Separatwahlen anstreben sollten. Sie wählten den Weg, Li Syng Man wieder für sich zu gewinnen und seine Kräfte zu nutzen.

Nach amerikanischem Drehbuch rief Li Syng Man die zumindest formal verbotene „Anti-Treuhand-Bewegung“ erneut ins Leben.

So stagnierte die Arbeit der GSAK, und man ging wieder zu Regierungsverhandlungen über.

Außerdem gingen die USA als letztes Mittel in das Stadium über, die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO zu setzen.

Das Telegramm, das Joseph E. Jacobs, der politische Berater von Hodge, am 8. September 1947 an den Außenminister schickte, macht das deutlich:

„Früher oder später werden die Amerikaner und der Kongress erkennen, dass wir in eine schlimme Lage geraten werden, wenn die linken Kräfte uns zu vertreiben versuchen und die rechten ihre einseitigen Forderungen ablehnen. Dann werden die USA nolens volens Korea aufgeben müssen. Wenn wir keine Gegenmaßnahmen treffen, z . B. bei den Verhandlungen der vier Großmächte oder in der

UNO neue Vorschläge unterbreiten, werden wir bei beiden, Linken und Rechten, in ein Dilemma geraten.“

Am 26. August 1947 schickte Walter Robertson, der stellvertretende Außenminister der USA, an Molotow einen Brief mit dem Vorschlag, am 8. September in Washington eine Konferenz der vier Staaten über die Koreafrage abzuhalten, die den Moskauer Beschlüssen zugestimmt hatten, und lud die sowjetische Seite dazu ein. Er fügte dem Brief den auf der Konferenz zu unterbreitenden Plan der amerikanischen Seite über die „Koreafrage“ bei.

In diesem „Plan“ schlugen die USA vor, Wahlen von Vertretern für die Bildung einer provisorischen Gesamtlegislative jeweils in beiden Gebieten Koreas (Nord und Süd) durchzuführen, damit aus Vertretern entsprechend der Bevölkerungszahl beider Gebiete eine gesamtkoreanische provisorische gesetzgebende Versammlung in Soul einzuberufen, um eine einheitliche provisorische Regierung Koreas zu gründen. Diese Regierung solle in Beratung mit den vier Staaten, die den Moskauer Beschlüssen zugestimmt hatten, eine provisorische Verfassung ausarbeiten. Der ganze Prozess solle von der UNO überwacht werden.

Die USA rechneten damit, durch Wahlen von Vertretern entsprechend der Einwohnerzahl unter Aufsicht der UNO die Oberhand der proamerikanischen Kräfte gewährleisten zu können. Damals gab es in Nordkorea 4,5 Millionen und in Südkorea 9,5 Millionen Wahlberechtigte.

Daneben schlugen die USA vor, an Stelle der Gemeinsamen Sowjetisch-Amerikanischen Kommission eine Vierstaatenkonferenz abzuhalten, um das Votum Großbritanniens und der chinesischen Regierung unter Jiang Jieshi für sich zu nutzen.

Die sowjetische Seite erklärte am 4. September 1947 in einem Schreiben an die USA, dass die Einrichtung getrennter provisorischer gesetzgebender Versammlungen

im Norden und im Süden anstelle eines gesamt-koreanischen einheitlichen Machtorgans zur Spaltung Koreas führen würde, und forderte die amerikanische Seite auf, dem bereits von sowjetischer Seite gemachten Vorschlag zur Gründung einer provisorischen koreanischen Volksversammlung zuzustimmen.

Daraufhin begannen die USA wie geplant radikal zu handeln.

Am 17. September äußerten sie in einem Brief an die sowjetische Seite: „Die USA-Regierung schlägt vor, die Frage der Unabhängigkeit Koreas der kommenden UNO-Vollversammlung zu übertragen“, und setzten damit die Funktion der GSAK außer Kraft.

Am 18. Oktober schlugen die USA offiziell die Aussetzung der GSAK vor. Am 20. Oktober gab die Sowjetunion eine Erklärung ab und zog ihre Delegation aus Soul zurück.

Auf diese Weise scheiterte die GSAK nach 19 Monaten, ohne ihre primäre Aufgabe zur Lösung der Koreafrage erfüllt zu haben.

So brachten die USA die Arbeit der GSAK endgültig zum Scheitern und setzten – wie von ihnen geplant – die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO.

Am 17. September 1947 machte der damalige USA-Außenminister Marshall in seiner Rede auf der 2. UNO-Vollversammlung die Sowjetunion dafür verantwortlich, dass sich die Unabhängigkeit Koreas um über zwei Jahre verzögerte, und legte einen Resolutionsentwurf der amerikanischen Seite vor, die „Koreafrage“ in der UNO zu erörtern.

Er behauptete, dass nur die UNO die „dringliche und gerechte Forderung der Koreaner nach Unabhängigkeit“ erfüllen könne, und forderte die Vollversammlung auf,

der Aufnahme der Koreafrage in ihre Tagesordnung zuzustimmen.

Der sowjetische Delegationsleiter widerlegte Marshalls Behauptung und äußerte, dass die Koreafrage ein direktes Ergebnis des Krieges sei und daher die UNO nach ihrer Charta nicht berechtigt sei, irgendwelche Maßnahmen in Bezug auf die Koreafrage zu treffen. Er bestand darauf, dass das internationale Abkommen über die Koreafrage bereits im Dezember 1945 in Moskau abgeschlossen wurde, und betonte: „Da bereits internationale Abkommen bestehen, gehören Nachkriegsprobleme wie z. B. die Koreafrage nicht auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung.“

Doch am 23. September, 6 Tage danach, brachte die UNO den Resolutionsentwurf durch, die Koreafrage auf die Tagesordnung ihrer Vollversammlung zu setzen und sie im 1. Ausschuss zu beraten.

Auf diese Weise kam die Koreafrage in die UNO.

Damit wurden alle internationalen Abmachungen bezüglich der Koreafrage ungültig gemacht, und das koreanische Volk vor die historische Frage Vereinigung oder Spaltung gestellt.

Ebenso wie kein Mensch von anderen unterdrückt leben will, will keine Nation in Abhängigkeit von anderen Nationen leben. Deshalb duldet es keine Nation, ihre Würde von äußeren Kräften mit Füßen getreten zu sehen.

Das ist eine unumgängliche Forderung, die von der Natur des Menschen ausgeht, und eine unbestreitbare historische Wahrheit.

Dadurch, dass die USA die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO brachten, häuften sie Steine auf den zukünftigen Weg des koreanischen Volkes, das einen souveränen und unabhängigen Staat wollte, und inszenierten das Präludium für die komplizierten und scharfen Auseinandersetzungen um die „Koreafrage“ auf der Bühne der UNO.

3) DIE SPALTUNG KOREAS

Die Koreafrage ist von wesentlich anderem Charakter als die Regelung der Nachkriegsprobleme eines am Aggressionskrieg beteiligten und besiegten Landes.

Bei den Problemen der besiegten Länder ging es darum, die Quellen eines neuen Weltkriegs einzudämmen. Korea war jedoch weder Teilnehmer noch Besiegter dieses Aggressionskrieges. Deshalb hätte ihm selbstverständlich das Recht eines souveränen und unabhängigen Staates gewährt werden müssen, nachdem es von der militärischen Gewaltherrschaft des japanischen Imperialismus befreit worden war.

Bei der Regelung der Nachkriegsprobleme in Bezug auf Korea war absolut nichts sensibel und unklar. Deshalb glaubten alle Menschen, dass Korea bald nach seiner Wiedergeburt unabhängig wird.

Auf der Jaltakonferenz äußerte Stalin zum amerikanischen „Plan über die Treuhandschaft“, dass die Treuhandschaft nicht unbedingt notwendig sei, wenn die koreanische Nation selbst eine zufriedenstellende Regierung bilden könne. Dabei schlug er vor, die völlige Liquidierung der langjährigen militärischen Gewaltherrschaft Japans und die sofortige Wiederherstellung Koreas als unabhängiger Staat bedingungslos zu unterstützen. Das hätte die bedingungslose Unabhängigkeit bedeutet.

Das koreanische Volk war in der Tat voll und ganz in der Lage, aus eigener Kraft ein neues Korea aufzubauen.

Das wird auch aus den Worten des philippinischen Vertreters Romler auf der UN-Vollversammlung vom 4. November 1947 ersichtlich: „Ich vertraue auf die Fähigkeit des koreanischen Volkes, in einer Atmosphäre der Freiheit seine

Probleme zu lösen, wenn es keine äußere Einmischung gibt.“ Ein amerikanischer Historiker schrieb, dass „die Koreaner wenige Wochen nach der Kapitulation Japans ihre Führungsfähigkeit demonstrierten“. (US-Militäradministration in Korea, S. 234)

Die USA aber wollten von Anfang an nicht die Unabhängigkeit Koreas und sahen den Kern ihrer Fernostpolitik darin, ihre Herrschaft über ganz Korea zu verwirklichen.

Edwin Porrey, der für die Kriegsentschädigungen zuständige Sondergesandte des USA-Präsidenten, wurde vom Mai bis Juni 1946 nach Korea gesandt, um reale Lage zu untersuchen. Er sandte am 22. Juni an Truman den Bericht „Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu den politischen Angelegenheiten Koreas“. (Opinion, Conclusion and Recommendations regarding the Political Affairs of Korea) Darin stand Folgendes:

„Offen gesagt ... Korea ist ein ideologischer Kampfplatz, von dem der Erfolg der USA in Asien abhängt. Mit anderen Worten ist es meiner Ansicht nach ein Prüfstein, ob hier nach dem untergegangenen Feudalismus Demokratie verwirklicht werden oder der Kommunismus erstarken kann.“ (Memoiren von Harry S. Truman „Year of Decisions“, Bd. 1, New York, 1955, S. 224)

Diese „Empfehlung“ von Porrey machte Truman zur Politik der USA. Das beweist auch ein erst Anfang 1970 öffentlich bekannt gewordenes diplomatisches Geheimdokument, in dem es heißt, dass Truman 1946 bemerkte, Korea sei ein „ideologischer Kampfplatz, der vielleicht über alle Erfolge der USA in Asien entscheiden würde“, und dass er „verlangte, lange genug für die Erfüllung ihrer Aufgabe in Korea zu bleiben sowie das dafür benötigte Personal und ausreichende Geldmittel zur Verfügung zu stellen“. (Foreign

Relations of the United States, Diplomatic Papers, 1946, the Far East)

Auch Wedemeyer, der 1947 als Sonderbotschafter des US-Präsidenten Südkorea besuchte, legte am 19. September Truman einen Sonderbericht vor, in dem er die Meinung äußerte, man solle die Koreafrage auf einer Konferenz der vier Großmächte zu lösen versuchen, wenn die Gemeinsame Sowjetisch-Amerikanische Kommission als gescheitert gelte. Falls auch das misslingen würde, müsse sie auf der UN-Vollversammlung gelöst werden. Wenn auch dieser Plan erfolglos sein sollte, müssten die USA allein über die Zukunft Koreas entscheiden. Man dürfe auf keinen Fall auf Korea verzichten.

Die USA gingen daran, das praktisch zu verwirklichen, und die UNO setzte den Plänen der USA folgend einseitig die Koreafrage auf die Tagesordnung der Vollversammlung.

In der ernsten Situation, in der die Spaltung Koreas vor der Tür stand, gab die Sowjetunion am 26. September 1947 in Soul eine Erklärung ab, in der sie vorschlug, Anfang 1948 beide, die sowjetischen und die amerikanischen Truppen gleichzeitig aus Korea abzuziehen und dem koreanischen Volk selbst die Lösung seiner Probleme zu überlassen.

Die Erklärung lautete: „...Korea kann erst dann zu einem souveränen und unabhängigen Staat werden, wenn es eine eigene vom Volk unterstützte Regierung hat und sich die sowjetischen und amerikanischen Truppen vom Territorium Koreas zurückziehen. ...Die sowjetische Delegation erklärt, dass die sowjetischen Truppen, wenn die amerikanische Delegation unserem Vorschlag, Anfang 1948 alle ausländischen Truppen abzuziehen, zustimmt, bereit sein werden, gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen aus Korea abzuziehen.“

Die USA aber lehnten den Vorschlag mit der Begründung ab, der Abzug der Truppen sei nur eine Seite der Koreafrage.

Ihre Pläne waren nur darauf gerichtet, die Koreafrage auf die Tagesordnung der UN zu setzen, um ihre eigenen Ziele mit Hilfe ihrer Abstimmungsmechanik durchzusetzen. Mehr noch: Durch den allseitigen Gegenangriff der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ab Juli 1947 wurde die Kuomintang-Regierung von Jiang Jieshi an den Rand des Zusammenbruchs gebracht, und damit drohte die politisch-militärische Basis der USA im asiatischen Kontinent verloren zu gehen. Diese Umstände machten die Durchsetzung der strategischen Interessen der USA auf der Korea-Halbinsel noch dringlicher.

Darüber schrieb eine Presse der USA :

„Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 140 000 Mann starke Truppen unter Jiang Jieshi von Süd- und Westchina nach Nordchina und der Mandschurei verlegt und 50 000 Mann zählende US-Truppen nach Nordchina umgesetzt. Trotzdem misslang es den USA, in der Mandschurei einen Stützpunkt zu errichten. Nordkorea könnte ein Ersatz für den Stützpunkt in der Mandschurei oder ein direkter Verbindungsweg in die Mandschurei gewesen sein.“ (Wer hat den Koreakrieg entfesselt?, japan. Ausg., S. 121)

Mit diesem Ziel brachten die Amerikaner die Koreafrage vor die UNO.

Während des 2. Weltkrieges wurden Deutschland, Italien und Japan, welche zu den „sechs Großmächten“ gehörten, besiegt, und auch Frankreich beträchtlich geschwächt. Das „Britische Reich“, das sich gerühmt hatte, ein „Land, wo die Sonne nicht untergeht“, zu sein, musste sich ebenfalls von seinen vielen Kolonien in der Welt zurückziehen oder die in vielen Ländern Europas und Asiens gehaltenen Stellungen eine nach der anderen den

USA überlassen. Da Großbritannien und Frankreich im Krieg sehr große Schäden erlitten hatten, konnten sie ihre Funktion als Siegermächte nicht ausüben, ja nicht einmal ihre früheren Stellungen wiedererlangen.

Nur die USA konnten während des Krieges ihre Position stärken. Unter Ausnutzung der günstigen Bedingung, dass ihr Territorium vom Krieg verschont blieb, forcierten sie im Inland die Kriegsproduktion und erzielten dadurch Superprofite im Krieg. Mit der „Hilfe“ und den Waffenlieferungen für die „Verbündeten“ machten sie Profite in Höhe von Dutzenden Milliarden Dollar und erzielten nach dem Krieg durch die Eintreibung von Schulden und Entschädigungen riesige Gewinne.

Im Jahr 1948 betrug der Goldbestand der USA zwei Drittel des Bestandes der kapitalistischen Welt (etwa 28 Mrd. Dollar), und ihre Industrieproduktion machte 53,4 Prozent der industriellen Bruttonproduktion der kapitalistischen Welt aus.

Auf militärischem Gebiet gelang ihnen im Juli 1945 die Zündung einer Atombombe, wodurch das „Geheimnis der Atombombe ihr Alleinbesitz“ wurde. Schon in normalen Zeiten unterhielten sie Landstreitkräfte von über einer Million Mann, Luftstreitkräfte von über 400 000 Mann und Seestreitkräfte von mehr als 500 000 Mann.

Somit gewannen die USA in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht überwältigendes Übergewicht gegenüber den früheren Konkurrenten Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan und konnten damit ihre Vormacht gegenüber diesen Ländern festigen. Die Siegermächte, Großbritannien und Frankreich, waren für die Wiedergewinnung ihrer alten Positionen auf den US-Dollar angewiesen, ganz zu schweigen von den besiegten Staaten Deutschland und Japan.

Die Rolle, die die USA-Regierung im Zusammenhang mit der Gründung der UNO in deren Verwaltungsorganen spielten, erhöhte die Stellung der USA in der UNO in besonderem Maße.

Nach der Gründung der UN wurden deren Hauptquartier und wichtige Spezialorganisationen in den USA eingerichtet; von den Großmächten der Welt zahlten die USA den höchsten Mitgliedsbeitrag an die UN.

Sie konnten Vorrechte ausüben, weil sie viel Geld für die UN-Spezialorganisationen, den „Internationalen Währungsfonds“ (IMF) und die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (IBRD), anlegten.

Darüber schrieb das amerikanische Blatt „Business Week“ vom 22. Oktober 1949:

„Die UNO verschafft den USA Ansehen. ...Sie ist im Grunde genommen eine Organisation der USA. Amerika hat die UN gegründet. Im Hintergrund des so erreichten Erfolgs liegen die Bemühungen von amerikanischen Spezialisten. ... Das Wichtigste mag wahrscheinlich die Tatsache sein, dass das UN-Hauptquartier auf dem Boden der USA steht. ... Die USA nehmen so viel in die Hand, wie sie Beiträge zahlen.“

Diese Wirklichkeit ergab, dass sich die imperialistischen Kräfte im Unterschied zum bisherigen System, in dem sie um die Machtstellung gekämpft hatten, mit den USA als Zentrum neu formierten und viele Satellitenstaaten sich der „Hilfe“ der USA durch den Dollar und ihrem „Schutz“ durch die Atombombe unterwarfen.

Das schuf den USA günstige Bedingungen dafür, in der UNO Mehrheiten zu bilden und so bei dem von der UN-Charta festgelegten Majoritätsprinzip beachtliches Übergewicht zu gewinnen.

Der USA-Präsident Truman sprach seit der 2. UNO-Vollversammlung davon, dass „die USA eben die UN seien und das, was wir machen, ebenso Beschlüsse der UN“ seien.

(Amerika und der Koreakrieg, S. 265) Das besagt, dass die damalige UNO ihre Beschlüsse nicht nach dem Charakter der auf die Tagesordnung gesetzten Frage fasste, sondern ein Platz war, an dem eine Handbewegung des amerikanischen Vertreters die „Standpunkte der Staaten“ zum Ausdruck brachte.

Sogar bürgerliche Politiker verhöhnten die Beratungen der damaligen UNO als Bewegungen eines „Abstimmungsmechanismus“.

Die Erörterung der Koreafrage, die von den USA widerrechtlich auf die Tagesordnung der UN-Vollversammlung gesetzt wurde, war von Anfang an diesen Bedingungen unterworfen. .

Am 17. Oktober 1947 legte Austin, amerikanischer Vertreter in den UN, dem 1. Ausschuss der UN-Vollversammlung einen Resolutionsentwurf seiner Seite über die „Frage der Unabhängigkeit Koreas“ vor. Der Entwurf besagte, eine „Provisorische UN-Kommission für Korea“ zu organisieren und unter ihrer Kontrolle im gesamten Gebiet Nord- und Südkoreas Wahlen entsprechend dem Verhältnis der Bevölkerungszahl durchzuführen und danach die koreanische Regierung zu bilden.

Da die USA die Koreafrage in der UNO zur Diskussion gestellt hatten, sah sich die sowjetische Seite genötigt, ihren Standpunkt dazu klar zu machen.

Am 28. Oktober brachte der sowjetische Vertreter in den UN eine Resolution ein, in der es hieß: „In Erwägung dessen, dass die der UN-Vollversammlung vorgelegte Koreafrage eigentlich eine ureigene Frage des koreanischen Volkes ist, die dessen Freiheit und Unabhängigkeit betrifft, und diese Frage nicht gerecht und vernünftig geregelt werden kann, ohne dass an der Erörterung Vertreter der koreanischen Bevölkerung teilnehmen, schlug die sowjetische Seite vor, zur Beratung im 1. Ausschuss vom

koreanischen Volk gewählte Vertreter Nord- und Südkoreas einzuladen.“ Und er erklärte, dass die Sowjetunion an der Beratung nicht teilnehmen werde, wenn diese Forderung nicht erfüllt wird.

Es ist international üblich, Vertreter der betreffenden Nation einzuladen und ihre Meinung anzuhören, wenn in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen Fragen erörtert werden, die mit dem Schicksal dieses Landes und dieser Nation zusammenhängen, denn das ist die Grundlage für die Sicherung der Objektivität und Rechtmäßigkeit der Entscheidungen.

Aber die USA verhinderten die Durchsetzung des sowjetischen Vorschlags, koreanische Vertreter einzuladen, und reichten dem 1. Ausschuss am 29. Oktober einen „Abänderungsantrag“ gegen den sowjetischen Vorschlag ein. Ihr Antrag lautete, dass, „um zu sichern, dass koreanische Vertreter von ihrem Volk den Tatsachen entsprechend gewählt werden können, unverzüglich eine Provisorische UN-Kommission für Korea, die das Recht hat, in ganz Korea zu reisen, zu überwachen und zu beraten, gebildet und nach Korea unverzüglich entsendet werden muss...“ (UNO-Resolutionen über die Koreafrage, 1947-1957, S.15)

Der „Abänderungsantrag“ der USA zielte letztendlich darauf, die „Provisorische UN-Kommission für Korea“, ein Instrument zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas, möglichst schnell zu gründen.

Dazu äußerten auch manche UNO-Mitgliedsstaaten ihre Zweifel. Der französische Vertreter meinte, „die Wahl der Vertreter unter Aufsicht der Kommission werde das Anhören ihrer Meinungen verzögern“, und der neuseeländische Vertreter zweifelte daran, dass es sich bei dem USA-Abänderungsantrag tatsächlich um einen Abänderungsantrag zum sowjetischen Vorschlag handele. Er

trage zwar die Form eines Abänderungsvorschlages, wiederhole aber die grundsätzlichen Vorschläge des ersten Resolutionsentwurfs der USA. (Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 17, 25, 31)

Trotzdem erklärte der amerikanische Vertreter auf der Tagung vom 30. Oktober, „der Antrag sei völlig berechtigt, und er sei nicht bereit, ihn zurückzuziehen“, und drängte darauf, den „Abänderungsantrag“ seiner Seite zur Abstimmung zu bringen.

Am 14. November ließen die USA den Entwurf über die „Wahlen unter Aufsicht der UN“ durchpeitschen.

Sie schlugen vor, für die „Wahlen unter Aufsicht der UN“ eine „Provisorische UN-Kommission für Korea“ zur Entsendung nach Korea zu gründen und sie aus Vertretern von Australien, Kuomintang-China, Kanada, El Salvador, Frankreich, Indien, Philippinen, Syrien und der Ukraine zusammenzusetzen. Die Ukraine veröffentlichte auf der Stelle eine Erklärung, es habe sich klar herausgestellt, dass die „Provisorische UN-Kommission für Korea“ ein Instrument für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas sein würde, weshalb man daran nicht nur teilnehmen könne, sondern die Organisation als solche nicht anerkenne.

Auch die Sowjetunion erklärte die Erörterung der „Koreafrage“ in der UNO als unrechtmäßig, beteiligte sich nicht an der Abstimmung über den amerikanischen Resolutionsentwurf zur „Frage der Unabhängigkeit Koreas“ und erkannte auch die Existenz der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ selbst nicht an. Sie lehnte daher die vom UN-Generalsekretär über den sowjetischen Vertreter in der UNO übermittelte Einladung an den Vertreter der sowjetischen Truppen Tschistjakow ab, der „Provisorischen

UN-Kommission für Korea“ einen Protokollbesuch abzustatten.

So fasste die 2. UN-Vollversammlung unter Leitung des amerikanischen Delegationschefs Dulles auf Grund der vom Vertreter der USA vorgelegten Materialien einen „Beschluss“ über die Koreafrage, ohne objektive Materialien über die Koreafrage untersucht und Meinungen der Betroffenen darüber angehört zu haben.

Die gesamte Bevölkerung in Nord- und Südkorea sah die Einbeziehung der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ als eine Einmischung in innere Angelegenheiten an und wies sie entschieden zurück. Insbesondere wegen des heftigen Protests der Bevölkerung Nordkoreas konnte die genannte „Kommission“ keinen Fuß auf nordkoreanischen Boden setzen.

Auch die Volksmassen Südkoreas kämpften vom ersten Tag der Ankunft der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ an dagegen. Nach dem Streik der Arbeiter der „Kyongsong-Elektrogesellschaft“ am 9. Januar 1948 entfalteten sich Kämpfe in vielen Fabriken Souls.

Verschiedene gesellschaftliche Organisationen Südkoreas erklärten: „Der Beschluss der UNO wird die Lösung der Koreafrage verzögern und absolut entgegen dem Willen des koreanischen Volkes die Teilung des Territoriums, die Spaltung der Nation, Verzögerungen des Truppenabzuges und Unterjochung mit sich bringen“, ... „Gemeinsam mit dem gesamten Volk werden wir dieses Land gegen alle imperialistischen Aggressionen opferbereit verteidigen und bis zum Erlangen der Souveränität und Unabhängigkeit des vereinigten Korea kämpfen.“ (Tokrip Sinbo vom 30. Januar 1948)

Der Kampf der südkoreanischen Bevölkerung gegen die Einmischung äußerer Kräfte und für die Vereinigung Koreas weitete sich am 7. Februar zu einem massenhaften

Widerstandskampf gegen die USA und für die Rettung des Vaterlandes aus, der Menschen aller Schichten und Kreise in ganz Südkorea umfasste. Sie kämpfte unter Losungen wie: „Gegen die ‚Provisorische UN-Kommission für Korea‘, die die Teilung Koreas und aggressive Pläne betreibt!“, „Die Bildung der nationalen Regierung für die Vereinigung des Vaterlandes muss uns Koreanern überlassen werden!“

Der heftige Kampf des koreanischen Volkes führte selbst in der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ zu Schwankungen und Beunruhigungen.

Am 4. Februar 1948 äußerte der syrische Vertreter in der „Kommission“, in der gegenwärtigen politischen Lage seien „freie Wahlen“ unmöglich und würden, auch wenn sie durchgeführt werden, der UNO-Charta widersprechen, und der salvadorianische Vertreter erklärte, dass „die Kommission angesichts dessen, dass sie ihr Ziel nicht erreichen könne, ihre Tätigkeit einstellen müsse“. Solche Kritik war auch von den Vertretern Australiens und Kanadas zu hören. (Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 101)

Die USA beschlossen in dieser Situation, nur in Südkorea Separatwahlen durchzuführen, und versuchten, sie mit dem Aushängeschild der UNO-„Resolution“ zu rechtfertigen.

Darüber berichtete eine Nachrichtenagentur in Washington, dass „die USA planen, in den Ausschüssen und der Vollversammlung der UNO Übereinkommen für die Anerkennung der neuen südkoreanischen Regierung zu erzielen“. (San Francisco Chronicle vom 29. Mai 1948)

Doch im UN-Sicherheitsrat konnten die USA wegen des Vetorechts des ständigen Mitglieds Sowjetunion ihr Ziel nicht erreichen.

Deshalb versuchten sie, auf einer „kleinen UNO-Vollversammlung“ die „Koreafrage“ zur Diskussion zu

stellen und auf dieser Versammlung ohne jedes Entscheidungsrecht eine für sie günstige „Resolution“ zu fabrizieren. Während der 2. UNO-Vollversammlung ließen sie mit Hilfe ihres Abstimmungsmechanismus eine „kleine Vollversammlung“ für die Zeit zwischen den Vollversammlungen bilden.

Sie bewegten den Chef der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“, Menon (Indien), dazu, die „kleine UNO-Vollversammlung“ um „Beratung“ und „Empfehlungen“ für Lösungswege zu bitten, weil in der gegenwärtigen Situation in Korea eine aktive „Wahl“ unter Aufsicht der UNO unmöglich sei.

So legte Menon am 11. Februar 1948 der „kleinen UNO-Vollversammlung“ eine „schriftliche Meinungsäußerung“ über die in Korea „anzutreffenden Schwierigkeiten“ vor.

Der US-Außenminister Marshall ließ am 19. Februar die „kleine UNO-Vollversammlung“ einberufen und unterbreitete einen „Resolutionsentwurf“ folgenden Inhalts: Wenn die „gesamtkoreanischen Wahlen unter Aufsicht der ‚Provisorischen UN-Kommission für Korea‘ sich als unmöglich erweisen“, müsse man allein in den „der Kommission zugänglichen koreanischen Gebieten“ „Separatwahlen“ für die Bildung einer Regierung durchführen, und er forderte die Vertreter aller Staaten auf, dem Entwurf zuzustimmen. Das bedeutete die Spaltung Koreas.

Auch dagegen wurden von Vertretern der Teilnehmerstaaten der „kleinen UNO-Vollversammlung“ Einwände erhoben. Der schwedische Vertreter sagte, es gebe keine objektiven Materialien über die koreanische Lage und er könne deshalb nicht einwilligen, die Koreafrage in der „kleinen UNO-Vollversammlung“ zu erörtern. Der norwegische Vertreter bemerkte, die Annahme des amerikanischen Resolutionsentwurfs sei ein Missbrauch der

Befugnisse, die die UNO-Vollversammlung dieser Versammlung erteilt habe.

Der kanadische Vertreter äußerte, „er habe sich nicht davon überzeugen können, dass die Mehrheit der Südkoreaner den Plan der USA unterstützt“. Auch Vertreter anderer Länder wie Australiens, Ägyptens und Brasiliens äußerten Einsprüche.

Daher musste die Versammlung 6 Mal zusammengerufen werden.

Trotzdem brachten die USA am 26. Februar 1948 mit Hilfe ihres Abstimmungsmechanismus den „Resolutionsentwurf“ durch.

Über diese Tatsache schrieb ein amerikanischer Journalist, dass die Separatwahlen in der UNO nur von Kuomintang-China voll unterstützt und in Korea lediglich von rechten Anhängern Li Syng Mans befürwortet wurden. (Korea Today, Harvard-Universität, 1950, S. 227)

In der Resolution, die auf der „kleinen UNO-Vollversammlung“ unrechtmäßig verabschiedet wurde, hieß es:

„... Nach Meinung der kleinen UNO-Vollversammlung ist die Provisorische UN-Kommission zu beauftragen, nur in den Gebieten Koreas, zu denen die Kommission nach den Artikeln der Resolution der Vollversammlung Zugang hat, den auf der Vollversammlung angenommenen Plan auszuführen.“ (UNO-Jahrbuch 1947-1948, 1949, S. 284)

Die von der „kleinen UNO-Vollversammlung“ verabschiedete „Revolution“ konfrontierte das koreanische Volk mit der Gefahr der nationalen Spaltung.

Die 24. Tagung des Zentralvorstandes der Demokratischen Nationalen Einheitsfront Nordkoreas veröffentlichte am 20. Februar 1948 einen Appell an alle koreanischen Landsleute.

Der Appell offenbarte erstmals vor der Welt alle Aktionen der sowjetischen und der amerikanischen Truppen

seit ihrem Einmarsch in Korea vor zweieinhalb Jahren und entlarvte, dass die USA die Durchsetzung der Beschlüsse der Moskauer Konferenz der drei Außenminister und die Arbeit der Gemeinsamen Sowjetisch-Amerikanischen Kommission durchkreuzten und damit die Vereinigung Koreas verhinderten.

Der Appell stellte fest, es sei klar, welche Wahlen in Südkorea stattfinden würden, wo alle demokratischen politischen Parteien und Organisationen im Untergrund arbeiten und Nationalisten verhaftet, gefoltert und ermordet werden. Weiter hieß es: „Wir fordern gesamt-koreanische Wahlen nach dem Abzug der ausländischen Truppen. Wir bestehen auf gesamt-koreanischen Wahlen zur Volksversammlung in geheimer Abstimmung nach den Prinzipien der allgemeinen, direkten und gleichen Wahl. Die so gewählte Volksversammlung wird eine Verfassung annehmen und eine demokratische Regierung bilden.“

Am 25. März wandten sich alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nordkoreas mit einer öffentlichen Erklärung gegen die separaten Wahlen an die Südkoreas.

Angesichts der Verschärfung der Gefahr der Teilung durch die USA unterstützten südkoreanische Nationalisten wie Kim Ku und Kim Kyu Sik im Interesse der Verhinderung der nationalen Spaltung die Linie zur Errichtung einer Einheitsregierung Nord- und Südkoreas; sie brachen endgültig mit den USA und der Gruppe um Li Syng Man, die Separatwahlen verlangten, und erklärten sich für politische Verhandlungen zwischen Nord und Süd.

Kim Ku beharrte darauf, dass „die UNO eine äußere Organisation sei, die kein Recht habe, sich in die inneren Probleme Koreas einzumischen“, und wandte sich gegen Wahlen unter Aufsicht der UNO. Auch Kim Kyu Sik war

dagegen mit der Begründung, dass diese Wahl eine ewige Spaltung des Landes bedeuten würde

Am 23. April 1948 fand in Pyongyang erstmals nach der Wiedergeburt des Landes eine gemeinsame Konferenz von 16 politischen Parteien und 40 gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas statt. Auf der Konferenz wurde ein Beschluss gegen die Separatwahlen, für den Abzug der ausländischen Truppen und den Aufbau eines vereinigten demokratischen Staates angenommen und ein Aufruf veröffentlicht. Die Konferenzteilnehmer nahmen am 30. April in Pyongyang eine gemeinsame Erklärung an.

Die USA ließen ungeachtet des Willens des koreanischen Volkes am 10. Mai in Südkorea separate Wahlen durchführen.

Ein damaliger Minister der USA-Regierung sagte, dass „die US-Militäradministration vor den Wahlen in Südkorea auf jeden Fall die Erfahrungen bei der Volksabstimmung im Saargebiet gründlich studieren“ und sie anwenden sollte. (Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 198)

Vor der Wahl in Südkorea überzogen die USA das Land mit einem Netz von Unterdrückungsapparaten.

In Pusan, Inchon und anderen wichtigen Häfen Südkoreas wurden Kriegsschiffe stationiert, und große Bomber und Aufklärungsflugzeuge standen zum Einsatz bereit. Um „Wahllokale“ und Polizeireviere waren Barrikaden gebaut, in jeder Gasse patrouillierten bewaffnete Polizisten und Terroristen.

Die USA-Nachrichtenagentur UP berichtete, dass allein die amerikanischen Besatzungstruppen in Südkorea „zwei Wochen“ vor und nach den „Wahlen“ „um ca. 50 Prozent verstärkt wurden“. (UP, 30. Mai 1948) „Die Atmosphäre glich der einer Stadt, über die ein Belagerungszustand verhängt war.“ (Kyonghyang Sinmun, 12. Mai 1948)

Gleichzeitig verübten die Amerikaner Terrorakte und Mordtaten an südkoreanischen Patrioten und Einwohnern.

In der Zeit vom 7. Februar bis 6. Juni 1948 kam es in 8 293 Fällen zu Verhaftungen, die Zahl von Ermordeten und Verwundeten betrug nach einem Dokument der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ (A-AC: 19-W39) 417 bzw. 768. (Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 119)

Am 10. Mai, dem Wahltag, wurden überall in Südkorea mit Gewalt Wahlbetrug und Wahlfälschungen verübt.

US-Militär und Polizisten trieben mit Bajonetten und Knüppeln die Einwohner zu den Wahllokalen, schlugen auf sie ein und schossen sogar auf sie, wenn sie ihnen nicht gehorchten.

Gewalttaten wurden auch in den „Wahlbezirken“ verübt, die bereits vorbereitet waren, damit die Aufsichtsgruppen der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ die Rechtmäßigkeit der „Wahlen“ „bestätigen“ konnten. Die Einwohner kamen unter Bedrohung und Erpressung durch Polizisten und Terroristen zu den „Wahllokalen“, wurden zuerst durchsucht und gaben dann vor den Augen der „Beobachter“ ihre Stimme ab. Wer „sich ungehorsam verhielt“ oder Widerstand leistete, wurde auf der Stelle geschlagen oder sogar ermordet. Deshalb musste ein Vertreter der „Kommission“, der die „Wahl“ untersucht hatte, eingestehen, dass „es in Südkorea keine für freie Wahlen wünschenswerte Atmosphäre gab“. (Die UNO und die friedliche Vereinigung Koreas, S. 104)

AP berichtete am 12. Mai 1948, dass an einem Tag, dem 10. Mai, 500 Menschen ermordet wurden. Dazu schrieb der australische Journalist Wilfred G. Burchett, dass „einer von ihnen wegen der Verweigerung der Stimmabgabe und ein anderer im Tumult eines Wahllokals sein Leben verlor“. (Es war ein bössartiger Krieg, S. 74)

Die Südkoreaner führten einen gesamtnationalen Kampf gegen die das Land zugrunde richtenden „Separatwahlen vom 10. Mai“.

Bereits am 8. Mai waren eine Million Arbeiter in einen Generalstreik gegen die Wahlen getreten; am Wahltag selbst kämpften alle Bevölkerungsschichten Südkoreas, darunter Arbeiter, Bauern, Angestellte und Studenten, in verschiedenen Aktionen wie Demonstrationen, Aufstand, Schulstreik und Verweigerung der Wahl gegen die „Wahlen“.

Sie demonstrierten und streikten unter Losungen wie „Gegen die Etablierung einer separaten Regierung durch Separatwahlen!“, „Weg mit der ‚UN-Kommission für Korea‘!“ und zerstörten 46 „Wahllokale“, Hunderte „Wahlbüros“ und 73 Polizeireviere.

Auf der Insel Jeju konnte in 2 von 3 „Wahlbezirken“ keine Stimmabgabe erfolgen, und in einem „Wahlbezirk“ lehnten die meisten Wahlberechtigten die Abstimmung ab.

In Taegu und Hamyang erschienen 80-90 Prozent der Wähler nicht in den „Wahllokalen“.

Die „Separatwahlen vom 10. Mai“ waren in der Tat gescheitert.

Die USA verfälschten das Wahlergebnis und setzten am 20. Juli Li Syng Man in das Amt des „Präsidenten“ ein. Am 15. August wurde in Südkorea die Gründung der „Republik Korea“ verkündet und das Spektakel einer „Machtübergabe“ von der US-Militäradministration inszeniert.

Die USA veröffentlichten eine Erklärung über die Anerkennung „der neu gegründeten koreanischen Regierung in Südkorea als Regierung, die am 14. November 1947 im Beschluss der UNO-Vollversammlung konzipiert worden war“.

Der 38. Grad nördlicher Breite war aus der von den Amerikanern vor drei Jahren zur Entwaffnung der

japanischen Truppen gezogenen Trennlinie zur Linie der Spaltung geworden.

Angeichts der gefährlichen Situation, in der das Land und die Nation gespalten werden konnten, wurde am 29. Juni 1948 im nordkoreanischen Pyongyang erneut eine Beratung führender Vertreter der politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen Nord- und Südkoreas einberufen, auf der beschlossen wurde, gesamt-koreanische Wahlen in Nord und Süd durchzuführen.

Diese fanden am 25. August statt, und am 9. September wurde die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) gegründet.

Die KDVR war der einzig rechtmäßige von den Wahlberechtigten aller Gebiete der koreanischen Halbinsel gewählte Einheitsstaat

Die USA aber setzten im Dezember 1948 auf der 3. UNO-Vollversammlung in Paris erneut die Koreafrage auf die Tagesordnung und veranlassten den südkoreanischen „Vertreter“ in der UNO dazu, unter dem Vorwand, die Gesamtwahlen der nord- und südkoreanischen Bevölkerung hätten ohne „Aufsicht“ der UNO stattgefunden, die Gründung der KDVR zu negieren und die in Südkorea etablierte Marionettenregierung damit zu legitimieren, die „Wahlen“ in Südkorea und ihre Ergebnisse seien eine „Widerspiegelung des in einer sicheren Lage ausgedrückten Volkswillens“.

Parallel dazu legte der Vertreter der Republik China (Kuomintang) einen Bericht der „Provisorischen UN-Kommission für Korea“ vor.

Der Bericht lautete: Erstens, die „Wahlen, die Bildung des Parlaments und der Regierung“ in Südkorea unter „Aufsicht der Provisorischen UN-Kommission für Korea“ sind ein „wahrer Ausdruck des freien Willens des südkoreanischen Volkes“. Zweitens, die „US-Besatzungs-

truppen haben ihnen nach und nach die Regierungs- und Verwaltungsfunktionen übergeben“, und die „Provisorische UN-Kommission für Korea“ ist der Auffassung, dass die Koreaner die Regierung in dem Maße unterstützen, dass man der Regierung die Erfüllung ihrer Aufgaben anvertrauen kann“. Drittens, wenn die Vollversammlung es verlangt, ist die „Kommission“ auch in Zukunft jederzeit „bereit, der Organisation(UN) bei der Lösung offener Fragen zu helfen.“ (Offizielle UNO-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 159)

Der amerikanische Vertreter Dulles erklärte am 6. Dezember, die „gemeinsame Resolution“, die Australien und China (Kuomintang) eingebracht haben, sei der „Kurs“ der UNO in Bezug auf die Koreafrage und ein „weiterer Fortschritt“ der UNO und „die UNO muss für die unter ihrer Kontrolle erbrachten Leistungen gesetzliche Beweise erbringen.

Die Regierung der Republik Korea braucht solche Beweise, um ihre Stellung und Autorität im In- und Ausland zu gewährleisten. Es ist sicher unvorstellbar, dass die UNO die nach ihren schöpferischen Plänen erzielten Ergebnisse auf irgendeine Weise negiert.“ (Dokumente über die auswärtigen Beziehungen Amerikas, Bd. 10, S. 174)

Die von Australien und China (Kuomintang) eingebrachte „gemeinsame Resolution“ „billigt alle Schlussfolgerungen aus dem Bericht der ‚Provisorischen Kommission‘“(Artikel 1); die Regierung Südkoreas ist eine rechtmäßige Regierung, die ihre Kontroll- und Verwaltungshoheit effektiv ausübt“(Artikel 2); deshalb sollen die UN-Mitgliedstaaten sich jeder „Handlung, die der südkoreanischen Regierung schadet, enthalten“ (Artikel 8) und mit ihr „Beziehungen auf Regierungsebene aufnehmen“ (Artikel 9). (UNO-Resolutionen über die Koreafrage, 1947-1957, S. 41)

Die „gemeinsame Resolution“ wurde von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Vollversammlung zurückgewiesen.

Die Vertreter solcher Länder wie Polens, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, die am 7. und 8. Dezember 1948 an der Debatte im 1. Ausschuss teilnahmen, enthüllten gestützt auf konkrete Materialien die Unrechtmäßigkeit der von den USA in Südkorea durchgeführten „Wahlen unter Aufsicht der UNO“ und der südkoreanischen „Regierung“. Der Vertreter Myanmars erklärte, dass er sich der Stimme enthalten werde, weil Artikel 2 der „gemeinsamen Resolution“ die ewige Spaltung Koreas anerkennt, und der niederländische Vertreter stellte fest, dass es nicht gerechtfertigt sei, die südkoreanische Marionettenregierung als „Regierung der Republik Korea“ zu bezeichnen. Auch der indische Vertreter erklärte, er enthalte sich der Zustimmung zu der „Resolution“, weil der Artikel 2 ein Spiel mit der UNO sei.

Die USA ließen den Vertreter eines Satellitenstaates vorschlagen, die Erörterung der Koreafrage im 1. Ausschuss bis zum Vormittag des 8. Dezember 1948 abzuschließen, und drückten auf die Abstimmung.

Die südkoreanische Bevölkerung erhob sich zum Kampf gegen die USA und Li Syng Mans „Regierung“, die die Spaltung Koreas zu zementieren suchten.

Im Oktober 1948 erklärten die in Ryosu stationierten Truppen der „Nationalen Verteidigungsarmee“ in einer Entschliebung, dass „das Volkskomitee Ryosu alle Macht in Ryosu in den Händen hält und die KDVR voll und ganz unterstützt“, und erhoben sich gemeinsam mit Einwohnern ihres Stationierungsgebietes zu einem bewaffneten Aufstand. Am 30. November schlossen sich in Soul und anderen Gebieten Südkoreas 260 000 Menschen dem Kampf an.

Eine südkoreanische Zeitung schrieb: „Die Regierung leidet vom Tag ihrer Bildung an unter nicht abreißendem

Widerstand der Volksmassen. ... Sie hat kein unbedingtes Vertrauen des Volkes gewonnen, sie und die Gesellschaft sind voneinander isoliert.“

Leon Fordeau, Korrespondent der französischen AFP, berichtete über die damalige Situation:

„Ich kann nicht umhin festzustellen, dass der Einfluss dieses Aufstandes sehr ernst ist. Denn es bestand die Gefahr, dass der Standpunkt der Regierung der Republik Korea stark geschwächt werden könnte, wenn die UNO-Vollversammlung appellieren würde, diese Regierung anzuerkennen. ... Wie kann man eine Regierung anerkennen, gegen die sich die eigene Armee auflehnt?“ (Asahi News vom 2. November 1948)

Am 8. Dezember erzwangen die USA im 1. Ausschuss der 3. UNO-Vollversammlung die Durchbringung der Koreafrage und brachten die „gemeinsame Resolution“ zur Abstimmung.

Der erste UNO-Generalsekretär, der Norweger Trygve Halvdan Lie, führte damals alle Politik der UNO auf einen proamerikanischen Weg. Mehr noch: Die mit US-Dollar bestochene Abstimmungsmaschinerie der USA garantierte eine Mehrheit, die über alle von den USA auf die Tagesordnung der UNO gesetzten Fragen bedingungslos nach deren Willen abstimmte.

Darüber schrieb der amerikanische Journalist David Conde in seinem Buch: „Man musste Hilfe und Darlehen der USA in Gegenwart und Zukunft berücksichtigen.“ (Moderne Geschichte Koreas, Bd.1, S. 500)

Am 12. Dezember 1948 nahm die 3. UNO-Vollversammlung die verbrecherische Resolution an, die südkoreanische Marionettenregierung als „einzige rechtmäßige Regierung Koreas“ anzuerkennen.

Auf diese Weise spalteten die USA eine Nation, ein Land in zwei Teile, weil ihre Herrschaft über ganz Korea unmöglich geworden war.

Die Koreafrage, die nach internationalen Abmachungen mit der Unabhängigkeit begann, endete mit der Spaltung. Die von den USA erzwungene Koreafrage beschränkte sich jedoch nicht darauf, Korea in zwei Teile zu spalten.

Rim Chang Yong, der 1948 der erste Sekretär des Chefberaters in der US-Militäradministration war, schrieb:

„Dulles, der 1948 als Mitglied der amerikanischen Delegation an der UNO-Vollversammlung teilnahm, spielte die Hauptrolle dabei, dass die UNO die Regierung Li Syng Mans, die als Ausdruck des ‚gesetzmäßigen Willens des südkoreanischen Volkes‘ gebildet wurde, als einzige rechtmäßige Regierung Koreas anerkannte.

Dulles verfolgte nicht das Ziel, in Korea die Demokratie zu fördern und Li Syng Man persönlich zu schützen, sondern das Ziel, in Ostasien eine Basis zu schaffen, die die USA für antikommunistische Umsturzversuche in Asien nutzen konnten.

...Seine geheime Absicht bestand darin, Li Syng Man beim Antritt des Präsidentenamtes in Südkorea zu helfen und somit das Ziel zu erreichen, auf dem asiatischen Kontinent eine Basis für die Bezwingung sowohl Nordkoreas als auch Chinas zu schaffen.“ (Koreakrieg: die unbeantworteten Fragen. S. 16-17)

Der Koreakrieg, der am 25. Juni 1950 ausbrach, war der praktische Beweis dafür, dass die USA die Verwirklichung ihrer Herrschaft über ganz Korea als eine wichtige Aufgabe ihrer „Asien-Politik“ ansahen.

Die Tragödie der Spaltung vermittelte dem koreanischen Volk, das mit der Niederlage Japans die Wiedergeburt seines Landes erlebte, die wertvolle

historische Lehre, dass es seine eigenen Probleme mit eigener Kraft lösen muss.

Die Spaltung Koreas war kein Ergebnis der Entwicklung der politischen Lage im Lande selbst und kam nicht mit dem Willen und Hoffnungen der koreanischen Nation selbst zustande. Sie wurde von den USA erzwungen.

2. DER FRIEDEN AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL UND DIE USA

1) DER KOREAKRIEG

Artikel 2, Ziffer 4 der UNO-Charta besagt: „Alle Mitgliedstaaten der UNO unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Doch während des Koreakrieges (25. 6. 1950 – 27. 7. 1953) verletzte die USA diesen Artikel in grober Weise.

Dieser Krieg begann auf Geheiß der USA mit dem Überfall der Li-Syng-Man-Armee auf den Norden, aber die USA veranlassten die UNO dazu, die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) als „Aggressor“ abzustempeln. Anschließend wurden multinationale alliierte Truppen, die Helme als „UN-Truppen“ trugen, unter Führung der USA an der Koreafrent eingesetzt.

Damals berichtete die indische Zeitung „Crossroads“ vom 22. Dezember 1950:

„Oberst Eida, der im Stab des Kommandos um MacArthur gedient hatte und dann als Mitglied der militärischen Beratergruppe der USA in den Iran versetzt worden war, sagte im Dezember 1950 in einem Gespräch mit Stabsoffizieren der iranischen Armee: ‚Der Plan der USA bestand darin, unter direkter Teilnahme der Li-Syng-

Man-Armee mit Unterstützung durch die amerikanischen Land-, Luft- und Seestreitkräfte die Gebiete nördlich des 38. Breitengrades in Korea zu besetzen' ...“

Aus dieser Sicht war der Krieg für die USA erforderlich und unvermeidlich.

Nachdem die USA mit „Hilfe“ der UNO Korea gespalten hatten, betrieben sie ihre Kriegsvorbereitungen auf vollen Touren.

Sie wiesen 1949 Li Syng Man für die Modernisierung der „Nationalen Verteidigungsarmee“ Südkoreas eine „militärische Hilfe“ von etwa 110 Mio. Dollar zu. Dazu gehörten über 105 000 Karabiner und andere Infanteriegewehre, über 2 000 schwere und leichte Maschinengewehre, über 50 Millionen Schuss Munition, Granatwerfer, Steilfeuergeschütze und andere Geschütze, 5 000 Lastkraftwagen, 50 000 Minen und andere Sprengstoffe, 79 Kriegsschiffe und 20 Flugzeuge. (UPI vom 2. Mai 1951)

Parallel zur Ausweitung des militärischen Potentials verstärkten sie von 1947 an die militärischen Provokationen und bewaffneten Überfälle auf Gebiete nördlich des 38. Breitengrades. Während im Jahr 1947 etwa 270 bewaffnete Zwischenfälle in der Größenordnung einer Gruppe, eines Zuges oder einer Kompanie registriert wurden, nahm das Ausmaß 1948 immens zu. Im Jahr 1949 waren daran Regimenter und Divisionen und fast alle Waffengattungen und Teilstreitkräfte wie See- und Luftstreitkräfte eingesetzt. Solche Überfälle wurden rund 2617 Male auf alle Gebiete im Osten, in der Mitte und im Westen längs nördlich des 38. Breitengrades verübt.

Alle diese militärischen Aktionen wurden nach einem von den USA ausgearbeiteten Plan für den „Feldzug in den Norden“ unternommen. Nach dem Ausbruch des Krieges befreite die Koreanische Volksarmee Soul und konfiszierte im Stabsquartier der südkoreanischen Landstreitkräfte eine

militärische Karte, auf der dieser Plan aufgezeichnet war. Diese Karte war von der amerikanischen Druckerei für militärische Landkarten herausgegeben und widerspiegelte ausführlich den Inhalt der damaligen Pläne der USA. Der bewaffnete Angriff auf die Gebiete nördlich des 38. Breitengrades war eben die praktische Umsetzung der USA-Pläne.

Auf einer im Oktober 1949 abgehaltenen Sitzung der Divisionschefs im Hauptquartier der Landstreitkräfte Südkoreas sagte Robert, Chef der Gruppe der amerikanischen Militärberater: „Viele Angriffe auf die Gebiete nördlich des 38. Breitengrades sind sicher auf meinen Befehl hin gestartet worden, und künftig werden noch mehr solche Angriffe unternommen. Die Truppen Südkoreas haben aber in vielen Fällen auch nach eigenem Gutdünken angegriffen, dabei erfolglos immense Menge Munitionen vergeudet und zudem schmäbliche Verluste erlitten.

...Künftig ist das Vorrücken der Nationalen Verteidigungsarmee in Gebiete nördlich des 38. Breitengrades nur auf Geheiß der militärischen Mission der US-Armee zu unternehmen.“ (Die USA sind besiegt, S. 14)

In ihrem Fazit über die Kampfhandlungen zogen die USA den Schluss, dass die Eroberung Nordkoreas mit der „Nationalen Verteidigungsarmee“ Südkoreas unmöglich war, überprüften allseitig den ursprünglichen Kriegsplan wieder und revidierten ihn zum Teil.

Sie nahmen den Plan, den Feldzug in den Norden im Jahre 1949 zu beginnen, zurück, verschoben den Koreakrieg auf den Sommer 1950 und nutzten diese Zeit, um die Kriegsvorbereitungen in den USA selbst, in Japan und Südkorea konsequent voranzutreiben. Sie änderten ihren ursprünglichen Plan für den Feldzug der „Nationalen Verteidigungsarmee“ gen Norden und beabsichtigten, die

USA-Armee von Anfang an allseitig in den Krieg eingreifen zu lassen.

Das USA-Außenministerium unterstützte diesen militärischen Operationsplan diplomatisch.

Im Mai 1950 war der verbrecherische Kriegsplan endgültig fertig.

Nach diesem Plan stellten die USA große Truppenkontingente um den 38. Breitengrad bereit und stationierten einige Divisionen als operative Reserve in der Nähe Souls.

Am 17. Juni flog Dulles als Sondergesandter des Präsidenten der USA nach Soul und überprüfte die Kriegsvorbereitungen und traf sich in Tokio mit dem Verteidigungsminister Johnson, dem Chef der Vereinigten Generalstäbe Bredley und dem Oberbefehlshaber der USA-Truppen in Fernen Osten MacArthur zu einer operativen Geheimsitzung.

Als die USA die Kriegsvorbereitungen für vollendet hielten, verhängten sie Stillschweigen und eine Nachrichtensperre. Die Militärspitze der USA, darunter der Präsident, und die südkoreanischen Machthaber tarnten die Atmosphäre am Vorabend des Krieges mit Urlaub, Reisen, Angeln und Abendgesellschaften.

Auch ausländische Publikationen berichteten über die damalige Situation:

„Unter den verschiedenen Ereignissen über und unter der Erde dieses Landes, das als ‚Land der Morgenfrische‘ bezeichnet wird, gibt es eine Tatsache, die die merkwürdige Änderung der Lage widerspiegelt. ... die Behandlung dieses Themas in Zeitungen und anderen Publikationen sowie in Äußerungen von Politikern ist völlig eingestellt.“ (Geschichte des Koreakrieges, Bd. 1, jap. Ausgabe, S. 101)

„Was sollte man dazu sagen, dass die Regierung Südkoreas in einer Zeit, die als äußerst gefährlich beurteilt

wurde, 40 Tage lang stillschwieg? Das ist doch tatsächlich merkwürdig.“ (Koreakrieg, S. 22)

Am Tag des Kriegsausbruchs soll sich Truman, Präsident der USA, zu Besuch in seiner Heimat im Staat Missouri und Acheson, Außenminister der USA, in seiner Farm in der Nähe des Staates Maryland aufgehalten haben. (Koreakrieg: die unbeantworteten Fragen, S. 14)

Auch Dulles soll nach einem Gespräch mit MacArthur als Tourist ins japanische Kyoto abgereist sein. (Ausbruch des Koreakrieges, S. 70)

Auch in Südkorea wurde kaum glaublich behauptet, dass Li Syng Man am 25. Juni schon vor halb sechs Uhr morgens an einem See zum Angeln gewesen sein soll. An der vordersten Front soll der Alarmzustand für Notfälle „aufgehoben“ worden sein, und Frontoffiziere sollen Urlaub erhalten haben.

Das war tatsächlich eine Tarnung.

Ri Song Ga, damals Chef der 8. Division der „Nationalen Verteidigungsarmee“, die am 38. Breitengrad stationiert war, legte offen:

„Ich als Divisionschef an der vordersten Linie weiß zwar nicht, ob es bei den Truppen in Soul auch so war, doch wir waren im Alarmzustand, es herrschte Ausgangsverbot, und wir gingen am frühen Morgen des 25. Juni in den Kampf.“

So war die Kriegsvorbereitung auf Geheiß der USA in Südkorea, Japan und in den USA selbst endgültig abgeschlossen.

Das Pulvermagazin zum Ausbruch des verbrecherischen Krieges war trocken für die Explosion.

Andererseits leiteten die USA eine heftige diplomatische Offensive in die Wege, um die UNO für die Rechtfertigung des Koreakrieges auszunutzen.

Eine Publikation der USA schrieb: „Dulles meinte, er habe einen tiefen Eindruck am 38. Breitengrad bekommen, und deutete Li Syng Man an, die USA würden ihm, wenn er zum Angriff auf das kommunistische Nordkorea bereit sei, über die UNO helfen. Aber er machte Li Syng Man die Notwendigkeit klar, der Weltöffentlichkeit zu offerieren, dass Südkorea vom Norden angegriffen worden sei, und riet ihm, einen dementsprechenden Aktionsplan auszuarbeiten.“ Das enthüllte die Absichten der USA zur Nutzung der UNO. (Koreakrieg: die unbeantworteten Fragen, S. 45)

Zuerst hatten die USA die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung gesetzt.

Am 28. August 1949 wurde in der Politischen Sonderkommission der 4. UNO-Vollversammlung ein „gemeinsamer Resolutionsentwurf“ im Namen Australiens, Chinas (Kuomintang) und der Philippinen eingebracht.

Der Entwurf bestimmte, aus Besorgnis über einen „militärischen Zusammenstoß“ in Korea die „UN-Kommission für Korea“ weiter aufrechtzuerhalten, zum dritten Mal zu organisierende „Kommission“ wieder aus den bisherigen Mitgliedern zu bilden. Die Kommission sollte im Interesse der „Vereinigung Koreas“ auf der Grundlage der UNO-„Resolution“ vom 14. November 1947 „Empfehlungen machen und Hilfe anbieten“ sowie das Recht haben, zur Erreichung dieser Ziele militärische „Beobachter“ einzusetzen. (Sammlung von UN-Resolutionen zur Koreafrage 1947-1957, S. 59-63)

Auf der Tagung am 29. September sagte der USA-Vertreter Paye :

„Der UN-Kommission für Korea sind neue Vollmachten zu verleihen, nämlich den Prozess der Entstehung von Ereignissen, die Streitigkeiten verursachen können, zu beobachten und als letzte Maßnahme die Möglichkeit zu schaffen, um ... der UNO ... alle nötigen Informationen über

solche Streitigkeiten, über deren Ursachen und die Verantwortung dafür zu übermitteln.“ (Offizielle UN-Protokolle über die unrechtmäßige Beratung der „Koreafrage“, Bd. 1, S. 236)

Das war ein Teil des Plans, der zum Ziel hatte, dass die „UN-Kommission für Korea“ im Falle der Provozierung eines Krieges durch die USA die Vollmacht erhält, „Konflikte, deren Ursachen und die Verantwortung dafür“ der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik zuzuschieben.

Die Politische Sonderkommission der 4. UNO-Vollversammlung glich einer „antikommunistischen“ Versammlung in höchstem Maße.

Die Tagung dauerte bis zum 3. Oktober.

Diese Sonderkommission stimmte an jenem Tag einem Antrag zu, einige Mitgliedstaaten der „UN-Kommission für Korea“, die als Hindernis für die Politik der USA gegenüber Korea angesehen wurden, auszuschließen und sie durch Satellitenstaaten der USA zu ersetzen.

Danach wurde am 21. Oktober 1949 die Organisierung der 3. „UN-Kommission für Korea“ als „Resolution“ der UNO durchgebracht.

Mit der Organisierung dieser „Kommission“ wurde der USA-Plan für den Krieg in Korea unter Nutzung der UN-Flagge vervollkommenet und im Januar 1950 in den Vereinigten Generalstäben einstimmig „beschlossen“. (New York Herald Tribune vom 26. Juni 1950)

Darüber schrieb auch eine Publikation der USA:

„Die Mitglieder der UN-Kommission für Korea und deren Sekretariats wurden letztlich von Anfang an unter der Voraussetzung ausgewählt, dass diese Kommission sowohl eine ausgezeichnete Rolle als Blendwerk spielt als auch an der Realisierung des Plans für einen bewaffneten Angriff gegen Nordkorea mitarbeitet.“

Im Brief Jo Pyong Oks vom 3. November 1949 an Li Syng Man hieß es, dass der Vorsitzende der UNO-Vollversammlung und der Generalsekretär der UNO unter dem Druck der Delegation und des Außenministeriums der USA außergewöhnliche Aufmerksamkeit darauf gerichtet haben, geeignete Mitglieder in die Kommission zu wählen und zu entsenden.“ (Wer hat den Koreakrieg entfesselt?, jap. Ausgabe, S. 167-168)

Auf Betreiben der USA wechselte die UNO-Vollversammlung Syrien, das als Mitglied der „Kommission“ bei der Beratung am Tisch „lästig“ war, gegen die Türkei aus und machte damit die „Kommission“ völlig zu einem Anhängsel der USA.

Der Inhalt der Gespräche des Chefs der amerikanischen militärischen Beratergruppe Robert mit den Ministern Südkoreas im Januar 1950 macht die Verschwörung zwischen der UNO und den USA deutlich und zeigt, wie die UNO in die Planung des Koreakrieges hineingezogen wurde.

Robert hatte gesagt:

„Der Plan für den Feldzug gen Norden ist beschlossen. Bis zu seinem Beginn bleibt nur wenig Zeit. Auch wenn der Angriff von uns ausgehen wird, ist ein Vorwand zu schaffen, der diese Bewegung rechtfertigt. Wichtig dafür ist vor allem der Bericht der UN-Kommission für Korea. Es ist selbstverständlich, dass diese Kommission einen für die USA günstigen Bericht vorlegt.

Aber Sie müssten Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die UN-Kommission auf Ihre Seite zu ziehen.“ (Dokumentensammlung zur friedlichen Lösung der Koreafrage, Bd. 2, S. 179)

Darüber hinaus ließen die USA neben der „UN-Kommission für Korea“ unter dem Aushängeschild der UNO „Beobachter vor Ort“ entsenden. Ende Mai 1950 trafen 2 „Beobachter“ aus Australien in Soul ein. Von Mitte

Juni bis zum 23. des Monats führten sie eine „Inspektion“ durch und schrieben am 24. einen „Inspektionsbericht vor Ort“. In diesem Bericht stand: „Die Feldbeobachter haben die allgemeine Situation am 38. Breitengrad an Ort und Stelle inspiziert und dabei im Wesentlichen den Eindruck gewonnen, dass die südkoreanische Armee vollkommen für die Verteidigung organisiert, aber ganz und gar nicht in der Lage ist, eine groß angelegte Offensive gegen Nordkorea zu beginnen. ...“ (Weißbuch über Korea, S. 47)

Aber MacArthur gestand nach seiner Amtsenthebung in seiner schriftlichen Aussage, dass die USA am Vorabend des Kriegsausbruchs die Kampfmittel und Waffen für den Angriff gegen Nordkorea auf die Gebiete am 38. Breitengrad bereit hielten. Angesichts dieser Fakten verdrehte der obige Bericht Schwarz in Weiß.

Die Publikationen der USA schrieben: „Die Ankunft der Vorortbeobachter in Soul ist ein typisches Beispiel dafür, dass viel Geld für ein langwieriges internationales Hasardspiel gezahlt worden ist.“ Sie machten sich darüber lustig, dass „jener Bericht der Inspektion, der zitiert werden sollte, um Nordkorea zum Aggressor zu machen, in der Tat gar nichts beweist.“ (Geschichte des Koreakrieges, Bd. 1, jap. Ausgabe, S. 102-103)

Alle vom Januar bis zum 24. Juni 1950 geführten Kämpfe spielten sich in Gebieten nördlich des 38. Breitengrades ab. Trotzdem entsandten die USA im Mai 1950 eine „Gruppe militärischer Beobachter“ der „UN-Kommission für Korea“ nach Südkorea, um die Truppen der südkoreanischen Armee, die am 38. Breitengrad stationiert waren, aufzusuchen und die gewonnenen militärischen Informationen so zu fälschen, als ob Nordkorea schon kurz

vor dem Ausbruch des Krieges am 25. Juni einige Vorposten südlich des 38. Breitengrades gebildet hätte.

Die USA trieben auch die Vorbereitung zur Erarbeitung eines Resolutionsentwurfes der UNO voran, im Falle des Beginns des Koreakrieges die Verantwortung für den Kriegsausbruch auf die KDVR abzuwälzen.

Innerhalb der UNO konnte die Sowjetunion infolge ihres Boykotts des UN-Sicherheitsrates im Zusammenhang mit dem Problem der chinesischen Vertretungsbefugnis seit dem 13. Januar 1950 ihr Vetorecht nicht wahrnehmen. Ihr Platz im Sicherheitsrat blieb bis Ende Juli 1950 vakant.

Zu der Zeit bereitete das Außenministerium der USA konkret die Einberufung einer Tagung des UN-Sicherheitsrates und die Anfertigung eines der UNO vorzulegenden Resolutionsentwurfes vor. Jedes Wort der Resolution wurde gründlich überlegt und sorgfältig ausgefeilt.

Erstes Ziel der „Resolution“ war, Nordkorea als Aggressor zu brandmarken. Ausgearbeitet wurden sogar Maßnahmen für den Fall, dass die Sowjetunion im UN-Sicherheitsrat erschien. Der Resolutionsentwurf wurde unverzüglich vollendet.

Diese Tatsache wurde ein Jahr später am 5. Juni 1951 bei einer Anhörung über das Budget des Außenministeriums im Finanzausschuss des USA-Senats weltweit bekannt.

John Dihycason, der für die UNO zuständige Unterstaatssekretär des Außenministeriums der USA, bezeugte das.

Er gestand, dass ein Entwurf des Hauptinhalts der Resolution, der der UNO vorzulegen war, schon fertig vorlag.

In „The New York Times“ vom 16. 7. 1950 war zu lesen: „Die zuständigen Mitarbeiter der USA und der UNO haben Tag und Nacht Schweiß vergossen, um zwei strategische Richtlinien zu erarbeiten; eine Richtlinie für den Fall, dass die Sowjetunion weiterhin ihre Teilnahme an

Sitzungen des Sicherheitsrates ablehnt, und eine andere Richtlinie für den Fall, dass sie unerwartet den Boykott des Sicherheitsrats aufgibt und wieder auf den Sitzungen erscheint, um mit ihrem Vetorecht die Debatte über den Resolutionsentwurf zu verhindern.“

In dieser aufgeheizten Atmosphäre machte die KDVR verschiedene Vorschläge im Interesse der friedlichen Vereinigung Koreas.

Aber die USA und Südkorea antworteten darauf mit der Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen, und die UNO ließ sich weiter in die Pläne der USA für den Koreakrieg hineinziehen.

So hetzten die USA die Li-Syng-Man-Armee dazu auf, am 25. 6. 1950 um vier Uhr früh einen bewaffneten Angriff auf alle nordkoreanischen Gebiete am 38. Breitengrad zu beginnen.

Damit begann der Koreakrieg.

Wenige Stunden nach dem Beginn des Krieges wurde in der UNO eine Sitzung des Sicherheitsrates einberufen. Am 25. Juni um drei Uhr früh (Ortszeit der USA in Washington) weckte Gross, Geschäftsträger der USA in der UNO, den UNO-Generalsekretär Trygve Halvdan Lie aus dem Schlaf und forderte ihn dazu auf, einer „dringenden Bitte“ der Regierung der USA entsprechend sofort eine Sitzung des UNO-Sicherheitsrats einzuberufen.

So kam es nachmittags 2 Uhr (Washington-Zeit) zu einer Sitzung des UNO-Sicherheitsrates.

Auf der Sitzung unterbreitete Gross einen „Resolutionsentwurf“, in dem Nordkorea grundlos zum Aggressor bestimmt wurde. Das war eine nachteilige Veränderung des Hauptinhaltes des von Beamten des USA-Außenministeriums ausgearbeiteten Resolutionsentwurfs, dem das Wort „Kriegserklärung Nordkoreas“ hinzugefügt wurde.

Die USA charakterisierten in der „Resolution“ die Gegenmaßnahmen Nordkoreas als „bewaffneten Angriff der nordkoreanischen Armee“ (Vorwort), forderten ihre Einstellung, erklärten, die „UN-Kommission für Korea“ solle den Rückzug Nordkoreas beaufsichtigen, und bestimmten, „bei der Verwirklichung dieser Resolution der UNO allumfassende nötige Hilfe anzubieten und sich Hilfsangebote für Nordkorea zu enthalten“.

Die USA erklärten, dass dieser „Resolutionsentwurf“ „gerechtfertigt“ sei, weil er auf dem „Bericht“ der „UN-Kommission für Korea“ vor Ort beruhe.

Auf der Sitzung erklärte der Vertreter eines nichtständigen Mitgliedstaates, um einen Weg zur Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht zu bahnen, müsse der Sicherheitsrat vor der Annahme einer Resolution über die Koreafrage einen Vertreter der KDVR an dieser Sitzung beteiligen.

Aber die Forderung des Artikels 32 der UNO-Charta, den Betroffenen jeweils an der Diskussion über seine Probleme teilnehmen zu lassen, wurde ignoriert. Das war eine grobe Verletzung des Artikels 27 der UNO-Charta, in dem festgelegt ist, dass eine Resolution nur unter der Voraussetzung rechtsgültig in Kraft tritt, dass ihr die 5 ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates einstimmig und insgesamt mehr als 7 Staaten (einschließlich mindestens 2 nichtständigen Mitgliedstaaten) zustimmen. Doch die Resolution des UNO-Sicherheitsrates ging ohne Beteiligung der Sowjetunion und Chinas widerrechtlich durch.

Darüber schrieb der amerikanische Journalist Stone: „...Einem Land vorzuwerfen, es sei ein Aggressor, ohne ihm ein geneigtes Ohr zu schenken, ist weder eine ehrenvolle noch eine kluge Haltung.“ (Koreakrieg – ein Geheimnis, (englisch: *The Hidden War*) Bd. 1, S. 66)

In einer amerikanischen Publikation hieß es:

„Sowohl in Tokio als auch in Soul bestanden Zweifel, die aber in der UNO verborgen gehalten wurden. So billigte die UNO-Vollversammlung wohl oder übel den hysterischen Vorschlag der USA, Nordkorea als Aggressor zu brandmarken, ohne zusätzliche Informationen erhalten und ohne sich über die am 38. Breitengrad entstandene Situation gründlich erfahren zu haben.“ (Geschichte des Koreakrieges, Bd. 1, jap. Ausgabe, S. 128)

Nach dem Ausbruch des Krieges verlangte die internationale Öffentlichkeit eine sorgfältige Untersuchung der wirklichen Sachlage, aber die USA veranlassten die UNO, den militärischen Einfall der USA in die KDVR zu legalisieren.

Die „Resolution“ vom 25. Juni verlangte nur allgemein den „Rückzug“ der Volksarmee, ohne den totalen Einsatz der USA-Truppen zu legalisieren.

Die USA versuchten jedoch, diese „Resolution“ als Damm zu nutzen, ihren Einfall in Korea zu „legalisieren“. Enthüllt wurde die Absicht, dass der Vertreter der USA Gross in einer Rede nach der Vollversammlung feststellte, die „Resolution“ mache es möglich, dass „der Sicherheitsrat ökonomische Mittel oder militärische Gewalt anwende und auch andere Sanktionen verhängen könne“. (Amerika und Koreakrieg, S. 133)

Der später im UNO-Sicherheitsrat anwesende Vertreter der Sowjetunion Malik sagte: „Die Argumente des amerikanischen Vertreters für die rechtswidrige Resolution des Sicherheitsrats vom 25. Juni widersprechen jeder Vernunft, denn diese Resolution hat keine militärischen Sanktionen beschlossen und niemandem das Recht zu solchen Sanktionen zuerkannt. Der einzig logische Schluss aus all diesen Fakten besteht darin, dass die amerikanische Regierung zuerst eine Aggression beging und dann versuchte, ihr den

Stempel der UNO aufzudrücken und damit die eigenen aggressiven Handlungen zu verdecken.“

Truman rief zweimal den Außenminister, den Verteidigungsminister, die Minister für Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie die Generalstabschefs zu sich und hielt im Blairhouse geheime Sitzungen ab.

Auf der ersten Sitzung am 25. Juni um 8 Uhr abends wurden Fragen wie die Lieferung militärischer Ausrüstungen an Südkorea, die Entsendung amerikanischer Luftstreitkräfte an die Koreafont, die Verlegung der 7. Flotte der USA-Marine nach Taiwan sowie die Verwirklichung der „Resolutionen“, die nach dem „Beschluss“ des UN-Sicherheitsrats vom 25. Juni anzunehmen waren, besprochen. Truman stimmte den von Acheson unterbreiteten Vorschlägen vorbehaltlos zu und beschloss somit die totale Einbeziehung der US-Armee. (Erinnerungen Trumans, 2, jap. Ausgabe, 1966, S. 236-237)

Diese Sitzung fand 3 Stunden nach der Annahme des „Beschlusses“ des UNO-Sicherheitsrats vom 25. Juni statt.

Auf der zweiten Sitzung am 26. Juni abends wurden Vorschläge Achesons wie die allseitige Unterstützung der Armee Li Syng Mans durch die amerikanischen See- und Luftstreitkräfte und die Veranlassung von UN-Beschlüssen über „Sonderhilfe“ der UNO für Südkorea gebilligt.

Andererseits drängten die USA ihren Vertreter in der UNO darauf, eine Sitzung des Sicherheitsrates sofort einzuberufen und eine „Resolution“ anzunehmen, die den Einsatz von USA-Truppen im Koreakrieg beschließt.

Daraufhin fand am 27. Juni eine Sitzung des UNO-Sicherheitsrates statt.

An diesem Tag brachte der amerikanische UNO-Botschafter Austin einen „Resolutionsentwurf“ ein, in dem es hieß: „Die UNO empfiehlt ihren Mitgliedstaaten, der Republik Korea die Hilfe zu erweisen, die sie benötigt, um

den bewaffneten Angriff zurückzuschlagen.“ Der erwähnte „Resolutionsentwurf“ hatte zum Ziel, den Eingriff der USA in den Krieg zu „legalisieren“ und zugleich die Mitgliedstaaten der UNO in den Krieg einzubeziehen.

Die Vertreter von Ägypten und Indien enthielten sich der Stimme, weil keine Weisungen aus ihren Ländern erhalten hätten, während der Vertreter Jugoslawiens auf Verhandlungen über einen Waffenstillstand bestand und den Vorschlag ablehnte. Dennoch wurde der Entwurf durchgepeitscht.

Die USA hatten aber schon vor der Verabschiedung dieses „Resolutionsentwurfs“ in den Koreakrieg eingegriffen. Die UNO „billigte“ nur die internationale „Legalisierung“ der Intervention der USA-Truppen. Am Tag des Kriegsausbruchs starteten auf Befehl MacArthurs, des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte im Fernen Osten, die 68. und die 339. Fliegertruppe sowie die 25. Bombenfliegertruppe der 5. Luftflotte der USA aus ihren Stützpunkten in Japan in Richtung Korea, und die See- und Bodentruppen brachen an die Koreafront auf.

Darüber berichtete die amerikanische Zeitung „Mebea Polic Times“ vom 23. Juli 1950: „Die USA haben zwar dem Schein nach auf Befehl der UNO hin in den Kampf eingegriffen. Tatsächlich ersuchte aber die UNO unter dem Druck der USA sie um die Hilfe.“

Nachdem die USA die KDVR für den Krieg verantwortlich gemacht und damit ihren Eingriff in den Krieg „legalisiert“ hatten, riefen sie am 7. Juli 1950 erneut den UNO-Sicherheitsrat zusammen.

Die Militärexperten der USA rechneten ursprünglich damit, ihre Kriegsziele mühelos erfüllen zu können, wenn die „Nationale Verteidigungsarmee“ den 38. Breitengrad bis zum allseitigen Eingriff der USA-Armee halten würde. Sie meinten, dass die „Nationale Verteidigungsarmee“ Süd-

koreas, die sie unter großem Kraftaufwand bewaffnet hatten, die „Armee Nordkoreas problemlos schlagen könne“. (MacArthurs Rätsel, japan. Ausgabe, S. 258)

Doch nach Beginn des Krieges stellte sich heraus, dass die USA-Pläne so nicht zu realisieren waren.

In dem Augenblick, als die USA noch annahmen, die Armee Li Syng Mans wäre vom Abend des 23. Juni an unter ständigem Artilleriefeuer vorgestürmt, hätte am frühen Morgen des 25. den 38. Breitengrad durchbrochen und wäre in Nordkorea eingedrungen, war sie schon zurückgeschlagen und floh wie vor einer Lawine.

Damals hatte die Regierung der KDVR angesichts der immer unverhohleneren Kriegstreiberei der Truppen der USA und Li Syng Mans in den Gebieten am 38. Breitengrad einen bewaffneten Angriff der USA vorausgesehen und Vorbereitungsmaßnahmen getroffen, um den Angriff abzuwehren, sodass sie sofort zurückschlagen konnte. Am Himmel wurden Bomber vom Typ B-29, die „Festung am Himmel“, durch die Fliegertruppen der Volksarmee abgeschossen, während große feindliche Kriegsschiffe wie der schwere Kreuzer „Baltimore“ durch 4 Torpedoboote der Volksarmee ins Meer versenkt wurden. Zu Land wurde die Voraustruppe der amerikanischen 24. Division an der Linie vor Osan völlig vernichtet.

In einer solchen Lage vertraten die USA die Auffassung, „die Kriegsführung unter Einsatz ausländischer Soldaten sei billiger und mache den Verlust am Leben amerikanischer Soldaten bei weitem geringer“ (The New York Times vom 19. Mai 1951), und veranlassten die UNO dazu, am 7. Juli eine Sicherheitsratstagung einzuberufen.

Auf dieser Sitzung wurde ein von Großbritannien und Frankreich vorgelegter „Resolutionsentwurf“ zur Bildung eines „Kommandos der Alliierten Truppen“ angenommen. Die „Resolution“ legte fest, dass all jene Länder, die auf der

Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates Streitkräfte und sonstige Hilfe zur Verfügung stellen, diese Streitkräfte und Hilfe dem von den USA geführten einheitlichen Kommando zur Nutzung zu übergeben haben.

Der amerikanischen Kriegspolitik folgend, entsandten insgesamt 15 Länder, darunter Großbritannien, Frankreich, Kanada, Thailand, Türkei, Finnland, Australien und Neuseeland, Truppen an die Koreafont.

Die USA ernannten der „Resolution“ entsprechend MacArthur zum „Oberbefehlshaber der UN-Truppen“ und richteten am 24. Juli im japanischen Tokio das „Oberkommando der UN-Truppen“ ein.

Nach der Bildung des Kommandos gingen die USA zur groß angelegten „Generaloffensive“ über.

An dieser Offensive beteiligten sich Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland, Frankreich und Japan, die USA- und ihre alliierten Truppen landeten in Inchon und besetzten viele Gebiete nördlich des 38. Breitengrades.

Um ihren Überfall auf jene Gebiete zu rechtfertigen, gebrauchten die USA die UNO als Aushängeschild.

Nachdem die USA-Truppen in die Gebiete nördlich des 38. Breitengrades eingedrungen waren, setzten sie 12 Stunden später, also am 7. Oktober nachmittags (Washington-Zeit) die Koreafrage auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung und ließen durch 8 Staaten, darunter Großbritannien, Australien und die Philippinen, einen „Resolutionsentwurf“ für die Besetzung ganz Koreas einbringen.

Der UN-Generalsekretär Trygve Halvdan Lie selbst erklärte Anfang September, dass die Frage des Durchbruchs durch den 38. Breitengrad nur vom UN-Sicherheitsrat beschlossen werden könne. Aber um zu verhindern, dass die Sowjetunion von ihrem Vetorecht Gebrauch macht, ließen die USA diese Frage auf der UNO-Vollversammlung, wo

sie ihren „Abstimmungsmechanismus“ in Gang setzen konnten, erörtern.

Bürgerliche Militärkommentatoren sagten: „Die USA hatten diesen Resolutionsentwurf nicht eingebracht, was aber nur eine rein technische Frage war. Selbstverständlich war jeder Satz der Resolution in der Tat von den USA geschrieben. Diese UNO-Resolution war also ein ‚Beschluss‘ Trumans.“ Sie enthüllten, dass der von „den 8 Staaten eingebrachte Resolutionsentwurf“ nichts anderes als die ins Tuch der UNO eingehüllte Gier der USA nach Korea war. (Koreakrieg, jap. Ausgabe, 1967, S. 77)

Danach ließen die USA am 12. Oktober 1950 die „Resolution über die Verwaltung der von den UNO-Truppen besetzten Gebiete“, in der festgelegt wurde, dass für die Verwaltung solcher Gebiete das „Kommando der UN-Truppen“ zuständig ist, auf einer „kleinen UNO-Vollversammlung“ annehmen.

Zuvor hatten sie am 27. September den „Resolutionsentwurf der 8 Staaten“ im 1. Ausschuss der 5. UNO-Vollversammlung vorgelegt. Am 7. Oktober wurde diese Resolution auf einer Tagung durchgepeitscht. Die USA wiesen im Vorwort der „Resolution“ darauf hin, es sei jetzt notwendig, in Korea eine „einheitliche Regierung Koreas“ zu bilden, und erklärten, dass eine neue „UN-Kommission für Vereinigung und Wiederaufbau Koreas“ aus Vertretern Australiens, der Niederlande, Pakistans, der Philippinen, Thailands, der Türkei und Chiles zu schaffen sei. Diese neue Kommission sei dazu berufen, „alle Funktionen der bisherigen UN-Kommission für Korea zu übernehmen“ und die UNO zu vertreten und so die Verantwortung für die Politik und Wirtschaft ganz Koreas zu tragen (Artikel 2, Ziffer 1). Artikel 2, Ziffer 2 bestimmte, dass die „Regierungen aller Staaten, die Vertreter in die Kommission entsandt haben, gemäß den oben genannten

Empfehlungen in Absprache mit dem „Oberkommando der UNO-Truppen“ im UNO-Hauptquartier eine beratende Interimskommission (kleine Vollversammlung) konstituieren, die nach der Annahme der Resolution durch die Vollversammlung unverzüglich ihre Funktion auszuüben beginnt.

Davon ausgehend wurde die „Resolution“ am 12. Oktober angenommen.

Damit wurde die Entscheidungsbefugnis des UNO-Sicherheitsrates und der UNO-Vollversammlung den Mitgliedstaaten der „UNO-Kommission für Vereinigung und Wiederaufbau Koreas“ überlassen – eine Verhöhnung der UNO.

Trotzdem ging diese „Resolution“ unverändert durch.

Von Tag zu Tag zeigte sich das wahre Gesicht des Koreakrieges deutlicher. Immer lauter wurde der Protest der Völker der Welt gegen die USA, die in Korea den Krieg entfesselt hatten. Auch in den Staaten der Verbündeten der USA und in der UNO verschärfte sich Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche.

Die Regierung der KDVR kopierte die streng geheimen Dokumente über den Ausbruch des Krieges, die die Volksarmee am Anfang des Krieges nach der Befreiung Souls in dem Archiv der „Regierung“ Li Syng Mans beschlagnahmt hatte, und übermittelte die Kopien der UNO, anderen internationalen Organisationen und verschiedenen Ländern. Zu den streng geheimen Dokumenten gehörten unter anderem der Bericht Nr. 4849 und andere Berichte des Informations- und Untersuchungsbüros beim Außenministerium der USA, geheime Briefe zwischen Li Syng Man, seinem amerikanischen Berater Robert Oliver, seinem „bevollmächtigten Sondergesandten“ Jo Byong Ok, dem „Botschafter“ in den USA Jang Myon und Yun Pyong Gu, dem diplomatischen Berater Li Syng Mans, der

Aufklärungsplan des Informationsbüros beim Stab der südkoreanischen Armee, ein geheimer Brief von Dulles an den Außenminister Rim Pyong Jik und die strategische Karte für den „Marsch nach Norden“ von 1949.

Zusammen mit Schuldbekennnissen und Aussagen von hohen Beamten der Regierung Li Syng Mans und Parlamentariern stellte die Regierung der KDVR diese Geheimdokumente in einer „Dokumentation über den von den USA-Imperialisten provozierten Koreakrieg“ zusammen, übersetzte sie in verschiedene Sprachen und verteilte sie unter dem Buchtitel „Die Fakten sprechen“ im In- und Ausland.

So kamen im Juli 1950 Reporter der französischen Zeitung „L' Humanité“, der britischen Zeitung „Daily Worker“, der chinesischen Zeitung „Renmin Ribao“ und im August Reporter der polnischen Zeitung „Trybuna Ludu“ sowie Journalisten des chinesischen Büros für Zeitung und Bild nach Korea. Sie enthüllten auf der Grundlage des von ihnen untersuchten und gesammelten konkreten Tatsachenmaterials vor aller Welt die Verbrechen der USA.

Unter den Verbündeten der USA und den UNO-Mitgliedstaaten entstand Verwirrung.

Der amerikanische Offizier Perenbad – Teilnehmer am Koreakrieg – schilderte in seinem Buch „Chronik des Koreakrieges“: „Als die USA-Truppen in Bedrängnis gerieten und sich unheilvolle Aussichten auf eine Ausweitung des Krieges abzeichneten, hörten die Länder, die die UNO gebildet hatten, plötzlich nicht mehr auf die USA und nahmen eine widerspenstige Haltung an. Zu unserem Unglück büßte die Hegemonie der USA auf dem Kriegsschauplatz den guten Ruf ein.“

Nachdem am 7. Juli 1950 die „Resolution“ des Sicherheitsrates über die Organisierung des „Kommandos der Alliierten Truppen“ angenommen wurde, erklärte die

Regierung Argentiniens am 17. Juli den „Verzicht auf die Entsendung von Truppen nach Korea“.

Die Regierung Uruguays hatte im Oktober zwar die Truppenentsendung an die Koreafront beschlossen, nahm später aber diese Entscheidung zurück.

Auch in Asien deklarierten 12 Länder am 17. Februar 1953 gemeinsam, dass „sie auf die Truppenentsendung nach Korea verzichten“. (Internationales Jahrbuch des Japanischen Instituts zur Erforschung Internationaler Fragen, Bd. 1, S. 630)

Großbritannien verkündete, der „Koreakrieg wird von den USA geführt, Großbritannien nimmt nur auf Bitte der USA daran teil“. (Reuter vom 12. September 1950) Und „die gegenwärtige Politik der USA scheint die Form des Zwangs und des Befehls angenommen zu haben, sie sind verärgert, wenn man sich ihnen nicht sofort fügt. Wir sind die engsten Freunde der USA. Aber das Vertrauen der Briten zur Fähigkeit der USA, die freie Welt zu führen, ist leider erschüttert“. (Economist vom 14. Januar 1951)

Ein am 20. Januar 1951 eingebrachter „Resolutionsentwurf“ der amerikanischen Seite stieß im 1. Ausschuss der 5. UNO-Vollversammlung auf harten Widerspruch. Am 24. Januar forderten viele Länder wie Afghanistan, Myanmar, Ägypten, Indien, Indonesien, Iran, Libanon, Pakistan, Saudi-Arabien und Syrien, die Koreafrage nicht durch Krieg, sondern auf friedlichem Wege zu lösen, und brachten einen gemeinsamen Resolutionsentwurf dazu ein.

Als die USA am 1. Februar 1951 ihren „Resolutionsentwurf“ als Resolution der Vollversammlung durchbringen wollten, sagte der Vertreter Syriens, er sei davon überzeugt, dass der „im 1. Ausschuss verabschiedete Resolutionsentwurf der USA nicht zur Einstellung des Krieges, sondern höchstwahrscheinlich zu seiner Ausweitung führen wird“. Der Vertreter Ägyptens meinte: „Unsere Regierung kann im

Hinblick sowohl auf die UNO-Charta als auch auf das Gebot der Vernunft nicht zulassen, dass andere Methoden angewandt werden, solange nicht alle in der UNO-Charta vorgesehenen friedlichen Mittel angewandt worden sind.“ Die Vertreter einiger Staaten einschließlich Indiens erklärten, dass sie, falls der „Resolutionsentwurf“ der USA zur Abstimmung gebracht wird, dagegen stimmen oder gar nicht an der Abstimmung teilnehmen würden.

Der damalige amerikanische Außenminister Acheson beklagte das und gab zu: „In der UNO herrscht ein wüstes Durcheinander. Die amerikanische Führungsfähigkeit liegt am Boden, in Asien, in Europa, ja überall sind Risse entstanden.“ (Sindonga, 1970, Nr. 7, S. 345)

In der ganzen Zeit des Krieges rechneten die USA damit, dass es ihnen gelingen würde, die KDVR unter der Ausnutzung der UNO international zu isolieren und die Herrschaft über ganz Korea auf militärischem Weg mühelos zu erlangen.

Das war jedoch eine Fehlkalkulation. Die KDVR hatte zwar eine noch junge Armee, versetzte aber den unter der Maske der UNO agierenden Aggressoren erbarmungslose Schläge.

Am 27. Juli 1953 gestanden die USA mit der Unterschrift des „Oberbefehlshabers der UNO-Truppen“ Clark unter das Waffenstillstandsabkommen in Korea ihre Niederlage ein.

Nach dem Abschluss des Waffenstillstandsabkommens wurde am 27. Juli um 22 Uhr jede Kampfhandlung zwischen beiden kriegführenden Seiten eingestellt, und der Koreakrieg war zu Ende.

Viel Zeit ist vergangen seit der Feuereinstellung.

Aber die USA sehen ihre Verantwortung für den Ausbruch des Koreakrieges immer noch nicht ein, haben in

Südkorea nach wie vor ihre Truppen stationiert und schaffen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel.

Zudem eröffneten die USA im Jahr 2000 in allen Regionen Südkoreas Veranstaltungen zum „50. Jahrestag des Koreakrieges“ und verteilten sogar „Gedenkplakate“ an die Schulen.

Das verstärkte die antiamerikanischen Gefühle der Armee und des Volkes Koreas.

Der von den USA erzwungene Koreakrieg ist eine nicht vernarbte Wunde im Herzen des koreanischen Volkes. Die USA sollten das klar erkennen.

2) WAFFENSTILLSTAND – KRIEG ODER FRIEDEN?

Seit auf der koreanischen Halbinsel die Waffen schweigen, sind nahezu 50 Jahre vergangen, aber noch immer hat wirklicher Frieden keine Heimstatt in diesem Lande gefunden.

Ganz zu schweigen vom Frieden, sogar das unsichere System des Waffenstillstandes ist gestört, und die Situation ist so gespannt, dass jeden Tag ein Krieg ausbrechen kann. Dass die Frage der Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel bis heute am Anfang des 21. Jahrhunderts noch nicht geregelt worden ist, liegt daran, dass das überholte System des Waffenstillstandes nicht durch ein neues System der Friedenssicherung abgelöst worden ist.

Waffenstillstand bedeutet dem Wortsinn nach die zeitweilige Einstellung des Krieges und die Unterbrechung feindseliger Handlungen, also eigentlich noch kein Ende des Krieges und deshalb auch keinen völligen Frieden. Um den Frieden wiederherzustellen, schlossen deshalb früher die

kriegführenden Seiten ein Waffenstillstandsabkommen und bald darauf einen Friedensvertrag.

Dazwischen lagen nur einige Monate, höchstens einige Jahre. Nach dem 1. Weltkrieg wurden die Abmachungen des Waffenstillstandes zwischen den kriegführenden Ländern in den meisten Fällen nach einem halben Jahr, spätestens nach zwei Jahren durch Friedensabkommen ersetzt. Und alle Abkommen in Bezug auf das Ende des 2. Weltkrieges wurden in einigen Jahren, höchstens in 10 Jahren in Friedensabkommen (Friedensverträge) umgewandelt.

Das Waffenstillstandsabkommen in Korea sah eigentlich vor, in 3 Monaten nach seinem Abschluss ein politisches Treffen auf höherer Ebene einzuberufen und Maßnahmen für die Wiederherstellung des Friedenszustandes zu treffen. Doch das wurde durch die USA vereitelt, sodass das Waffenstillstandssystem bis heute nicht durch eine stabile Friedensordnung ersetzt werden konnte. Ein derart lange anhaltender Waffenstillstand ist beispiellos in der Weltgeschichte der Waffenstillstandsabkommen. Das ist eine überaus anormale Situation.

Es fragt sich, ob der Waffenstillstand während dieser Zeit reibungslos aufrechterhalten wurde, aber auch das war nicht der Fall. Das Waffenstillstandsabkommen in Korea wurde am 27. Juli 1953 einerseits durch die Koreanische Volksarmee und die Chinesischen Volksfreiwilligen und andererseits durch die „UNO-Truppen“ abgeschlossen. Indem die USA der Formulierung des Abkommens „...zwischen der Seite des Obersten Befehlshabers der KVA und des Befehlshabers der Chinesischen Volksfreiwilligen und der Seite des Oberbefehlshabers der alliierten Truppen...“ zustimmten, erkannten sie die Koreanische Demokratische Volksrepublik an und bekräftigten das durch einen Stempel. Aber das „Abkommen über den militärischen Waffenstillstand in Korea“ und die Koreapolitik der USA

standen von Anfang an inhaltlich in unversöhnlichem Widerspruch zueinander. Das zeigt die fünfzigjährige Geschichte des Waffenstillstandes in Korea.

Nach dem Waffenstillstand ließen die USA die politischen Verhandlungen über die friedliche Lösung der Koreafrage absichtlich scheitern.

Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 27. Juli erließ der „Oberbefehlshaber der UNO-Truppen“ Clark folgenden Befehl: „Wir stehen der ernstesten Situation gegenüber, dass das nicht Frieden, sondern nur die Unterbrechung feindlicher Handlungen bedeutet.“ „Der Waffenstillstand bedeutet weder den sofortigen Abzug noch den baldigen Abzug aus Korea. ... Wir können diesem Konflikt nicht den Rücken zukehren und nach Hause gehen. ... Wir müssen unsere Kampffähigkeit aufrechterhalten.“ (Reuters vom 27. Juli 1953) Auch Eisenhower, Präsident der USA, trat 59 Minuten nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens ans Rundfunkmikrofon und verkündete: „Wir haben auf einem Schlachtfeld einen Waffenstillstand erlangt. Aber wir haben noch keinen Weltfrieden. ... Wir werden uns bemühen, alle begonnenen Unternehmungen zu vollenden. Das ist unser Entschluss und die Sache, der wir uns hingeben werden.“ (UPI vom 27. Juli 1953)

Das bedeutete die Fortsetzung ihrer Bemühungen, die koreanische Halbinsel in ihrem Machtbereich zu halten, und demzufolge ihre dauerhafte Präsenz auf dieser Halbinsel.

Das Waffenstillstandsabkommen hatte festgelegt, dass die Regierungen der involvierten Staaten beider Seiten innerhalb 3 Monate nach der Unterzeichnung des Abkommens eine politische Tagung einberufen und über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea und die friedliche Lösung der Koreafrage beraten. Doch die Überlegungen der USA liefen dem zuwider. Sie begannen ihre insgesamt

ablehnende Haltung gegenüber dem Waffenstillstandsabkommen in praktische Handlungen umzusetzen, um es null und nichtig zu machen.

Am 27. Juli, d. h. am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandsabkommens in Phanmunjom, wurde in Washington eine „Erklärung der 16 Staaten“ angenommen, in der neue militärische Aktionen im Falle des Scheiterns des Waffenstillstandes vereinbart wurden. Danach veröffentlichte der „Oberbefehlshaber der UNO-Truppen“ Clark eine Deklaration, wonach „die US-Truppen im Falle, dass Südkorea erneut den Krieg beginnt, sofort gemeinsame Aktionen unternehmen würden“. (Manchester Guardian vom 13. August 1953)

Auch Dulles, der Außenminister der USA, deklarierte am 28. Juli den Rückzug aus den politischen Gesprächen über Korea, falls diese innerhalb von 90 Tagen keine „positiven Ergebnisse“ bringen. (The New York Times vom 29. Juli 1953) Am 4. August 1953 traf er an der Spitze einer „Regierungsdelegation“ einschließlich des Ministers für Landstreitkräfte in Südkorea zu einem „Besuch“ ein und schloss am 8. August den „koreanisch-amerikanischen Vertrag über die gegenseitige Verteidigung“ ab.

So wurden die politischen Gespräche über Korea schon vor ihrem Beginn durch die USA unterminiert.

Sie setzten die Koreafrage auf die Tagesordnung der 8. UNO-Vollversammlung und entfesselten eine diplomatische Schlacht zur Realisierung ihrer außenpolitischen Ziele.

Im August 1953 zwangen sie vor der Eröffnung der 8. UNO-Vollversammlung ihre 15 Satellitenstaaten, die am Koreakrieg teilgenommen hatten, mit ihnen im Gleichschritt zu gehen. (The New York Times vom 15. August 1953) Nach dieser Vorbereitung behandelten die USA auf der UNO-Vollversammlung die politischen Gespräche über Korea als Verhandlungen zwischen kriegführenden Seiten

und verlangten, dass „die daran teilnehmenden Regierungen Handlungsfreiheit haben und unabhängig handeln und sich nur an eigene Beschlüsse und Vereinbarungen zu halten haben“. Auf der Vollversammlung wurden viele positive Vorschläge unterbreitet, aber sie wurden alle abgelehnt; erzwungen wurde die Annahme eines „Resolutionsentwurfs von 15 Staaten“, der die Forderungen der USA widerspiegelte, die Teilnehmer der politischen Koreagespräche auf die kriegführenden Seiten zu beschränken, die Gespräche spätestens bis zum 28. Oktober zu beenden und sie abbrechen, falls es nach 90 Tagen nicht zu einer Vereinbarung kommt.

Unzufriedenheit darüber wurde selbst unter den Satellitenländern der USA geäußert. Eine französische Publikation schrieb: „An dem Treffen sollten einzig alle dazu berechtigten Personen nach vernünftiger Beratung teilnehmen.“ (Combat vom 30. Juli 1953) Und ein ehemaliger hochrangiger Beamter Großbritanniens sagte, die Handlungen der USA seien ein „Ausdruck einer sehr gefährlichen Haltung“.

Solche Störmanöver der USA kamen danach bei den Vorverhandlungen in Phanmunjom über die Einberufung eines politischen Treffens am 26. Oktober 1953 noch unverhohlener zum Ausdruck. Die USA brachten die lange vorbereiteten Vorverhandlungen dadurch zum Scheitern, dass sie nach nur 47 Tagen einseitig den Konferenzsaal verließen.

Auch die Genfer Außenministerkonferenz zur Koreafrage brachten die USA zum Scheitern.

Am 26. April 1954 fand in Genf, Schweiz, eine Round-Table-Konferenz der Außenminister der durch die Koreafrage betroffenen und der daran interessierten Staaten statt. Daran nahmen Vertreter von 19 Staaten einschließlich der KDVR teil.

Am 27. April veröffentlichte die KDVR mit dem Vorschlag „Über die Wiederherstellung der nationalen Einheit Koreas und die Durchführung freier gesamt-koreanischer Wahlen“ einen Plan für die friedliche Regelung der Koreafrage. Der Vorschlag beinhaltete, innerhalb von 6 Monaten alle ausländischen Truppen aus Korea abzuziehen, allgemeine gesamt-koreanische Wahlen durchzuführen, um so die Koreafrage mit eigener Kraft der Koreaner zu lösen.

Die amerikanische Seite lehnte diesen Vorschlag unverzüglich ab und behauptete, das bezwecke die Ersetzung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Südkoreas durch das „kommunistische System“. Da die Bevölkerungszahl Südkoreas höher als die Nordkoreas sei, müssten der südkoreanischen „Regierung“ Sonderrechte eingeräumt werden. Freie gesamt-koreanische Wahlen seien ohne internationale Aufsicht unmöglich. (Protokoll der Außenministerkonferenz in Genf, S. 42-43) Dulles, der Vertreter der USA, sagte: „Wie könnten wir Korea umsonst jemandem überlassen, nachdem wir in Korea Hunderttausende Opfer zu beklagen hatten? Wir werden aus Korea nicht weggehen.“ Da es in Korea wieder zu einem Krieg kommen würde, wenn die USA-Truppen abzögen und dann zu weit entfernt wären, um zurückzukehren, müssten sie unbedingt dort verbleiben. Andererseits drohte er, der Frieden komme leicht, wenn die andere Seite sich ergebe, während Widerstand die Realisierung des Friedens erschwere.

Auf der Konferenz äußerten viele Vertreter ihre Meinungen.

Der britische Vertreter sagte am 13. Mai: „Wir haben den gemeinsamen Wunsch, unsere Truppen sogleich aus Korea abzuziehen, wenn das möglich ist, ohne den Frieden wieder zu gefährden.“ Auch der Vertreter Australiens hoffte auf den „schnellstmöglichen Abzug unserer Truppen“, und der Vertreter Neuseelands sagte: „Die Länder, die ihre Vertreter zur

Konferenz in Genf entsandt haben, warten ungeduldig auf den Tag des Abzuges ihrer Truppen aus Korea.“ (Protokoll der Außenministerkonferenz in Genf, S. 53-70)

Aber die USA legten der Konferenz einen „Resolutionsentwurf von 16 Staaten“ vor und versuchten ihn durchzubringen.

Als sich das als unmöglich erwies, unterbrachen die USA ab 13. Mai die Konferenz für 8 Tage.

Am 22. Mai erschien die USA-Seite im Konferenzsaal und bestand plötzlich darauf, dass „Wahlen“ unter UNO-Aufsicht nur in Nordkorea durchgeführt werden und, was den Abzug ausländischer Truppen anlangt, lediglich die Chinesischen Volksfreiwilligen aus Nordkorea zurückgezogen werden. Da es sich bei den USA-Truppen um „UNO-Truppen“ handele, könnten sie nicht abgezogen werden, ehe „in Korea eine einheitliche Regierung“ herrsche und die UNO über „Beweise“ dafür verfüge.

Diesen „Vorschlag“ konnte die KDVR nicht akzeptieren, denn sie war schließlich das Land, das drei Jahre lang einen erbitterten Krieg gegen die „UNO-Truppen“ geführt hatte.

Die amerikanische Seite erklärte provokativ, dass die Konferenz nicht fortgesetzt werden könne, falls Wahlen unter UNO-Aufsicht nicht akzeptiert werden, und brachte die Konferenz mit der Veröffentlichung der von ihnen vorher angefertigten „Gemeinsamen Erklärung von 16 Staaten“ zum Scheitern.

Die USA legten die Funktion der Überwachungskommission der neutralen Nationen, die die korrekte Verwirklichung des Waffenstillstandsabkommens beaufsichtigen und kontrollieren sollte, ebenfalls völlig lahm.

Die Überwachungskommission der neutralen Nationen war ein Organ zur Beaufsichtigung und Kontrolle der Ausführung des Waffenstillstandsabkommens in Korea, das gemäß einem Übereinkommen beider Seiten aus je 4

Chefoffizieren der 4 Staaten – Polen, der ehemaligen Tschechoslowakei, der Schweiz und Schweden – bestand und dem 20 Inspektionsgruppen der neutralen Staaten beigeordnet waren.

Die Überwachungskommission der neutralen Nationen war laut „Abkommen über den militärischen Waffenstillstand in Korea“ ein Aufsichts- und Kontrollorgan, dessen Aufgabe darin bestand, den Punkt C des Artikels 13 des Waffenstillstandsabkommens über die Einstellung der Verlegung von Militärpersonen zum Verstärkungszweck von außerhalb Koreas durch beide kriegsführende Seiten, den Punkt D des Artikels 13 des gleichen Abkommens über die Einstellung der Einfuhr von taktischen Materialien zur Verstärkung von außerhalb Koreas sowie den Artikel 28 des Abkommens über die Verpflichtung, Verstöße gegen das Abkommen außerhalb der entmilitarisierten Zone zu beaufsichtigen, zu beobachten, zu inspizieren und zu untersuchen, in die Tat umzusetzen und der Waffenstillstandskommission über die Ergebnisse zu berichten.

Ausgehend von der Mission und Aufgabe, die Einfuhr von Militärpersonen und strategischen Materialien von außerhalb Koreas zu verhindern und den Stand der Ausführung dieser Punkte zu beaufsichtigen, zu beobachten, zu inspizieren und zu untersuchen, leistete die Überwachungskommission der neutralen Nationen einen gewissen Beitrag dazu, die exakte Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens auf der koreanischen Halbinsel zu gewährleisten.

Die Bundesversammlung der Schweiz nahm einen Bericht über die Tätigkeit ihrer Delegierten in der Überwachungskommission der neutralen Nationen entgegen und stellte fest: „Ab August 1953 hat die Kommission viele Probleme gelöst. Die Bundesversammlung ist zu dem Schluss gelangt, dass die Zurückziehung der Schweizer Delegierten unter den gegebenen Bedingungen undenkbar ist.“ (Protokoll

der Militärischen Waffenstillstandskommission, S. 527) Der Korrespondent der „The New York Times“ konstatierte: „Die Schweiz ist davon überzeugt, dass die Überwachungskommission der neutralen Nationen die einzige Organisation ist, die die Waffenruhe in Korea kontrolliert. In der Tat gab es seit der Waffenruhe keine Wiederaufnahme eines Gefechtes. Die Schweizer sind davon überzeugt, dass es dort dank der Existenz der Kommission zu keinen Kampfhandlungen kommen konnte.“ (The New York Times vom 25. März 1955) Die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei vertraten die gleiche Auffassung.

Ausgehend von diesem Standpunkt lehnten die Schweiz und Schweden die offene Forderung der USA, an der Auflösung der Kommission mitzuwirken, ab. Die Schweiz und Schweden waren von der Seite der „UNO-Truppen“ vorgeschlagene Mitgliedsstaaten der Kommission.

Die Existenz der Überwachungskommission der neutralen Nationen war für die USA sehr ungünstig. Deshalb behinderten sie ihre Arbeit in allen Richtungen.

Die USA erstatteten der Überwachungskommission der neutralen Nationen keine Vorausmeldungen über Zirkulation und Wechsel von Militärpersonen und Kriegsmaterialien, und wenn sie es taten, waren die Meldungen gefälscht. Wegen solcher Störmanöver konnte eine Inspektionsgruppe der neutralen Staaten im Januar 1954 66 % der von den USA in Südkorea eingeführten Flugzeuge und 24 % der von ihnen ausgeführten Flugzeuge in Taegu nicht inspizieren.

Die USA machten die freie Betätigung der Inspektionsgruppen in den für das Ein- und Auslaufen festgelegten Häfen unmöglich. Die USA sperrten die Gruppen unter dem Vorwand ihres „persönlichen Schutzes“ hinter Stacheldraht ein und eskortierten sie bei Fahrten wie Sträflinge.

Unter solchen Bedingungen nahm die Überwachungskommission der neutralen Nationen auf ihrer 28. Sitzung am

5. September 1953 einen Beschluss an, der die Gruppen berechnigte, betreffende Schiffe zu besteigen und dort ihre Kontrollfunktion auszuüben, falls sie keinen anderen Weg zur Inspektion haben.

Aber die Amerikaner verweigerten am 12. September 1953 den Mitgliedern der Inspektionsgruppe in Pusan das Besteigen und die Inspektion der Schiffe und am 20.- 21. Januar 1954 sogar ihren Eintritt in den Hafen.

Als trotz der Behinderungen der Überwachungskommission der neutralen Nationen durch die USA ihre Arbeit ohne Unterbrechung fortging, begannen die USA, die persönliche Sicherheit ihrer Mitglieder zu bedrohen.

Am 1. September 1953 wurde ein schwedischer Angehöriger der Inspektionsgruppe in der Stadt Taegu von einem amerikanischen Soldaten geschlagen, und am 31. Juli 1954 wurde der Wohnsitz der Inspektionsgruppe in Pusan aus Maschinenpistolen beschossen. Am 1. August explodierten nachts 3 Bomben in der Nähe des Wohnsitzes der Gruppe.

Die USA gingen von der Bedrohung des Lebens der Angehörigen der Inspektionsgruppen zu Terrorakten gegen sie über. Eines der repräsentativen Beispiele dafür war der Tod der polnischen Mitglieder der Überwachungskommission der neutralen Nationen Major Zigelski, Hauptmann Lidnicz und Oberleutnant Zirinski, die am 7. November 1953 bei dem Absturz eines Flugzeuges im Luftraum über Taejon ums Leben kamen.

Infolge der unverhohlenen Störaktionen der USA wurde die Arbeit der Kommission nach und nach gelähmt.

Auf Weisung der USA drohte der Befehlshaber der südkoreanischen Gendarmerie den Angehörigen der Kommission, dass er „Maßnahmen ergreifen werde, wenn sie sich nicht sofort aus Südkorea zurückziehen“. Am darauf folgenden Tag wurden in vielen Gebieten wie Soul, Inchon, Pusan

und Kunsan sogar „Demonstrationen“ gegen die Überwachungskommission der neutralen Nationen veranstaltet.

Danach erreichten die Machenschaften der USA zur Torpedierung der Überwachungskommission der neutralen Nationen ihren Höhepunkt.

Anfang Mai 1956 hielten die USA in Washington eine Konferenz ihrer Satellitenstaaten ab, die am Koreakrieg teilgenommen hatten, und verabschiedeten am 26. Mai einen „Beschluss“, der von den „Inspektionsgruppen der neutralen Staaten“ verlangte, „aus Südkorea abzuziehen“. Im Zusammenhang damit sandten die USA einen Brief an die Überwachungskommission der neutralen Nationen und forderten sie einseitig dazu auf, die Inspektionsgruppen binnen einer Woche abzuziehen.

Da die USA die Lage durch ihre Handlungen immer mehr zuspitzten, sah sich die Überwachungskommission der neutralen Nationen zu dem Beschluss gezwungen, die Inspektionsgruppen am 5. Juni 1956 von den Ein- und Auslaufhäfen Nord- und Südkoreas abzuziehen. Infolge der Lähmung des Überwachungssystems für den Waffenstillstand im Hinterland verlor die Kommission ihre Basisorganisationen und bestand nur noch aus den höchsten Ämtern. Das bedeutete faktisch die endgültige Lähmung ihrer eigentlichen Funktion.

Nachdem die USA die politischen Gespräche zur baldigen Lösung der Koreafrage und die Genfer Außenministerkonferenz torpediert und die Funktion der Überwachungskommission der neutralen Nationen lahmgelegt hatten, konzentrierten sie ihre Kraft auf die militärische Stärkung Südkoreas und gingen damit dazu über, das Waffenstillstandsabkommen selbst zu unterminieren und mit Füßen zu treten.

In Artikel 13, Punkt D des „Abkommens über den militärischen Waffenstillstand in Korea“ war festgelegt:

„Beide Seiten werden die Verstärkung an Flugzeugen, Panzern, Waffen und Munition einstellen, die von außerhalb der Landesgrenzen nach Korea kommen; doch können Kampfflugzeuge, Panzer, Waffen und Munition, die zerstört, beschädigt, ausgedient oder verbraucht sind, während des Zeitraums des Waffenstillstandes auf der Basis des Stück-gegen-Stück-Systems in gleicher Kapazität und gleicher Art ersetzt werden.“ Das war für die USA ein Hindernis, das ihnen bei der militärischen Stärkung Südkoreas die Hände band.

Ohne Unterminierung des Artikels 13, Punkt D des Waffenstillstandsabkommens war es den USA nicht möglich, ihre Streitmacht in Südkorea weiter sicherzustellen. Deshalb arbeiteten sie mit allen Mitteln daran, diesen Artikel abzuschaffen.

USA-Präsident Eisenhower sagte, das „Waffenstillstandsabkommen bürde den USA und ihren Verbündeten eine große Last auf, da der Umtausch von Waffen gleicher Leistungsfähigkeit im Verhältnis eins zu eins von ihnen verlange, den Schutz der Sicherheit Südkoreas mit alten Waffen zu unterstützen“. Und der Außenminister der USA Dulles meinte: „Die USA zögen in Erwägung, in Südkorea noch modernere und wirksamere Waffen einzuführen. Das Waffenstillstandsabkommen muss realistisch interpretiert werden. Ich denke, es ist vor 5 Jahren für eine kurze Frist angefertigt worden. Aber heute, nach 5 Jahren, ist ein Umtausch in gleicher Leistungsfähigkeit unrealistisch.“ Daher müsse Artikel 13, Punkt D des Waffenstillstandsabkommens abgeschafft werden. (AP vom 7. Mai 1957) Auch aus den herrschenden Kreisen der USA war zu hören: „Ohne den Ausbruch eines neuen Krieges, der den 3. Weltkrieg verursachen könnte, wird es unmöglich sein, Süd- und Nordkorea zu vereinigen.“ (UPI vom 9. Januar 1957) „Es wäre wünschenswert, vor dem Ausbruch eines Weltkrieges

eine Reihe lokaler Kriege zu führen.“ (New York Post vom 1. November 1957) und damit wurde zur „Abschaffung des Waffenstillstandsabkommens“ aufgehetzt. Nachrichtenagenturen der USA begannen zu berichten, dass demnächst im UNO-Hauptquartier eine „Bewegung für die Abschaffung“ des Waffenstillstandsabkommens in Korea entfaltet würde und „Li Syng Man darauf vorbereitet sei, demnächst zum Feldzug gegen den Norden anzutreten“. (UPI vom 17. Januar 1957)

Für die Abschaffung des Waffenstillstandsabkommens ergriff das Außenministerium der USA Anfang April 1957 folgende Maßnahmen:

Erstens die Legalisierung der militärischen Stärkung Südkoreas durch die UNO,

Zweitens die Lieferung von Waffen neuen Typs an die Armee Südkoreas,

Drittens die Lieferung von Waffen neuen Typs durch die Länder, die sich am Koreakrieg beteiligt hatten. (INS vom 5. April 1957)

Danach führten die USA am 17. Juni 1957 Gespräche mit den Teilnehmerstaaten am Koreakrieg und machten am 21. Juni über die Militärische Waffenstillstandskommission öffentlich bekannt, dass sie den Artikel 13, Punkt D des Waffenstillstandsabkommens in Korea nicht weiter einhalten werden.

Das bedeutete nichts anderes, als das Abkommen nur noch dem Namen nach existieren zu lassen.

Seither setzten die USA ihre bis dahin verdeckt betriebenen Pläne für die Stärkung der Streitkräfte Südkoreas in aller Öffentlichkeit fort.

Das gestand der ehemalige Befehlshaber der 8. US-Armee Remnitzer ein: „Im Ergebnis jahrelanger Bemühungen ist es uns gelungen, Artikel 13, Punkt D des Waffenstillstandsabkommens abzuschaffen, und nun können wir

dort über Waffen neuen Typs verfügen.“ (UPI vom 3. Februar 1960)

Einem Bericht der Zeitung „Washington Post“ vom 2. Mai 1983 zufolge führten die USA nach Südkorea allein insgesamt rund 1 000 Kernwaffen ein und stellten sie auf, darunter 133 atomare Fliegerbomben, 63 atomare Geschosse für Haubitzen mit 8 Zoll Kaliber und 31 Geschosse für Haubitzen mit 155 mm Kaliber sowie 21 Atomminen .

Während die USA einerseits das Waffenstillstandsabkommen torpedierten, verübten sie andererseits unablässig verschiedenartige feindselige Handlungen und militärische Provokationen gegen die KDVR.

Die militärischen Provokationen der USA, die ab 22, 20 Uhr am 27. Juli 1953, 20 Minuten nach dem In-Kraft-Treten des Waffenstillstandsabkommens begannen, gingen in den fünfziger Jahren im Wesentlichen in Form von Spionage und Aufklärung der Feuerkraft vor sich, doch mit Beginn der sechziger Jahre nahmen sie kriegsschreierischen Charakter an.

Die entmilitarisierte Zone, die dem Waffenstillstandsabkommen nach für die Verhinderung militärischer Zusammenstöße eingerichtet wurde, war nicht mehr eine Pufferzone, sondern verwandelte sich vielmehr in ein Schlachtfeld, wo unablässig geschossen wurde; in der Umgebung der militärischen Demarkationslinie entwickelte sich ein seit dem Waffenstillstand nie da gewesener Zustand äußerster Spannung.

Mit den von den USA am Himmel, zu Land und auf See auf der koreanischen Halbinsel begangenen militärischen Provokationen wie dem Vorfall mit dem Spionageschiff „Pueblo“ am 23. 1. 1968, dem Zwischenfall mit dem großen Aufklärungsflugzeug „EC-121“ im April 1969, dem „Vorfall in Phanmunjom“ am 18. 8. 1976 und der „Schießerei in Phanmunjom“ am 23.11. 1984 wurde das

Abkommen hemmungslos verletzt, sodass große Hindernisse für die Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel entstanden.

Seit 1976 inszenierten die USA jährlich in Südkorea das gegen Nordkorea gerichtete gemeinsame Militärmanöver „Team Spirit“ wie eine Jahresveranstaltung. Die Menge der für das Manöver eingesetzten Kriegsausrüstungen, die Zahl der Soldaten und die zeitliche Dauer nahmen von Jahr zu Jahr zu. Im Zusammenhang damit wurde in der nördlichen Hälfte Koreas mehrmals der Vorkriegszustand verkündet.

In den 90er Jahren erreichte die Lage auf der koreanischen Halbinsel den schlimmsten Zustand nach dem Krieg, weil die USA unter dem Vorwand des „Nuklearproblems“ die gegen die KDVR gerichtete Hetze, der sich auch den USA folgende Kräfte anschlossen, auf die Spitze trieben.

Das Waffenstillstandsabkommen, das unter der Voraussetzung des Friedens abgeschlossen wurde, bestand nur dem Namen nach, und auf der koreanischen Halbinsel verschärfte sich ständig eine Atmosphäre, in der jederzeit ein Krieg auszubrechen drohte.

Unter Missachtung des Waffenstillstandsabkommens „ernannten“ die USA am 25. März 1991 einen General Südkoreas, der keinerlei Befugnis und Berechtigung dazu hatte, zum ordentlichen Mitglied der Verhandlungsdelegation der „UNO-Truppen“ und setzten damit das Waffenstillstandsabkommen nach Inhalt und Form endgültig außer Kraft.

Das Abkommen wurde zwischen der Koreanischen Volksarmee und den Chinesischen Volksfreiwilligen auf der einen Seite und den „UNO-Truppen“ auf der anderen Seite abgeschlossen. Die Seite der UNO-Truppen vertraten, wie die 2 Jahre und 17 Tage lang andauernden Verhandlungen über den Waffenstillstand zeigten, ausnahmslos Amerikaner,

von Turner Joy und Clark, der das Abkommen unterzeichnete, bis zu den Hilfskräften wie den Verhandlungsübersetzern und Maschinenschreibern. Zudem bestand auch die Delegation der Seite der UNO-Truppen, die zur Teilnahme an der Unterzeichnungszeremonie am 27. Juli 1953 den Saal eintrat, ausnahmslos aus Amerikanern unter dem Verhandlungsführer Generalleutnant Harrison. So waren die USA der tatsächliche Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens.

Südkorea hatte für die Umwandlung des Waffenstillstandssystems in ein System der Friedenssicherung weder eine Vertretungsbefugnis noch die Berechtigung.

Denn Südkorea war nicht Mitunterzeichner des Abkommens. Die Umwandlung des Waffenstillstandsabkommens in ein Friedensabkommen ist eine Frage, die zwischen den Unterzeichnern des Waffenstillstandsabkommens beraten werden muss. Auch das Völkerrecht sagt über den Waffenstillstand, dass die Subjekte des Waffenstillstandes die Vertragschließenden sind. Aber Südkorea nahm weder an der Unterzeichnung des Abkommens teil, noch leistete es eine Unterschrift. Zu der Zeit war Südkorea gegen Verhandlungen über den Waffenstillstand und befürwortete den „alleinigen Feldzug nach Norden“.

Die Regierenden Südkoreas haben keinerlei reales Recht, eine Friedensordnung in Südkorea zu garantieren. Durch die „Öffentliche Botschaft betreffs der Übertragung der operativen Kommandogewalt“ vom Juli 1950 wurde die Kommandogewalt über die Armee Südkoreas auf die USA-Truppen übertragen, und sie haben sie bis heute in der Hand. Es wird zwar behauptet, sie hätten die „Kontrollgewalt in Friedenszeiten“ übernommen. Aber selbst das ist rein formal. Es ist undenkbar, dass Südkorea die dort stationierten USA-Truppen befiehlt.

Faktisch ist sonnenklar, dass Südkorea niemals Subjekt des Waffenstillstandsabkommens werden kann.

Die Machthaber Südkoreas behaupten, dass sie während des Koreakrieges eine kriegführende Seite gewesen und heute eine der beiden Seiten der militärischen Konfrontation auf der koreanischen Halbinsel seien, die dort Streitkräfte eingesetzt haben, doch das ist nichts mehr als eine Ausflucht.

Ein Staat ist nicht allein deshalb, weil er an einem Krieg beteiligt war und seine Streitkräfte eingesetzt hatte, völkerrechtlich eine der kriegführenden Seiten oder eine der konfliktbeteiligten Seiten, und schon gar nicht ein Verhandlungspartner über das Ende des Krieges.

Betrachtet man den 1. Weltkrieg, so waren daran auf beiden Seiten zwar 36 Länder und Regionen beteiligt, aber völkerrechtlich als kriegführende Seiten anerkannt wurden lediglich einige Länder, die dabei eine führende Rolle gespielt hatten. Auch das Abkommen über das Kriegsende wurde zwischen diesen Ländern abgeschlossen. Am 2. Weltkrieg hatten über 60 Länder und Regionen teilgenommen, doch es wurde genauso verfahren.

Wie auch immer, Südkorea ist nicht in der Position, als Subjekt des Waffenstillstandsabkommens erörtert zu werden.

Im Dezember 1993 vertrat auch der damalige UNO-Generalsekretär Boutros Ghali den Standpunkt, die Frage der Umwandlung des Waffenstillstandsabkommens durch ein Friedensabkommen sei eine Frage, die die vertragsschließenden Seiten zu regeln haben.

Mit der „Ernennung“ des südkoreanischen Generals zum Unterhändler in der Waffenstillstandskommission auf Seiten der „UNO-Truppen“ machten die USA das Abkommen völlig zunichte.

Die koreanische Halbinsel hat sich heute in ein gefährliches Schlachtfeld verwandelt, auf dem ein Krieg durch einen Fehlschuss eines einzelnen Soldaten ausbrechen

könnte, und es gibt kein einziges Systemorgan, das in einem solchen Falle den Ausbruch eines Krieges verhindern könnte. Immer zügelloser werden die von den USA heraufbeschworenen Machenschaften gegen die KDVR und ihre Kriegshetze.

Angesichts der Machenschaften der USA, die das Waffenstillstandsabkommen zunichte gemacht haben und den Frieden auf der koreanischen Halbinsel bedrohen, konnte die KDVR nicht umhin, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Da die USA seit den 60er-Jahren ihre Streitmacht in Südkorea unverhohlen verstärken, konzentrierte die KDVR große Kräfte auf den parallelen Aufbau von Wirtschaft und Landesverteidigung. Das beeinflusste die Lebenslage der Bevölkerung der nördlichen Hälfte des Landes in beträchtlichem Maße. Außerdem erteilte die KDVR den militärischen Provokationen der USA zu Land, zu Wasser und in der Luft eine harte militärische Abfuhr.

Wie gefährdet der Waffenstillstand in Korea war, zeigt allein der Fakt, dass sich die Zahl der Verstöße der USA gegen das Abkommen auf Hunderttausende und die Zahl der deswegen einberufenen Sitzungen der Waffenstillstandskommission auf Hunderte beläuft. Eine solch lang andauernde Gefährdung eines Waffenstillstandes gibt es sonst nirgendwo.

Ob es auf der koreanischen Halbinsel gelingt, das überholte System des Waffenstillstandes durch ein neues System der Friedenssicherung zu ersetzen oder nicht, ist ein Prüfstein für die einander gegenüberstehenden Standpunkte, ob Krieg oder Frieden herrschen soll. Je länger das alte System des Waffenstillstandes fort dauert, desto größer wird die Kriegsgefahr. Hartnäckig an dem alten System des Waffenstillstandes festzuhalten, das den Ausbruch eines unberechenbaren Krieges nicht unter Kontrolle halten kann,

bedeutet Kriegstreiberei und wird nichts als Verderben mit sich bringen.

Davon zeugt beredt ein bewaffneter Zusammenstoß an der militärischen Demarkationslinie im Juli 1997. Am 16. Juli schoss die südkoreanische Armee plötzlich mit rückstoßfreien Geschützen und Maschinengewehren mit 12, 7 mm Kaliber auf die Soldaten der Volksarmee, die sich auf einer normalen Patrouille befanden. Infolge dieser Provo-kation wurden Wachhäuser zerstört und einige Soldaten verwundet.

In der entstandenen Situation ergriff die KVA unverzüglich Maßnahmen der Selbstverteidigung, sodass einige betonierte Schießscharten und Stellungen für rückstoßfreie Geschütze in die Luft gesprengt wurden.

2 Tage später gab der Sprecher der Vertretung der KVA in Phanmunjom eine Stellungnahme dazu ab. Er beschuldigte die USA, die südkoreanische Armee mit der Verwaltung der entmilitarisierten Zone beauftragt zu haben, und erklärte: „Der Frieden und die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel können keinesfalls gewährleistet werden, wenn das jetzige überholte System des Waffenstillstandes fortbesteht. ... Wenn die Feinde noch einmal Provokationen gegen uns verüben, werden wir ihnen unabhängig von Zeit, Ort und Objekten ihnen noch härtere, vernichtende Vergeltungsschläge versetzen und den Aggressoren einen schmachvollen Tod bereiten.“

Der Frieden ist jedem teuer, aber dem koreanischen Volk ist er besonders teurer.

Deshalb bemühte sich die KDVR seit dem Waffenstillstand aufrichtig um die Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel. Sie unterbreitete verschiedene Vorschläge für Abrüstung und Frieden, um das Waffenstillstandsabkommen durch ein Friedensabkommen zu ersetzen, und auch einen Vorschlag, an Stelle des bankrotten

Waffenstillstandsabkommens eine vorläufige Vereinbarung über die Einrichtung eines Instrumentariums zur Vermeidung von bewaffneten Zusammenstößen und eines Krieges abzuschließen.

Aber die Amerikaner unterbreiteten nicht nur keinen einzigen konstruktiven Vorschlag für die Erhaltung des Friedens, sondern lehnten alle vernünftigen und realisierbaren Friedensvorschläge der KDVR ab. Sie bestanden darauf, dass das Waffenstillstandsabkommen in Korea bis zum Abschluss eines Friedensabkommens bestehen bleiben müsse und im Falle der Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens durch ein Friedensabkommen der Norden und der Süden die zuständigen Seiten sein müssten. Das ist nichts anderes als das hartnäckige Festhalten an der Behinderung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel.

Die Umwandlung des Waffenstillstandsabkommens in ein Friedensabkommen ist für die Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel notwendig, aber es nützt auch den eigenen Interessen der USA. Wenn es wieder zu einem Krieg auf der koreanischen Halbinsel kommt, wird niemand unversehrt bleiben; ob jenseits der Meeresenge oder jenseits des Ozeans niemand wird in Ruhe leben können. Deswegen ist Frieden in Korea unmittelbar mit dem Weltfrieden verbunden.

Die UNO muss der koreanischen Halbinsel, auf der 50 Jahre lang der unsichere Waffenstillstand andauert, gebührende Aufmerksamkeit widmen.

Das auf der koreanischen Halbinsel fortbestehende System des Waffenstillstands ist eine Erbschaft des Koreakrieges, zu dem die UNO in Beziehung steht. Den Koreakrieg führten die KDVR und die USA, aber er wurde formal zwischen der Koreanischen Volksarmee und den „UNO-Truppen“ ausgetragen. Auch das Waffenstillstandsabkommen wurde mit den „UNO-Truppen“ abgeschlossen. Auf

dem Tisch im Verhandlungsraum der Militärischen Waffenstillstandskommission steht noch heute nicht die Flagge der USA, sondern die der UNO. Bis zur Gegenwart konnte sich die UNO nämlich nicht aus der Stellung des Kriegsgegners der KDVR lösen.

Das „UNO-Jahrbuch“, das das UNO-Sekretariat zum 50. Gründungstag der UNO herausgegeben hatte, übergeht das jedoch mit Schweigen.

Wenn die UNO wirklich gegen den Krieg ist und Frieden wünscht, sollte sie ihre die Schuld der USA verbergende Flagge zurückziehen und ihrer Verantwortung und Rolle für die Sicherung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel gerecht werden. Nur dieser Weg ist der Weg zum stabilen Frieden auf der koreanischen Halbinsel und in der Welt.

Die USA dürfen als faktische vertragschließende Seite des Waffenstillstandsabkommens in Korea die UNO-Flagge nicht weiter missbrauchen, sondern müssen eine aufrichtige Haltung zu einem neuen System der Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel einnehmen. Das ist für sie selbst notwendiger denn je.

Waffenstillstand bedeutet keinen Frieden. Die 50 Jahre lange Geschichte der Waffenruhe in Korea spricht überzeugend dafür. Das überholte System des Waffenstillstands muss so schnell wie möglich durch ein neues System der Friedenssicherung ersetzt werden.

3) DAS IN SÜDKOREA STATIONIERTE „OBERKOMMANDO DER UN-TRUPPEN“

Das in Südkorea stationierte „Oberkommando der UN-Truppen“ ist ein militärisches Organ, das die USA nach der „Resolution“ des UN-Sicherheitsrates vom 7. Juli 1950

mit den Streitkräften der seinerzeit nach Korea entsandten 15 UNO-Mitgliedstaaten organisiert hatten.

„Die UN-Truppen“ führten nach ihrer Formierung drei Jahre lang einen Krieg gegen die KDVR, sind bis heute in Südkorea stationiert und bringen Schwierigkeiten für die Gewährleistung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel.

Die USA, die am 25. Juni 1950 den Koreakrieg entfesselten, setzten entgegen dem Einstimmigkeitsprinzip der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ohne Teilnahme eines Vertreters der KDVR ihren Truppen und denen ihrer Satellitenländer den Helm der „UN-Truppen“ auf und warfen sie an die Koreafront.

Damals rechneten die USA darauf, dass es für die Verhüllung ihrer Aggressionshandlungen und für die Rechtfertigung ihres Krieges am günstigsten sei, die ihnen willfährige UNO auszunutzen. Insbesondere die Abwesenheit der ständigen Mitglieder Sowjetunion und China schuf günstige Voraussetzungen für die USA. In Ausnutzung dieses Vakuums erstellten die USA nach einem von langer Hand vorbereiteten Plan das „Oberkommando der UN-Truppen“, ernannten MacArthur zu deren Oberbefehlshaber und stationierten es in Tokio. So trugen alle an die Koreafront geworfenen Angehörigen der Truppen der USA und ihrer Satellitenstaaten den Helm der „UN-Truppen“.

Im Februar 1965 kritisierte der französische Präsident de Gaulle: „Die Entsendung der ‚UN-Truppen‘ liegt jenseits der Grenzen des ursprünglichen Charakters und der originalen Funktion der UNO und weicht von den Prinzipien der UN-Charta ab.“ (AFP vom 4. Februar 1965, Paris) Auch Presseorgane anderer Länder stellten fest, dass die „Resolution“ des UN-Sicherheitsrates vom 7. Juli 1950 kein „Produkt“ der UNO, sondern ein „Beschluss der USA“, ein „Beschluss Trumans“ sei. (Koreakrieg, 1966, S. 77)

Die Schweigepolitik der UNO gegenüber der Willkür der USA gehört zusammen mit den Bestialitäten der „UN-Truppen“ gegen das koreanische Volk während des Koreakrieges zu den schmachvollen Seiten der Geschichte der UNO.

Nach der Bildung der „UN-Truppen“ ordneten die USA ihre Kräfte und besetzten vorübergehend Gebiete nördlich des 38. Breitengrades.

In den okkupierten Gegenden verstärkten sie die Unterdrückung gegen das koreanische Volk und trachteten danach, eine Basis zur Herstellung eines Kolonialherrschaftssystems in ganz Korea zu schaffen.

Zu diesem Zweck begingen die Söldner der „UN-Truppen“ in den Besatzungszonen Massaker in einem Ausmaß, das mit normalem Menschenverstand nicht vorstellbar ist.

Damals von der Koreanischen Volksarmee (KVA) gefangen genommene Söldner der „UN-Truppen“ hatten Notizbücher oder schriftliche „Aufrufe“ bei sich, die Koreaner ohne Erbarmen zu behandeln und ihnen auf keinen Fall Mitleid und Mitgefühl zu erweisen.

Der damalige Befehlshaber der 8. US-Armee Walker schickte an die Söldner an der Koreafront folgendes Schreiben:

„Soldaten der UN-Truppen! Ihr schützt in den steilen Bergen und in den Wäldern Koreas die große Ehre aller Nationen und versperrt dem Kommunismus aus Asien und den transozeanischen Gebieten den Weg. ... Der Krieg ist erbittert und hart. Deshalb müsst Ihr, um Euer eigenes Leben zu retten, möglichst viele Asiaten töten. ... Selbst vor Kleinkindern und Greisen dürfen Eure Hände nicht zittern. Tötet! So werdet Ihr Euch selbst vor dem Untergang bewahren und Eurer Verantwortung als UNO-Soldaten gerecht werden.“

Dieser Mordbefehl wurde von den in der Haut der UNO steckenden Truppen der USA und ihrer Satellitenstaaten exakt ausgeführt.

Als die US-Truppen im September 1950 Soul wieder einnahmen, verhafteten sie innerhalb von nur drei Tagen über 75 000 Bürger und ermordeten auf der Stelle mehr als 1 000 von ihnen. Sie begingen sogar die Grausamkeit, zwölf Gefangenen die Kopfhaut abzuziehen und sie als „Souvenir“ mitzunehmen.

Ihre Gräueltaten gegen das koreanische Volk waren in den besetzten Gebieten Nordkoreas noch schrecklicher.

Die Massenmorde im Kreis Sinchon überstiegen in ihrer Brutalität und Grausamkeit jede menschliche Vorstellung.

Die amerikanische Zeitung „The New York Times“ vom 2. Februar 1951 berichtete:

„In den Städten, aus denen die kommunistische Armee abgezogen war, waren Wohnhäuser und Schulen im ursprünglichen Zustand erhalten. Im Gegensatz dazu verwandelten die UN-Truppen solche Städte in schwarz verbrannte Erde.“

Die US-Truppen, die die Stadt Sinchon besetzten, trieben einem von langer Hand vorbereiteten Plan nach am 18. Oktober 1950 mehr als 900 unschuldige Menschen, darunter über 300 Frauen und Kinder, in den einstigen Luftschutzbunker des Parteikomitees des Kreises Sinchon, gossen durch einen Luftschacht Benzin über sie und zündeten sie an. Am 19. und am 23. Oktober haben sie in der Umgebung mehr als 650 Menschen bei lebendigem Leibe begraben oder verbrannt. Die Zahl der nur in diesen drei Massakern Ermordeten belief sich auf mehr als 1 550.

Am 7. Dezember 1950 sagten US-Soldaten vor dem Sprengstofflager in Wonamri: „Ein Glück, dass die Mütter ihre Kinder bei sich haben. Trennt sie unverzüglich voneinander und sperrt sie getrennt ein, dann werden sich

die Mütter im Sterben mit Rufen nach ihren Kindern verzehren und die Kinder im Sterben nach ihren Müttern suchen.“ Danach rissen sie die Kinder gewaltsam aus den Armen der Mütter und sperrten sie in ein anderes Lagerhaus. Sie gaben den um Wasser flehenden Kindern Benzin zum Trinken, zündeten die beiden Lagerhäuser an und warfen Handgranaten hinein. So wurden in diesen beiden Lagerhäusern über 910 Menschen, darunter 400 Mütter und 102 Kinder, umgebracht.

Die auf diese Weise im Kreis Sinchon Ermordeten zählten 35 383, ein Viertel der gesamten Kreiseinwohnerschaft. Davon waren 16 234 Frauen, Kinder und Greise.

All diese Fakten aus einem Kreis sind lediglich ein Teil der Gräueltaten, die binnen knapp 50 Tagen verübt wurden.

Die US-Luftwaffe verwandelte die Städte und Dörfer Nordkoreas in Trümmerfelder.

Im Juni 1951 berichtete O'Donell, Befehlshaber der Bomberverbände der Fernöstlichen US-Luftwaffe, in einem „Hearing bei MacArthur“, „dass durch die Bomben der US-Luftwaffe schon in der Anfangszeit des Koreakrieges fast die ganze Halbinsel zerstört worden ist... keine als solche zu bezeichnende Straße ist verschont geblieben“. (Moderne Geschichte Koreas, Bd. 2 (Japanisch), 1974, S. 419)

Der Befehlshaber der Fernostarmee der USA Clark sagte am 5. August 1952: „Um in Nordkorea auf keine Hindernisse zu stoßen, werden wir seine 78 Städte von der Landkarte löschen.“

Auch damalige Presseorgane schrieben: „Niemand würde sagen, dass die ausgewählten Städte wichtige militärische Ziele sind. ... Dieser Beschluss, die ganze Bevölkerung Nordkoreas zu vernichten, wird die Welt erzittern lassen.“ (Moderne Geschichte Koreas, Bd. 2(Japanisch), 1974, S. 418)

Die Bombenangriffe der US-Fliegertruppen legten die friedlichen Objekte Nordkoreas in Schutt und Asche.

Das kommentierte der US-Journalist Stone wie folgt: „Schon im September berichtete das Oberkommando der Fernöstlichen US-Armee in Tokio, dass sich die Ziele der Luftangriffe im Ergebnis dessen, dass der Plan der Attacken auf die industriellen Einrichtungen nahezu gänzlich erfüllt worden ist, ‚reduziert‘ hätten. Auf Grund verschiedener Berichte muss ich urteilen, eins der Dinge, was den Fliegereinheiten der UN-Truppen in Korea Kopfschmerzen bereitet, ist der Fakt, dass sie bereits nichts mehr haben, was zu zerstören ist.“

Zur Zeit des Koreakrieges verstießen die USA hemmungslos gegen alle Prinzipien und Normen des allgemein anerkannten Völkerrechts und scheuten auch nicht davor zurück, Gefangene barbarisch zu töten. Insbesondere das Spektakel der „freiwilligen Repatriierung“, das sie im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen inszenierten, war eine ernste Verletzung der Würde des Menschen und seines Selbstbestimmungsrechts.

Artikel 17 des Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen aus dem Jahre 1949 legt fest: „Es ist Abstand davon zu nehmen, die Kriegsgefangenen körperlich und geistig zu foltern oder ihnen andere Gewalt anzutun, um von ihnen Informationen irgendwelcher Art zu erhalten, und die die Antwort verweigernden Kriegsgefangenen zu bedrohen, zu misshandeln und sie irgendwie schlecht zu behandeln.“ Und im Artikel 14 steht geschrieben: „Die Kriegsgefangenen haben in allen Fällen das Recht auf Respektierung ihrer Persönlichkeit und Ehre.“

Unter dem Vorwand der „freiwilligen Repatriierung“ zwangen die USA die Kriegsgefangenen dazu, von ihnen angefertigte Erklärungen wie „Ich will nicht nach Nordkorea zurückkehren“ und „Um politische Freiheit zu

genießen, möchte ich in Südkorea bleiben“ mit Tinte oder mit Blut zu unterschreiben. Sie folterten die Kriegsgefangenen, die darauf nicht eingingen, brannten ihnen Worte wie „Tod dem Kommunismus“ und „Antikommunismus“ in die Haut und brachten sie schließlich auf viehische Weise um.

Darüber schrieb der australische Journalist Wilfred G. Burchett: „Sie gingen zu dieser barbarischen Mordpolitik über, weil ihre Politik, den Gefangenen ihre Grundrechte zu nehmen, ein Fiasko erlitten hatte. ... Die Brandfolter und der Zwang zur Unterzeichnung mit Blut hatten keinen Erfolg. Damit, dass sie einen nach dem andern töteten, stärkten sie lediglich die Solidarität unter den Gefangenen. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als sie in offenem Massenterror umzubringen.“ (US-Armee in Korea, Japanisch, 1953, S. 75)

Der Massenmord an den die „freiwillige Repatriierung“ ablehnenden Gefangenen gipfelte in beispielloser Brutalität. Am 18. Februar 1952 setzte die USA-Armee gegen die in Südkorea geborenen Kriegsgefangenen, die gemeinsam die „freiwillige Repatriierung“ verneint hatten, 6 Panzerwagen und Soldaten in Stärke eines Bataillons ein und brachte so 102 Gefangene um und verletzte 290 schwer.

Ferner ermordeten die US-Soldaten auf Weisung des Oberbefehlshabers der „UN-Truppen“ Clark, die „Insel Koje zu einem leblosen Gräberfeld zu machen“, am 10. Juni 1952 in nur 4 Stunden 276 Kriegsgefangene. Das ist nur ein Teil der Wahrheit über die „humanistische freiwillige Repatriierung“, die vom Oberkommando der „UN-Truppen“ zur Lösung des Kriegsgefangenenproblems verwirklicht wurde.

Das unter dem Vorwand der „freiwilligen Repatriierung“ angerichtete Massaker an den Kriegsgefangenen verlief aber nicht so, wie es die USA beabsichtigten.

Die Gefangenen kämpften beharrlich gegen die Machenschaften der USA, ihnen den Rückweg in das Vaterland zu versperren. Am Tag ihrer Heimkehr warfen sie

die US-Uniformen und die US-Stiefel weg, schwenkten nackt aus ihren Unterhemden zusammengenähte und mit Blut getränkte Flaggen der Republik und sangen lauthals das „Lied auf General Kim Il Sung“.

40 Jahre nach dem Verstummen des Geschützdonners wurde in Südkorea ein Brief von Kriegsgefangenen entdeckt, den damals Kriegsgefangene verfasst hatten, um ihn an die Pariser Konferenz zum Schutz des Weltfriedens zu schicken. Im Zusammenhang damit richtete der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der KDVR am 25. Mai 1993 ein Schreiben folgenden Inhalts an den UNO-Generalsekretär:

„...Das Massaker der USA an den Kriegsgefangenen unserer Seite war ein großes Verbrechen, das das allgemein anerkannte Völkerrecht, darunter das Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen und andere Normen des allgemein anerkannten Völkerrechts skrupellos verletzte. ...

Wie alle Aktionen der US-Armee im Koreakrieg wurde auch das Massaker an den Kriegsgefangenen unserer Seite im Namen der UNO und unter der UN-Flagge verübt.

Deshalb informierten wir zu der Zeit mehrmals in offiziellen Dokumenten das UNO-Sekretariat von dem Blutbad gegen die Kriegsgefangenen unserer Seite und forderten seine unverzügliche Einstellung.

Aber unsere Forderung fand in der UNO keinen gebührenden Widerhall und wurde völlig ignoriert. ...“

Die Repatriierung der Kriegsgefangenen nach dem Abschluss des Waffenstillstandsabkommens wurde nicht ordnungsgemäß durchgeführt. Aufgrund des Wortbruchs der USA wurden viele Gefangene gewaltsam zurückgehalten. Der Fall Ri In Mos, Kriegskorrespondent der KVA, der am 19. März 1993, also erst 40 Jahre später in die Geborgenheit der Republik zurückkehrte, zeugt anschaulich davon.

Während des Koreakrieges setzte die US-Armee auch bakterielle und chemische Waffen ein, deren Anwendung dem Völkerrecht nach verboten ist.

Die USA lehnten die Unterzeichnung des Genfer Abkommens von 1925 über das „Verbot von lungenschädigenden oder ähnlichen giftigen Gasen sowie von bakteriologischen Methoden in der Kriegsführung“ ab und bereiteten sich systematisch auf einen bakteriologischen und chemischen Krieg vor.

Im Herbst 1950 beschlossen der Chef der Vereinigten Generalstäbe der US-Armee Bradley, der Generalstabschef der Luftstreitkräfte Vandenburg, der Generalstabchef der Landstreitkräfte Collins und der Leiter der Operationsabteilung der US-Marine Sherman, bakteriologische Waffen zu entwickeln und sie im Koreakrieg zu testen.

Nach einem von den Vereinigten Generalstäben der US-Armee erarbeiteten Plan für den bakteriologischen Krieg wurden von Winter 1950 an bakteriologische Waffen im Koreakrieg eingesetzt.

Im März 1951 fanden auf dem Bakterien-Landungsschiff des „Oberkommandos der UN-Truppen“ Nr. 1091 Versuche mit bakteriologischen Waffen gegen Kriegsgefangene statt.

Über diese Tatsache berichtete die Nachrichtenagentur UPI: „Es wurden 3000 Tests auf dem Landungsschiff vorgenommen“, und deren ernste Folgen waren, dass „von den Gefangenen über 1 400 lebensgefährlich erkrankten und 80 % der übrigen Personen von einer Infektionskrankheit angesteckt wurden.“ (UPI vom 18. Mai 1951)

Die USA, die mit den Tests der bakteriologischen Waffen gegen Kriegsgefangene und durch Abwürfe von Krankheitserregern auf einige Gebiete Nordkoreas ihren bakteriologischen Krieg lokal begrenzt geführt hatten, ordneten im Oktober 1951 in einem Befehl der Vereinigten

Generalstäbe an, in Korea den bakteriologischen Krieg allmählich auf ein operatives Stadium zu erweitern.

Der Stabschef des 1. Fliegerregiments der US-Marinelandetruppe Oberst Frank H. Schewable, der nach dem Abschuss seines Flugzeuges am 8. Juli 1952 im Gebiet Nordkoreas gefangen genommen wurde, sagte aus:

„Der ganze Plan für den bakteriologischen Krieg in Korea wurde im Oktober 1951 von den Vereinigten Generalstäben der USA angewiesen. Seinerzeit schickten die Vereinigten Generalstäbe speziell einen Mann zum Oberkommandierenden der Fernöstlichen US-Armee mit dem Befehl, in Korea mit dem bakteriologischen Krieg zu beginnen, man solle anfangs Versuche kleinen Maßstabs unternehmen und sie dann allmählich ausdehnen. Dieser Befehl wurde General Wayland, dem Befehlshaber der Fernöstlichen US-Luftwaffe in Tokio, übermittelt.“ Gestützt auf diese Weisung erteilte Wayland dem Befehlshaber der 5. Luftarmee und dem 19. Bomberregiment auf der japanischen Insel Okinawa den Befehl zum Beginn des bakteriologischen Krieges.

Mit der Ausweitung des Operationsfeldes des bakteriologischen Krieges mobilisierten die USA alle Flugzeuge des 3. und des 17. Regiments leichter Bomber, des 4., 51., 8., 18., 49., 58. und 474. Bomberregiments der US-Luftwaffe und des 1. Fliegerregiments der US-Marinelandetruppe.

Japanische Spezialisten nahmen aktiv an diesem bakteriologischen Krieg teil.

Der gefangen genommene Oberleutnant der US-Luftwaffe Rodgerwer Len bestätigte, dass die USA einige japanische Wissenschaftler in der Hand hatten und sie in Forschungsinstituten mit der weiteren Erforschung und Entwicklung von bakteriellen Waffen beschäftigten; diese Japaner hätten sich um die Einführung neuer, besserer Methoden bemüht, um die Wirkung der Bakterienbomben

zu erhöhen und Bakterien übertragende Insekten anzuwenden und zu verstreuen.

Im Zusammenhang mit den Gräueltaten der USA im Bakterienkrieg kamen eine Inspektionsgruppe der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, eine chinesische Inspektionsgruppe über die bakteriologischen Kriegsverbrechen des US-Imperialismus und andere internationale Inspektionsgruppen nach Korea, um vor Ort Untersuchungen vorzunehmen.

Allein in der Zeit vom 28. Januar bis 31. März 1952 wurden auf mehr als 400 Ortschaften Nordkoreas über 700 Mal Bakterienbomben und Behälter mit Menschen tötenden Mikroben abgeworfen. Allein diese Tatsachen machen die schrecklichen Folgen deutlich, die die bakteriologische und chemische Kriegsführung innerhalb eines Jahres mit sich brachte.

All das ist jedoch nur ein Teil der Missetaten, die die US-Armee unter „UN-Helmen“ während des Koreakrieges verübte.

Nach dem Krieg sind 50 Jahre vergangen, aber in Südkorea unterhält das „Oberkommando der UN-Truppen“ nach wie vor seine gespenstische Existenz. Das ist ein großes Hindernis für die Gewährleistung des Friedens auf der koreanischen Halbinsel.

Dieses in Südkorea bestehende Oberkommando ist weniger Resultat einer „Resolution“ der UNO, sondern eher ein von den USA unter Missbrauch des Namens der UNO angefertigtes Produkt des Kalten Krieges.

Das Oberkommando war und ist ein Rudiment der US-amerikanischen Gewaltpolitik, das unter Verletzung des Artikels 27, Ziffer 3 der UN-Charta, nach dem alle Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates auf der Grundlage der Einstimmigkeit aller ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zu fassen sind, gebildet wurde; verletzt wurde auch

Artikel 32 der UNO-Charta, denn der Rat lehnte die Teilnahme eines Vertreters der KDVR, einer Seite des Konflikts, ab und ließ einseitig nur die Teilnahme eines „Vertreters“ Südkoreas zu.

Zudem gibt es im „Beschluss“ des UN-Sicherheitsrates vom 7. Juli 1950 den Begriff Einrichtung eines „Oberkommandos der UNO-Truppen“ in Südkorea nicht.

Darüber schrieb eine US-amerikanische Publikation:

„Die Endfassung sollte besagen, die UNO-Truppen der Führung MacArthurs zu unterstellen, aber MacArthur nicht dem Befehl der UNO. Das wurde am 7. Juli durch gemeinsamen Resolutionsentwurf Großbritanniens und Frankreichs erledigt. Diese Resolution wird zwar allgemein als Resolution zur Errichtung des Oberkommandos der UN-Truppen anerkannt, doch das stimmt nicht. Nach dieser Resolution wurde ein ‚Gemeinsames Oberkommando‘ gebildet, das zwar das Recht hatte, die UNO-Flagge zu benutzen, aber nicht unter Befehl der UNO stand.

Diese Tatsache ist der Resolution selbst zu entnehmen. Die Resolution gibt die Empfehlung, dass dem Korea-beschluss des UN-Sicherheitsrates zufolge die ‚UNO-Mitgliedstaaten, die Truppen und andere Hilfe bereitstellen, die Truppen und andere Hilfe dem unter Führung der USA stehenden Gemeinsamen Oberkommando bereitstellen‘ sollen. Die Resolution bat die USA, den ‚Oberbefehlshaber dieser Truppen zu ernennen‘, und verlieh ihnen das Recht, die Flagge der UNO zu benutzen. Nur der letzte Artikel dieser Resolution enthält mit der Forderung, ‚dass die USA dem UN-Sicherheitsrat über die unter Befehl des Gemeinsamen Oberkommandos unternommenen Aktionen angemessen zu berichten haben‘, eine – allerdings verschwommene – Erwähnung, dass die UNO wenigstens ein Kontrollrecht über diese Truppen ausübt. Das ‚Gemeinsame Oberkommando‘ war nicht verpflichtet, sich periodisch oder in anderer Form mit der

UNO zu beraten und ihr Bericht zu erstatten. Die UNO hatte MacArthur eine Blankovollmacht ausgestellt. ...

...

Das Oberkommando in Tokio war zwar der Logik der Dinge nach das Gemeinsame Oberkommando, in Wirklichkeit aber ein Königreich MacArthurs.“ (Geheime Geschichte des Koreakrieges, Japanisch, S. 88-90)

Schließlich hatte die UNO den USA ihre Bezeichnung und Flagge ausgeliehen, und die USA missbrauchten sie willkürlich.

Der „Oberbefehlshaber der UNO-Truppen“ zur Zeit des Koreakrieges Clark sagte am 20. März 1967 in einem Interview, dass er zwar „Oberbefehlshaber“ der in Korea stationierten „UN-Truppen“ war, aber er sich nicht erinnern könne, während des Krieges überhaupt irgendwelche Anordnungen von der UNO erteilt bekommen zu haben.

Die USA bestehen bis auf den heutigen Tag darauf, dass die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 7. Juli die rechtliche Grundlage für die Bildung des „Oberkommandos der UN-Truppen“ darstelle.

Das „Oberkommando“ der in Südkorea stationierten Truppen hat weder in Organisations- und Unterstellungssystem noch in den militärischen Operationen Gemeinsamkeiten mit UN-Truppen oder mit einem Oberkommando von UN-Truppen.

In der UNO-Charta sind die Prinzipien des Organisations- und Unterstellungssystems sowie des Operationsmodus klar und eindeutig festgelegt. Wenn eine an einer militärischen Operation teilnehmende Streitmacht den Status von UN-Truppen zuerkannt bekommen will, muss sie gemäß den Normen der UNO-Charta organisiert werden, sich ihrer Führung unterordnen und in Übereinstimmung mit den Zielen der UNO handeln.

Aber die „UN-Truppen“ in Südkorea konstituierte sich nicht auf der Grundlage der in der UNO-Charta festgesetzten Prinzipien zur Organisation von UN-Truppen. Der Bestimmung der UNO-Charta nach müssen die UN-Truppen auf Empfehlung des UN-Sicherheitsrates durch einen Vertrag zwischen ihm und dem bewaffnete Kräfte zur Verfügung stellenden Staat formiert werden.

Die im Jahr 1950 in den Koreakrieg geworfenen „UN-Truppen“ wurden nicht durch solch einen Vertrag formiert, sondern waren US-Truppen, die die USA gleichzeitig mit dem Beginn des Krieges dorthin beordert hatten, bevor es eine „Resolution“ des UN-Sicherheitsrates gab. In der Tat gehörten von den für den Koreakrieg eingesetzten „UN-Truppen“ 90 % der Bodentruppen, 93,5 % der Seetruppen und 98,6 % der Lufttruppen zur US-Armee. Nur ein sehr kleiner Rest der „UN-Truppen“ bestand aus Truppen der Satellitenstaaten der USA.

Selbst MacArthur sprach am 4. Mai 1951 aus: „Wenn die USA ihre Hand von den in Korea eingesetzten Truppen abziehen, wird der Rest gleich null sein.“ (Geschichte des Koreakrieges, Band 1, Japanisch, S. 200)

Auch das Unterstellungssystem der in Südkorea stationierten „UN-Truppen“ unterscheidet sich grundsätzlich von dem in der UN-Charta festgelegten Unterstellungssystem der UN-Truppen.

Artikel 47 der UNO-Charta legt fest, dass UNO-Streitkräfte dem UN-Sicherheitsrat unterstehen und ihre Operationen von der „Kommission des Militärstabs“, die aus den Stabschefs der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates besteht, befehligt werden müssen. Demzufolge müssten die im Koreakrieg eingesetzten Streitkräfte, wenn sie UN-Truppen sein sollen, dem UN-Sicherheitsrat unterstehen und ihre Operationen von der „Kommission des

Militärstabs“ befehligt werden. Doch die „UN-Truppen“ in Südkorea unterstanden während des Koreakrieges nicht dem UN-Sicherheitsrat und auch heute sind sie ihm nicht untergeordnet.

Das von den USA gebildete „Oberkommando der UN-Truppen“ war natürlich in der ganzen Zeit des Koreakrieges und ist auch heute noch dem Militär der USA unterstellt und dem Befehlshaber der US-Truppen in Südkorea untergeordnet.

Im Februar 1970 gab der damalige „Oberbefehlshaber der UN-Truppen“ Michales in einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beim US-Senat auf die Frage „Können Sie militärische Aktionen ohne irgendwelche zusätzliche Beschlüsse oder Maßnahmen des Hauptquartiers der UNO unternehmen?“ folgende Antwort: „Ich kann ohne Genehmigung meiner Vorgesetzten keinerlei Aktionen einleiten. Mein Vorgesetzter sind die Vereinigten Generalstäbe der USA.“

Auch mit seinen militärischen Aktionen verstößt das „Oberkommando der UN-Truppen“ in Südkorea gegen Forderungen der UN-Charta.

In keinem Artikel der UN-Charta ist festgelegt, dass die UN-Streitkräfte auf einer Seite der Kriegsparteien gegen die andere Seite kämpfen sollen. Doch im Koreakrieg griffen die „UN-Truppen“ auf der Seite der Armee Li Syng Mans Nordkorea auf ganzer Frontbreite an und bis heute sind ihre Gewehrmündungen gegen die KDVR als Kriegsgegner gerichtet.

Selbst die Amerikaner haben zugegeben, dass das „Oberkommando der UN-Truppen“ in Südkorea nichts mit der UNO zu tun hat und die Truppen keine UN-Streitkräfte, sondern US-Truppen sind. Das wird auch in der Welt allgemein anerkannt. Am 11. Mai 1967 berichtete die britische Nachrichtenagentur Reuter, dass „das, was die

USA und Südkorea gewöhnlich als das Oberkommando der UN-Truppen bezeichnen, in Wirklichkeit ein Apparat“ sei, „der sich aus Generälen und Stabsoffizieren der US-Armee zusammensetzt und unter Kontrolle der USA steht.“

So ist der Fakt, dass das „Oberkommando der UN-Truppen“, das mit der UNO nichts zu tun hat, bis heute noch in Südkorea unter Missbrauch ihres Namens und ihrer Flagge existiert, eine unerträgliche Schande für die UNO.

Auf der 30. UNO-Vollversammlung am 18. November 1975 wurde eine Resolution angenommen, das „Oberkommando der UN-Truppen“ aufzulösen und alle unter der Flagge der UNO in Südkorea stationierten ausländischen Truppen abzuziehen. Doch die USA sind unaufhörlich bemüht zu zeigen, dass das „Oberkommando der UN-Truppen“, das von niemand gewünscht wird und seinen Rang eigentlich längst eingebüßt hat, nach wie vor existiert.

Die bisherigen Machthaber der USA behaupteten immer, dass alle in Südkorea stationierten Streitkräfte dem „Oberkommando der UN-Truppen“ unterstehen, es in Südkorea keinen einzigen US-Soldaten, sondern nur die von der UNO beschlossenen „UN-Truppen“ gebe; die US-Armee in Südkorea würde eine auf UNO-Beschlüssen beruhende internationale Mission als „UNO-Armee“ erfüllen.

1996 kam es merkwürdigerweise dazu, dass das „Oberkommando der UN-Truppen“, das in den vergangenen 46 Jahren der UNO weder über seine Arbeit berichtet noch von ihr eine Weisung erhalten und ausschließlich nach Befehlen der Vereinigten Generalstäbe der USA gehandelt hatte, dem UN-Sicherheitsrat einen Bericht vorlegte, dessen einzige Absicht darin bestand, seine Existenz zu präsentieren.

Daraufhin veröffentlichte das Außenministerium der KDVR am 25. Juni 1996 ein Memorandum unter der Überschrift „Das ‚Oberkommando der UN-Truppen‘ in

Südkorea ist so schnell wie möglich aufzulösen“, das den wahren Charakter dieses Organs ans Licht brachte.

In Südkorea existiert das „Oberkommando der UN-Truppen“ nur dem Namen nach, verblieben sind dort lediglich die USA-Truppen.

Mit Ausnahme der USA hatten die Regierungen der 15 Länder, die während des Koreakrieges ihre Truppen nach Korea gesandt hatten, längst ihre Truppen abgezogen, ohne die UNO darüber informiert zu haben. Frankreich am 23. Oktober 1953, Kanada im April 1956, Luxemburg am 30. Dezember 1954, Philippinen und Südafrika im Oktober bzw. November 1953, Belgien 1956, Griechenland am 13. Juli 1955, Kolumbien im Oktober 1954, die Niederlande im März 1956, Äthiopien im Dezember 1954, Australien im Juli 1953, Großbritannien im Juli 1957, Neuseeland im Oktober 1953, die Türkei im Juli 1956 und Thailand im Juli 1955 – alle zogen ihre in die „UNO-Truppen“ entsandten Streitkräfte zurück.

Zudem unterhalten die meisten dieser Länder, darunter Äthiopien, die Niederlande, Belgien, Griechenland und Südafrika, heute keinerlei Verbindung zum „Oberkommando der UN-Truppen“.

Schließlich hat das „Oberkommando der UN-Truppen“ ohne irgendeine Resolution der UNO selbst den Auflösungsprozess vollzogen.

Die USA, die allein in diesem Oberkommando verblieben waren, konnten nicht umhin, am 22. September 1975 in einem Brief an den UN-Sicherheitsrat offiziell einzugehen, dass das Oberkommando nur aus einem Apparat von knapp 300 Staboffizieren und einer Ehrenkompanie bestehe. Da gleichzeitig auf der 30. UNO-Vollversammlung eine Resolution über die Auflösung des „Oberkommandos der UN-Truppen“ angenommen wurde, nannten die USA die in

Südkorea anwesenden Truppen nicht mehr „UN-Truppen“, sondern US-Truppen.

Dass 1996, also 20 Jahre später dem UN-Sicherheitsrat irgendein „Bericht“ vorgelegt wurde, lässt sich nicht anders erklären, als dass er von der Absicht der USA getragen war, die Existenz des „Oberkommandos der UN-Truppen“ in Südkorea aufzuwerten.

Das „Oberkommando der UN-Truppen“ in Südkorea ist ein Kommando der US-Truppen, nur dem Namen nach „Oberkommando der UN-Truppen“.

Alle früheren „Oberbefehlshaber der UN-Truppen“ wurden von der USA-Regierung ernannt und waren Generale der US-Armee. Darüber hinaus bekleidet der „Befehlshaber der UN-Truppen“ zugleich das Amt des Befehlshabers des alliierten amerikanisch-südkoreanischen Stabes, der die Operations- und Befehlsgewalt über die in Südkorea stationierte amerikanische Streitmacht und die gesamten Streitkräfte Südkoreas ausübt.

Am 24. Juni 1994 verdeutlichte Boutros Ghali, damals UNO-Generalsekretär, in einem Schreiben an den Außenminister der KDVR: „Die Auflösung dieses gemeinsamen Oberkommandos liegt nicht im Verantwortungsbereich irgendeines UNO-Organs, sondern ist eine Frage, die in die Befugnis der USA-Regierung gehört.“

Alle Tatsachen beweisen, dass das in Südkorea bestehende „Oberkommando der UN-Truppen“ ein hinter der UN-Flagge verstecktes Kommando der US-Truppen ist.

Das „Oberkommando der UN-Truppen“ führte in der Anfangsperiode seiner Existenz einen dreijährigen Krieg gegen die KDVR und bereitet nach dem Waffenstillstand der Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel große Schwierigkeiten, weil es die Lage in Korea an den Rand eines Krieges treibt.

Die Regierungen der Länder, die ihre Flaggen in diesem Oberkommando haben, müssen erkennen, dass die Kriegslüsterheit der konservativen Hardliner der USA in die Phase der Realisierung eintritt, und sollten sich nicht darin verwickeln lassen.

Die USA müssen das „Oberkommando der UN-Truppen“ in Südkorea, das nur dem Namen nach existiert, auflösen und ihre Streitkräfte unverzüglich aus Südkorea abziehen.

Das wird der Sicherung des Friedens und der Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel in höchstem Maße zugute kommen.

ZUSAMMENFASSUNG

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seit die USA die Hälfte Koreas besetzten.

Die Teilung Koreas in Nord und Süd ist die größte Tragödie, das größte Leid des koreanischen Volkes.

Infolge der Okkupation Südkoreas durch die USA lebten Nord- und Südkorea Jahrzehnte lang mit gegeneinander gerichteten Gewehrmündungen in Konfrontation und haben große menschliche und materielle Schäden erlitten. Niemand kann voraussehen, welche großen Verluste und Lasten in Zukunft zu erwarten sind.

Wären die USA-Truppen nicht in Südkorea eingedrungen, wäre der koreanischen Nation diese Tragödie erspart geblieben.

Solange amerikanische Truppen in Südkorea stationiert sind, ist kein Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu erwarten und wird sich die Aussicht auf die Vereinigung des Vaterlandes mehr und mehr verdüstern.

Nur die Kriegsgefahr und die Langwierigkeit der Spaltung werden zunehmen.

Real gesehen existiert auf der koreanischen Halbinsel, nachdem das Waffenstillstandsabkommen unwirksam geworden ist, kein Rechtsinstrument, das jederzeit mögliche bewaffnete Zusammenstöße und einen daraus folgenden Krieg verhindern kann.

Das geht einzig und allein auf die anachronistische Koreapolitik der USA zurück.

Nach dem Abschluss des Rahmenabkommens zwischen der KDVR und den USA 1994 entwickelten sich die

koreanisch-amerikanischen Beziehungen relativ glatt, aber nach dem Machtantritt der Bush-Administration spitzen sie sich aufs Äußerste zu.

Die friedliebenden Völker der Welt verlangen heute von den USA, ihre überholte Koreapolitik zu ändern und ihre Truppen aus Südkorea abzuziehen.

Selbst in Südkorea erheben sich immer mehr Stimmen, die den Abzug der US-Truppen fordern. Südkoreaner aus verschiedensten Bevölkerungsschichten fordern entschieden: Die Okkupation Südkoreas durch die US-Truppen ist die Ursache für die militärischen Spannungen und ein Hindernis für den Frieden auf der koreanischen Halbinsel. Die US-Truppen zwingen den Südkoreanern unerträgliche Leiden und Opfer auf. In diesem Lande gibt es keinen Platz für die US-Truppen. Löst die Militärstützpunkte auf und geht zurück nach Hause!

Die Handlungen der USA, die nicht in ihrem eigenen Land, sondern in einem anderen Land den Frieden bedrohen, sind sowohl im Sinne des Völkerrechtes als auch im Sinne des Humanismus überaus unnormal.

Die USA müssen praktische Schritte zur Durchführung der Resolution der 30. UNO-Vollversammlung, das „Oberkommando der UN-Truppen“ in Südkorea aufzulösen und das Waffenstillstandsabkommen durch einen Friedensvertrag zu ersetzen, einleiten und ihre Truppen schnellstmöglich aus Südkorea abziehen.

